

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,  
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung  
I D komm.

Berlin, den 24. Oktober 2023

9(0)01723 189

Diana.Botescu@IntMig.berlin.de

**0008 D**

An  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über  
Senatskanzlei - G Sen -

### **Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma**

**Rote Nummern:** 0369, 0369 A - L, 0191, 0191 A - J

**Vorgang:** 33. Sitzung des Hauptausschusses vom 17. April 2013

<b>Ansätze:</b>	[Kapitel / Titel zu allen thematisierten Titeln]	
abgelaufenes Haushaltsjahr:	[Jahr]	[Betrag] €
laufendes Haushaltsjahr:	[Jahr]	[Betrag] €
kommendes Haushaltsjahr:	[Jahr]	[Betrag] €
Ist des abgelaufenen Haushaltjahres:	[Jahr]	[Betrag] €
Verfügungsbeschränkungen:	[Jahr]	[Betrag] €
Aktuelles Ist (Stand [Datum])	[Jahr]	[Betrag] €

**Gesamtausgaben** [Betrag] €

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Zum 31. März 2015 wird die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen erstmalig über die Umsetzung des Aktionsplans berichten. In den folgenden Jahren soll in einem regelmäßigen Turnus von 2 Jahren über die Umsetzung des Aktionsplans berichtet werden.“

In seiner Sitzung vom 19. April 2023 hat der Hauptausschuss einer Verlegung der Berichterstattung zukünftig auf den September zugestimmt.

Hierzu wird berichtet:

Der Hauptausschuss wird gebeten, mit dem angehängten Bericht, den Berichtsauftrag als erledigt anzusehen.

Cansel KIZILTEPE

Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,  
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

# FÜNFTER BERICHT

zur Umsetzung des  
Berliner Aktionsplans zur  
Einbeziehung ausländischer Roma  
(2021-2022)

Die Beauftragte des Senats  
für Integration und Migration

Senatsverwaltung  
für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,  
Vielfalt und Antidiskriminierung

**BERLIN**





## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Einführung .....</b>	<b>5</b>
Entstehungs- und Weiterentwicklungsprozess des Aktionsplans.....	5
Aktuelle Herausforderungen bei der Umsetzung der Ziele des Aktionsplans.....	9
<b>Fazit und Ausblick.....</b>	<b>12</b>
<b>Handlungsfeld: Bildung, Jugend und Ausbildungschancen .....</b>	<b>14</b>
1. Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse (Willkommensklassen).....	14
2. Einrichtung von zusätzlichen Praxislerngruppen.....	17
3. Ausbau von Angeboten der Ferienbetreuung: Ferienschulen für Schülerinnen und Schüler.....	18
4. Erweiterung der Angebote für schulbezogene Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben zur Unterstützung von Roma-Schülerinnen und - Schülern und deren Familien.....	20
5. Projekt Sprachbrücken – als Weg zur Schule.....	22
6. Kinder- und Jugendarbeit: Einrichtung von Bildungs- und Freizeitangeboten am Nachmittag.....	23
7. Stellungnahme mit Bezug zu der Empfehlung: Ausbau der Kooperation mit der Jugendberufsagentur Berlin .....	28
8. Beratung zu Bildung und Beruf .....	29
9. Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) ..	30
<b>Handlungsfeld: Gesundheitliche Versorgung und Soziales.....</b>	<b>31</b>
Sicherstellung der Sprachmittlung.....	31
Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen.....	33
Frauen.....	33
<b>Handlungsfeld: Wohnen und Konflikte im Stadtraum .....</b>	<b>35</b>

1. Vorübergehende Unterkunft für Familien mit Kindern (Nostel) .....	35
2. Programm Sozialer Zusammenhalt Netzwerkfondsprojekte .....	38
2.1 Öffentlichkeitsarbeit der Quartiermanagement-Teams .....	39
2.2 Projektfondsprojekte .....	39
2.3 Stärkung der interkulturellen Kompetenz und Vernetzung im Aktionsraum .....	40
2.4 Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa .....	41
3. Housing First (HF) .....	42
Frostschutzzengel .....	43
MOCT .....	43
Empowerment und Partizipation von eingewanderten Roma .....	44
<b>Handlungsfeld: Integrationsperspektiven - Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung .....</b>	<b>45</b>
1. Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter und Roma .....	45
2. Bezirksorientiertes Programm (BoP) .....	49
1. Charlottenburg-Wilmersdorf .....	51
2. Friedrichshain-Kreuzberg .....	52
3. Lichtenberg .....	54
4. Marzahn-Hellersdorf .....	56
5. Mitte .....	58
6. Neukölln .....	62
7. Pankow .....	66
8. Reinickendorf .....	67
9. Spandau .....	69
10. Steglitz-Zehlendorf .....	70

11. Tempelhof-Schöneberg .....	71
12. Treptow-Köpenick .....	72
3. Stärkung der Selbstorganisation durch Community Building .....	73
4. Moderierter Programmdialog im Rahmen der Weiterentwicklung des Aktionsplans .....	75
5. Dokumentation von antiziganistischen Vorfällen, Erstberatung und Begleitungen zur Antidiskriminierungsberatung.....	80
6. „Weitere Maßnahmen zur Prävention von Antiziganismus/ Rassismus gegen Sinti, Sintizze, Roma und Romnja“ .....	81
<b>Anlage.....</b>	<b>86</b>
Stellungnahmen der Bezirke .....	86
Charlottenburg-Wilmersdorf (CW) .....	87
Friedrichshain-Kreuzberg .....	92
Lichtenberg.....	93
Marzahn-Hellersdorf .....	96
Mitte .....	99
Neukölln .....	107
Pankow.....	110
Reinickendorf .....	113
Spandau .....	121
Steglitz-Zehlendorf.....	126
Tempelhof-Schöneberg .....	128
Treptow-Köpenick.....	133
Mittelbindung 2021-2022.....	134

## **Einführung**

Der vorliegende Umsetzungsbericht zum Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma (Aktionsplan) umfasst den Zeitraum 2021-2022 und bietet eine ausführliche Übersicht über die Maßnahmen, die für die Verbesserung der Teilhabe und Partizipation eingewanderter Roma<sup>1</sup> und zur Bekämpfung von Antiziganismus durch den Berliner Senat und die Bezirke im Einklang mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2021-2026<sup>2</sup> eingeleitet wurden.

## **Entstehungs- und Weiterentwicklungsprozess des Aktionsplans**

Seit 2013 setzt der Berliner Senat mittels des Aktionsplans die Ziele der Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma aus dem Jahr 2012 um. Der Aktionsplan wurde im Kontext von zunehmendem migrationsbezogenen Antiziganismus<sup>3</sup> als Interventionsinstrument gegen die daraus resultierenden Hindernisse beschlossen, denen insbesondere Eingewanderte aus Rumänien und Bulgarien ausgesetzt waren. Dabei handelt es sich um erhebliche Herausforderungen beim Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung sowie zu Sozial- und Familienleistungen, die zu prekären Lebensverhältnissen führen.

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Roma“ wird hier der Definition der Europäischen Kommission folgend verwendet: „Die Verwendung von ‚Roma‘ als Oberbegriff umfasst ein breites Spektrum verschiedener Menschen mit Romani-Hintergrund [...].“, vgl. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Eine Union der Gleichheit: Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma, [lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0620&from=EN](http://lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0620&from=EN) (Stand 11.08.2023).

<sup>2</sup> Die hier genannten Richtlinien der Regierungspolitik waren für den Aktionsplan im Berichtszeitraum 2021-2022 maßgeblich. Nach der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus im Februar 2023 wurden diese durch die Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 des neuen Senats ersetzt.

<sup>3</sup> Nach der Definition der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus zielt diese Form des Antiziganismus „auf die Verhinderung und De-Legitimierung von unerwünschter (EU-)Migration ab, die als ‚Armutszuwanderung‘ diffamiert wird.“, vgl. Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Grundzüge antiziganistischer Erscheinungsformen, <https://www.antiziganismus-melden.de/erscheinungsformen/> (Stand 11.08.2023).

Der Aktionsplan knüpfte zugleich an die Ziele des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 an, in dem die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) aufgefordert wurden, die Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe der Roma sowie die Bekämpfung von Antiziganismus und der daraus resultierenden kumulativen Diskriminierung zu fördern und voranzutreiben.

Für die strategische Steuerung des Aktionsplans wurde im Land Berlin eine ressort- und bezirksübergreifende Lenkungsgruppe gebildet, die niedrigschwellige Maßnahmen<sup>4</sup> in den folgenden Handlungsschwerpunkten entwickelt hat:

- Bildung, Jugend und Ausbildungschancen,
- gesundheitliche Versorgung und Soziales,
- Wohnen und Konflikte im Stadtraum,
- Integrationsperspektiven – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Zwischen 2018 und 2019 wurde der Aktionsplan durch die Minor Wissenschaft Gesellschaft mbH unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteure evaluiert.<sup>5</sup> Auf Grundlage der Ergebnisse und unter Beteiligung von Roma-Selbstorganisationen wurde 2019 ein Weiterentwicklungsprozess mit einem starken Fokus auf Antidiskriminierung und Partizipation initiiert und im Berichtszeitraum fortgeführt. Zur Neuausrichtung gehören:

- der Ausbau und die Verzahnung der Ansätze zur Sozialberatung, zur Sprachmittlung an Schulen und bei Behördengängen, zur vorübergehenden Unterbringung für Familien mit Kindern ohne Sozialleistungsbezug, zur Stärkung der politischen Partizipation durch Community-Building sowie zur Antidiskriminierungsberatung

---

<sup>4</sup> Diese stehen hauptsächlich in den besonders nachgefragten Sprachen Bulgarisch, Romanes, Rumänisch und in geringerem Maße auch auf Polnisch und Serbisch zur Verfügung.

<sup>5</sup> <https://minor-wissenschaft.de/evaluation-aktionsplan-roma/> (Stand 11.08.2023).

und zum Monitoring von Vorfällen. Diese Ansätze wurden im Rahmen der Evaluation als besonders wirksam eingestuft;

- die fortlaufende Professionalisierung der Projekt- und Verwaltungsmitarbeitenden durch integrierte Fortbildungen im Rahmen des moderierten Programmdialogs zum Aktionsplan mit Fokus auf Rechtsdurchsetzung, Ausbau der Antidiskriminierungskompetenzen sowie Vernetzung;
- der Ausbau der Ansätze zur Prävention und Bekämpfung von Antiziganismus mit Fokus auf sensibilisierenden Maßnahmen für Verwaltung und Träger u. a. im Fluchtkontext;
- die konsequente Miteinbeziehung von Vertretungen der Communities in der Gestaltung zielgerichteter Maßnahmen;
- die Herausnahme bestimmter Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen aus dem Aktionsplan zur Vermeidung einer Ethnisierung sozialer Probleme.

Gleichwohl wurde der Themenkomplex der gleichberechtigten Teilhabe von Roma in weiteren integrationspolitischen Maßnahmen und Programmen verankert, welche flankierend zum Aktionsplan umgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere:

- die Durchführung von regelmäßigen Austauschrunden zwischen Vertretungen der Roma-Communities und der Verwaltung im Rahmen des Arbeitskreises Roma und Sinti unter Leitung der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration;
- die Einleitung einer Prozessbegleitung zur Einsetzung des im Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin (PartMigG) normierten Beirats für die Angelegenheiten der Roma und Sinti;
- die Aufrechterhaltung der Beratungsinfrastruktur des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) durch die Überbrückung der Förderlücke. Diese ist zwischen 2021 und 2022 für die EHAP-Projekte

entstanden, die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF)-Plus-Programms EhAP Plus – Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen<sup>6</sup> (EhAP Plus) eine Förderzusage bekommen haben;

- die Durchführung von Maßnahmen zur Orientierungsberatung und Ad-hoc-Unterstützung in der Welcome Hall am Berliner Hauptbahnhof sowie im Ukraine-Ankunftszentrum TXL für Roma-Geflüchtete aus der Ukraine, im Rahmen des Förderprogramms „Ehrenamtsnetzwerke und Initiativprojekte“;
- die Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens (IBV) zur Einrichtung einer Beratungsstelle für von kumulativer Diskriminierung betroffene Menschen aus Drittstaaten im Asyl-, Migrations- und Sozialrecht sowie Sozialberatung im Rahmen des Förderprogramms Rechts- und Verfahrensberatung.<sup>7</sup>

Zudem wurden für die Verbesserung des Diskriminierungsschutzes im Jahr 2020 das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) verabschiedet und die LADG-Ombudsstelle eingerichtet. Darüber hinaus wurde im Jahr 2021 durch das PartMigG die Ombudsfunction der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration gestärkt.

Zusätzlich setzt die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) verschiedene Maßnahmen zur Prävention von Antiziganismus/ Rassismus gegen Sinti, Sintizze, Roma und Romnja um. Im Mittelpunkt stehen hierbei diverse Fördermaßnahmen im Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Unter der Voraussetzung der Zustimmung von Senat und Abgeordnetenhaus wird zudem künftig der im PartMigG verankerte Beirat für die Angelegenheiten von Roma und Sinti sowie die Einsetzung einer Ansprechperson zur

---

<sup>6</sup> <https://www.esf.de/portal/DE/ESF-Plus-2021-2027/Foerderprogramme/bmas/ehap-plus.html> (Stand 21.08.2023)

<sup>7</sup> Die Beratungsstelle soll im Herbst 2023 die Arbeit aufnehmen.

Bekämpfung von Antiziganismus von der LADS umgesetzt (vgl. Kapitel „Weitere Maßnahmen zur Prävention von Antiziganismus/ Rassismus gegen Sinti, Sintizze, Roma und Romnja“).

Auf Bundesebene wurde im Rahmen der Nationalen Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“ zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie 2030 in Deutschland eine bundesweite Monitoring- und Beratungsstelle für antiziganistisch motivierte Vorfälle eingerichtet. Zugleich wurde eine Ansprechperson für Antiziganismus eingesetzt.

Im Rahmen der Eurocities-Arbeitsgruppe Roma Inclusion wurde der transnationale Austausch mit europäischen Städten und Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission fortgesetzt. Im Fokus der Fachaustausche stand die Umsetzung der Ziele des strategischen EU-Rahmens zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 sowie der Europäischen Säule sozialer Rechte. Die Evaluation und Neuausrichtung des Aktionsplans sowie die gesetzliche Verankerung des Beirats für Angelegenheiten der Roma und Sinti werden als Beispiele besonders guter Praxis auf europäischer Ebene gewürdigt.

### **Aktuelle Herausforderungen bei der Umsetzung der Ziele des Aktionsplans**

Die Studie „Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten“ (2022)<sup>8</sup> zu politischen und antidemokratischen Einstellungen in Deutschland veranschaulicht eine Kontinuität der weitverbreiteten antiziganistischen Einstellungen in der Gesellschaft, welche die Hauptursache für die ungleiche Teilhabe von Roma ist. Dies stellt für die Umsetzung der Ziele des Aktionsplans seit Beginn eine anhaltende Hürde dar.

Die Umsetzung des Aktionsplans im Berichtszeitraum wurde zudem von der Covid-19-Pandemie und dem Fluchtgeschehen infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine maßgeblich geprägt. Dabei sind weitere

---

<sup>8</sup> [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten\\_0.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf)  
(Stand 11.08.2023).

Hindernisse und neue Handlungsbedarfe entstanden, welche die Zielerreichung trotz der flexiblen technischen und inhaltlichen Umstellung der Projektformate deutlich erschwert haben.

Die im Rahmen der Covid-19-Pandemie verhängten Kontakteinschränkungen zu Regeldiensten und Beratungsinstanzen haben die Diskriminierungsrisiken in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Bildung deutlich erhöht. Dabei wurde eine deutliche Steigerung der Meldungen zu prekären Beschäftigungs- und Wohnverhältnissen sowie zur akuten Wohnungslosigkeit erfasst. Außerdem wurden die Verschärfung der Anforderungen für die Unterbringung wohnungsloser Personen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) sowie die schwierige Erreichbarkeit der Leistungsbehörden - insbesondere aufgrund von Sprachbarrieren - beklagt. Die Bildungsteilhabe der Schülerinnen und Schüler wurde aufgrund der fehlenden Ausstattung mit Endgeräten für E-Learning erheblich beeinträchtigt, welche auf den schwierigen Zugang zu Sozialleistungen zurückzuführen ist. Zugleich wurde eine Zuspitzung der antiziganistischen Diskurse sowie eine Zunahme von diskriminierenden Vorfällen verzeichnet.

Im Zuge der Fluchtbewegung aus Moldau wurden seitens der Zivilgesellschaft Verletzungen von Menschenrechten im Asylverfahren stark kritisiert,<sup>9</sup> darunter die pauschale Ablehnung von Asylanträgen im Schnellverfahren ohne Berücksichtigung der individuellen Schutzbedarfe von Roma sowie die Durchführungspraxis von menschenunwürdigen Abschiebungen. Im Kontext der Fluchtbewegung aus der Ukraine sind weitere Erscheinungsformen des migrationsbezogenen Antiziganismus erfasst worden. Hierzu gehören Bedrohungen, Anfeindungen sowie die Verweigerung des Zugangs zu Dienstleistungen und Regeldiensten. Die Dokumentationsstelle Antiziganismus konstatiert: „Geflüchtete, die als

---

<sup>9</sup> Vgl. Kristina Holzapfel (Februar, 2022) „Diskriminiert und Abgelehnt – Zur Situation schutzbuchender Rom\*Inja aus der Republik Moldau“, <https://www.proasyl.de/material/diskriminiertundabgelehnt-situationschutzbuchenderromnja/> (Stand 11.08.2023)

Rom\*nja gelesen werden, [...], [sind] während und nach ihrer Flucht mit Benachteiligung und Ausgrenzung konfrontiert. Ihnen wird abgesprochen, ‚richtige‘ Geflüchtete zu sein. [...] Ihnen wird kollektiv eine Roma-Identität zugeschrieben und statt als schutzbedürftige Menschen werden sie als Bedrohung dargestellt und wahrgenommen.“<sup>10</sup>

Die Bewältigung der sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie und der Ausgrenzung im Fluchtkontext stellt eine Daueraufgabe dar, die über den Berichtszeitraum hinaus zu gewährleisten ist.

---

<sup>10</sup> vgl. Dokumentation antiziganistischer Vorfälle 2021-2022, Dokumentationsstelle Antiziganismus, <https://amaroforo.de/wp-content/uploads/2023/04/Dokumentation2021.22-Stand1204-2-web.pdf> (Stand 11.08.2023).

## Fazit und Ausblick

Nach zehnjähriger erfolgreicher Umsetzung hat sich der Aktionsplan als wirksames Instrument bewährt. Er stellt eines der strategischen Kernvorhaben der Integrations- und Partizipationspolitik des Landes Berlin dar und wird auf europäischer Ebene als ein gelungener politischer Ansatz gewürdigt. Durch seine zielgerichteten Maßnahmen, welche sowohl von Ratsuchenden als auch von Regeldiensten stark nachgefragt werden, konnten viele der bestehenden Barrieren für die Zielgruppen des Aktionsplans abgebaut werden. Im Rahmen der Projektarbeit entwickelte sich eine wichtige Expertise im Bereich der Durchsetzung sozialer Rechte und viele der Erscheinungsformen von Antiziganismus im Migrationskontext konnten beleuchtet werden. Dadurch wurde die Sichtbarkeit dieses Phänomens erheblich erhöht, was als Ausgangspunkt gesehen werden kann, um entsprechende Maßnahmen überhaupt zielgerichtet aufzusetzen zu können. Zugleich wird die Teilhabepolitik durch die Roma-Selbstorganisationen strategisch mitgestaltet.

Im Einklang mit den Empfehlungen der externen Evaluation und den Forderungen von Selbstorganisationen sind daher die Nachhaltigkeit bewährter Ansätze sowie die Erprobung neuer Maßnahmen im Rahmen eines Landesrahmenprogramms unter Mitgestaltung des künftigen Beirats für Angelegenheiten der Roma und Sinti von wesentlicher Bedeutung. Es wird daher in Betracht gezogen, im Rahmen eines partizipativen Beteiligungsprozesses, den Aktionsplan in seiner Konzeption und der strategischen Ausrichtung zukünftig in ein Landesrahmenprogramm zu überführen.

Zugleich ist die Verankerung der gleichberechtigten Teilhabe von Roma in allen integrationspolitischen Maßnahmen und Programmen auf Landes- und Bundesebene unabdingbar.

Parallel dazu ist die migrationsgesellschaftliche Ausrichtung der Regeldienste auf Landes- und Bundesebene im Sinne des PartMigG<sup>11</sup> zu stärken. Dabei spielen die Fachpolitiken zur Antidiskriminierung, Armutsbekämpfung, Gleichbehandlung von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, zur Sicherung von fairen Asylverfahren und zum Schutz Asylsuchender sowie zur Umsetzung des Chancenaufenthaltsgesetzes, der Westbalkanregelung und des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine wesentliche Rolle.

---

<sup>11</sup> Zur migrationsgesellschaftlichen Kompetenz im Sinne des PartMigG siehe:  
<https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/>  
(Stand 24.08.2023).

## **Handlungsfeld: Bildung, Jugend und Ausbildungschancen**

*Im folgenden Teil werden Maßnahmen vorgestellt, die von der für Bildung, Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung und der für Integration Arbeit und Soziales zuständigen Senatsverwaltung gefördert werden.*

*Hierbei handelt es sich sowohl um Regelangebote als auch um zielgerichtete Maßnahmen. Im Einklang mit den Empfehlungen der externen Evaluation zum Aktionsplan werden die Lerngruppen für Neuzugänge nicht mehr als Bestandteil des Aktionsplans, sondern in den Regelstrukturen fortgeführt.*

### **1. Lerngruppe für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse (Willkommensklassen)**

Im Jahr 2011 wurde eine neue Klassenart, die Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse, in den Berliner Schulen eingeführt. In diesen Klassen werden die Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse auf den Übergang in die Regelklassen vorbereitet. Diese Maßnahme wird in der Regelstruktur fortgeführt und ist nicht mehr Bestandteil des Aktionsplans.

Seit dem Schuljahr 2012/13 wird in Berlin das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz-Stufe 1 für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe in den Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse/Willkommensklassen angeboten. Ziel ist die Unterstützung der sprachlichen Erstintegration sowie die Vorbereitung eines erfolgreichen Übergangs in die Regelklasse. Die Schülerinnen und Schüler konnten in den Jahren 2021 und 2022 zweimal im Jahr an einer Deutschprüfung auf dem Niveau A2/B1 teilnehmen (entsprechend dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen - GER).

An den beruflichen Schulen und Oberstufenzentren Berlins wird seit dem Schuljahr 2017/18 das Deutsche Sprachdiplom Erste Stufe für berufliche Schulen (DSD I PRO) angeboten. Ziel ist die Unterstützung der sprachlichen Erstintegration mit beruflicher Perspektive sowie die Vorbereitung eines erfolgreichen Übergangs in die berufliche Bildung; Ergebnisse liegen erst seit dem Prüfungsdurchgang 2019 vor. Die Prüfung

findet jedes Jahr im Frühjahr statt und orientiert sich wie das Deutsche Sprachdiplom Erste Stufe (DSD I) am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen. Insgesamt haben 670 Schülerinnen und Schüler in den Jahren 2021 und 2022 erfolgreich an den Prüfungen teilgenommen und ein Zertifikat erhalten.

In dem Projekt „Jugend debattiert in Willkommensklassen“ erproben neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler mit geringen Deutschkenntnissen grundlegende Fertigkeiten der Debatte und des Debattierens. Ziele des Projekts sind sowohl die Förderung sprachlicher Kompetenzen als auch die Festigung einer demokratischen Grundhaltung. Der Pilotversuch wurde 2016 von der für Bildung, Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung initiiert. Kooperationspartnerinnen sind die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. Interessierte Lehrkräfte werden in einer 1,5- tägigen Fortbildung als Trainerinnen und Trainer für „Jugend debattiert in Willkommensklassen“ qualifiziert.

Seit dem Schuljahr 2015/16 steht das Zentrum für Sprachbildung (ZeS) dem pädagogischen Personal der Kindertagesstätten und Schulen für Beratung und Qualifizierung zur Verfügung. Im ZeS wurde zur Qualifizierung des pädagogischen Personals, das mit den neu zugezogenen Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse arbeitet, ein aufeinander aufbauendes und ergänzendes Fortbildungsangebot entwickelt. Neben zahlreichen Fortbildungsmaßnahmen in diesem Bereich wird eine Jahresfortbildung angeboten sowie Beratungen, Netzwerktreffen und eine jährliche Tagung zu aktuellen Themen, die für die Lehrkräfte in Willkommensklassen relevant sind. Seit 2020 steht den Lehrkräften der digitale Lernraum „Willkommensklassen Berlin -Kurs für Lehrkräfte“ zur Verfügung. Hier werden Materialien und Informationen mit verschiedenen Schwerpunkten gebündelt zur Verfügung gestellt und kontinuierlich aktualisiert. Auch Informationen zu Fortbildungen werden in dem digitalen Lernraum veröffentlicht.

Im Schuljahr 2018/19 hat die für Bildung zuständige Senatsverwaltung eine Evaluation der Willkommensklassen in Auftrag gegeben mit dem Ziel

der datenbasierten Weiterentwicklung der Qualität der Willkommensklassen.

Die Evaluation wurde durch das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) durchgeführt. Die Studie ist unter dem Link <https://www.berlin.de/sen/bjf/gefluechtete/schulische-integration/> (Stand 24.08.2023) abrufbar.

### **Übergang Schule-Beruf**

In der schulischen Beruflichen Bildung haben alle Schülerinnen und Schüler ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Zugang zur Bildung, unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status. Für jede Schülerin und jeden Schüler findet der Prinzip der Chancengerechtigkeit eine Anwendung.

Nach dem Grundsatz in der schulischen beruflichen Bildung - nach dem dreistufigen Integrationskonzept (Willkommensklasse- integrierter Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) -Berufsausbildung) - zielt die bildungsintegrative Arbeit für alle Schülerinnen- und Schülergruppen aus allen Ländern und Lebenswelten auf die erfolgreichen Übergänge in die Regelbildung, auf einen erfolgreichen Abschluss der jeweiligen Bildungsgänge und auf den beruflichen Anschluss und die Einmündung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Somit kann die selbstbestimmte und selbständige berufliche und vor allem gesellschaftliche Existenz von jungen Menschen aufgebaut werden. Weitere Informationen unter: <https://www.osz-berlin.online/ferienschule-sprachangebote-und-co/bildungsintegration-durch-sprachbildung> (Stand 24.08.2023)

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende werden in Kooperationen mit Ausbildungsbetrieben, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer sowie der Jugendberufsagentur (JBA) und den Begleitsystemen wie der Bildungs-, Digital- und Sprachbegleitungen unterstützt.

Auch die Zielgruppe des Aktionsplans wird in folgenden Formaten mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle anderen Schülerinnen- und

Schülergruppen nach dem Schulgesetz unterstützt, beschult und durch zusätzliche berufsbezogene Unterstützungssysteme begleitet:

- Willkommensklassen und andere Regelbildungsgänge (IBA, Berufsausbildung in der Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschulen)
- DSD I PRO
- Jugend debattiert in Willkommensklassen
- Angebote der Ferienbetreuung: Ferienschulen für Schülerinnen und Schüler in der beruflichen Bildung mit der Berufsberatung der Bildungsbegleitung und der JBA Berlin
- Angebote für schulbezogene Jugendsozialarbeit, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungscentren (SIBUZ)
- Praktika, duale Berufsausbildung und Kooperationen mit Ausbildungsbetrieben, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer sowie der JBA

## **2. Einrichtung von zusätzlichen Praxislerngruppen**

Schülerinnen und Schüler der Integrierten Sekundarschule (ISS), für die voraussichtlich kein Schulabschluss erreichbar erscheint, können gemäß „Ausführungsvorschriften über Duales Lernen und praxisbezogene Angebote an den Schulen der Sekundarstufe I“ (AV Duales Lernen) in den Jahrgangsstufen 9 und 10 an besonderen Organisationsformen des dualen Lernens (Praxislernen) teilnehmen. In diesen besonderen Organisationsformen findet ein Teil des Lernens mit verstärktem Praxisanteil an bis zu drei Wochentagen an geeigneten außerschulischen oder schulischen Lernorten statt. Hierzu gehören die Praxislerngruppen (PLG). Sie bieten einen verstärkten Praxisbezug an durch Lernen in Werkstätten von außerbetrieblichen Ausbildungsstätten. PLG werden in enger Kooperation zwischen einer ISS und einem von der Schule gewählten Bildungsträger eingerichtet und auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages umgesetzt. Jährlich nehmen etwa

1.200 Schülerinnen und Schüler das Angebot wahr. Über die Auswahl der Teilnehmenden entscheidet die Schule in enger Abstimmung mit der zuständigen Schulaufsicht im Rahmen der zur Verfügung stehenden Plätze. Aufgrund von Zuzügen Geflüchteter wurde das Pilotprojekt „Integration von Roma Schülerinnen und Schülern in bestehende Praxislerngruppen“ erweitert für alle Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen. Diese können an einem Tag in der Schulwoche in den Werkstätten eines Bildungsträgers Informationen über handwerkliche Berufe sammeln und eigene Interessen und Fähigkeiten erkunden. Ziel ist es, diesen Jugendlichen durch Praxislernen eine realistische Anschlussperspektive zu vermitteln.

### **3. Ausbau von Angeboten der Ferienbetreuung: Ferienschulen für Schülerinnen und Schüler**

Die Berliner Ferienschulen richten sich zunächst grundsätzlich an Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung, stehen darüber hinaus aber auch anderen Kindern und Jugendlichen offen, die zusätzliche Förderung der Sprachkompetenz benötigen. Kinder und Jugendliche nehmen freiwillig an den Ferienschulen teil. Die zentrale Zielsetzung des Programms, an den Stärken der zugewanderten Kinder und Jugendlichen anzusetzen und daraus motivierende sprach- und integrationsfördernde Angebote zu entwickeln, hat sich als äußerst tragfähig erwiesen. Neben der Entwicklung der Sprachkompetenz stärken die Kinder und Jugendlichen bei künstlerischen und sportlichen Aktivitäten sowie integrativen Angeboten im Lebensraum ihr Selbstkonzept.

Die Berliner Ferienschulen finden in den Oster-, Sommer- und Herbstferien im Umfang von zwei bis sechs Ferienwochen statt und beinhalten täglich sechs Stunden verlässliche Förderung und Betreuung pro Lerngruppe von 12-15 Teilnehmenden. Davon erfolgt in etwa der Hälfte der Zeit eine explizite sprachliche Förderung. Im Jahr 2021 wurden 103 Lerngruppen von 36 Trägern der freien Jugendhilfe in allen Berliner Bezirken umgesetzt. An den Lerngruppen nahmen insgesamt 2.429 Kinder und Jugendliche teil. Auch im Jahr 2021 zeigten sich zahlreiche Auswirkungen

der Corona-Pandemie auf die Durchführung der Berliner Ferienschulen. Während es im vergangenen Programmjahr vor allem auf Seiten der Träger und der Programmagentur viele Herausforderungen bezüglich der Umsetzung zu bewältigen gab, zeigten sich im Jahr 2021 vor allem spezifische Bedarfe und Veränderungen auf Seiten der Teilnehmenden als Auswirkungen des Pandemiegescschehens. Die Folgen der zurückliegenden sozialen Isolation waren deutlich. Insbesondere das aktive Nachmittagsangebot in den Ferienschulen war vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung. In Bezug auf die Durchführungsform lässt sich für das Jahr 2021 erfreulicherweise berichten, dass die Lerngruppen wieder vorrangig in Präsenz angeboten wurden. Nur noch in wenigen Ausnahmefällen wurde das Angebot auf digitale oder hybride Weise umgesetzt, z. B. als temporäre Option für Teilnehmende in häuslicher Quarantäne.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine wurde 2022 das in den Jahren 2016-2020 existierende Programm „Gemeinsam starten - Fit für die Schule“ in Ergänzung zum Programm „Berliner Ferienschulen“ wiederaufgenommen. Das Programm wird als „Fit für die Schule Plus Berliner Ferienschulen“ geführt. Der Programmteil „Fit für die Schule“ dient der Überbrückung der in besonders nachgefragten Bezirken auftretenden Wartezeiten auf Schulplätze. Die Programmagentur „Deutsche Kinder und Jugendstiftung“ konnte ihr Angebot flexibel ausweiten und dem erhöhten Bedarf für Lerngruppen effizient entgegenkommen. Im Jahr 2022 wurden 167 „Berliner Ferienschulen“-Lerngruppen von 32 Trägern der freien Jugendhilfe in allen Berliner Bezirken umgesetzt. Erreicht wurden insgesamt 2.283 Teilnehmende. Durch den Programmteil „Fit für die Schule“ wurden 37 Lerngruppen von 16 Trägern durchgeführt. Insgesamt haben davon 1.030 Kinder und Jugendliche verschiedener Nationalitäten profitiert.

Bei gemeinsamen Aktivitäten und Ausflügen wenden die Kinder und Jugendlichen die neu erworbenen Sprachkenntnisse praktisch an und entdecken neue Interessen und Fähigkeiten. Sie lernen Freizeitstätten und

wichtige Anlaufstellen kennen und erfahren Berlin als Lebensraum. Im Rahmen des Programms „Fit für die Schule plus Berliner Ferienschulen“ wird Teamfähigkeit, Spaß am gemeinsamen und individuellen Lernen vermittelt und Erfolgserlebnisse werden auf unterschiedlichsten Ebenen ermöglicht. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten realistisch einzuschätzen und sie erfolgreich weiterzuentwickeln. Die Entwicklung der Sprachkompetenz kann dabei wirkungsvoll durch explizite und implizite Lernsettings beeinflusst werden. In diesem Sinne ergänzen die durchgeführten Lerngruppen der „Berliner Ferienschulen“ und „Fit für die Schule“ den regulären Schulunterricht mit einem kreativen Sprachbildungsauftrag, bei dem die Stärkung des Selbstwirksamkeitskonzepts der Teilnehmenden eine zentrale Rolle spielt.

In Anbetracht der sich zuspitzenden Lage hinsichtlich der Anzahl an Schutzsuchenden im schulpflichtigen Alter im Land Berlin sind die Lerngruppen des Programms „Fit für die Schule plus Berliner Ferienschulen“ übernachgefragt. Ein Rückgang im Zuzug geflüchteter Kinder und Jugendlichen ist in den kommenden Jahren nicht zu erwarten. Der Ausbau der „Fit für die Schule plus Berliner Ferienschulen“-Lerngruppe steht im Einklang mit dem Aktionsplan sowie dem Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation von Geflüchteten (Gesamtkonzept).

#### **4. Erweiterung der Angebote für schulbezogene Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben zur Unterstützung von Roma-Schülerinnen und -Schülern und deren Familien**

Es handelt sich um eine zielgerichtete Maßnahme zu der auch Nicht-Roma zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse Zugang haben. Bedarfsoorientiert wurden im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ entsprechende Stellen der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben eingerichtet. Seit dem Jahr 2011 sind schrittweise neue Stellen hinzugekommen, die in Abstimmung mit den Bezirken von der für Bildung, Jugend und Familie

zuständigen Senatsverwaltung verteilt und von Trägern der Jugendhilfe in Kooperation mit den Schulen umgesetzt wurden.

Ursprünglich wurden im Jahr 2011 vier Projekte eingerichtet, um Schülerinnen und Schüler aus Sinti- und Roma-Familien zu unterstützen. Im Jahr 2014 wurde die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit auf „neu zugewanderte ohne Deutschkenntnisse“ erweitert. Weitere Stellen konnten eingerichtet werden, da die Zahl der Willkommensklassen zeitweise stark angestiegen ist. Zu den acht Projekten der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben, die sich primär an (neu) zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne deutsche Sprachkenntnisse richten, kamen im Jahr 2016 aufgrund des hohen Zuzugs Geflüchteter weitere fünf Projekte hinzu. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen unterstützten Kinder und Jugendliche, die häufig im Rahmen spezieller temporärer Lerngruppen oder Willkommensklassen beschult und an das Regelschulsystem herangeführt wurden. Zudem wurden von der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung aufgrund des Anstiegs Geflüchteter im Jahr 2015 zusätzlich 26 Stellen als sogenannte „Sofortmaßnahme Geflüchtete“ geschaffen. Der Einsatz der Fachkräfte erfolgt in diesen Projekten teilweise standortübergreifend bzw. mobil. Im Jahr 2018 wurde eine weitere Stelle der Jugendsozialarbeit eingerichtet, die insbesondere die Sinti- und Roma-Familien an zwei Schulen im Bezirk Mitte unterstützt.

Im Jahr 2020 konnten für das Projekt „Roma-Mediation“ fünf zusätzliche Stellen der Jugendsozialarbeit zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus Südosteuropa im Rahmen des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ geschaffen werden.

In den meisten Projekten lag der Fokus nach wie vor auf der Elternarbeit und der Prävention von Schuldistanz. Klassische Angebote der Jugendsozialarbeit vor allem in Form von Gruppenarbeit, konnte stattfinden, wenn die Familien eine Vertrauensbasis zum Schulsystem hergestellt hatten und bereit waren die Kinder und Jugendlichen zur Schule zu schicken. Besonders durch die pandemiebedingten Schulschließungen mussten teilweise bereits erfolgreich ins Schulsystem

integrierte Kinder und Jugendliche erneut an die Schule herangeführt werden.

Konkret unterstützten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen die Familien vor allem bei der Alltagsorganisation: Sie klärten zum deutschen Schulsystem auf, unterstützten beim Stellen von Anträgen oder bei der Suche nach einer Wohnung. Entsprechende Sprach- und Kulturkompetenzen der Fachkräfte sind dabei ein wesentlicher Schlüssel, um eine Vertrauensbasis zu den Familien herzustellen. In einem Projekt hat sich die Durchführung von Elterninformationsabenden auf Bulgarisch und Rumänisch bewährt:

*„Die Eltern sind erleichtert und sehr froh, dass sie verstehen und ohne Hemmungen Fragen stellen können. Die Sprachbarriere existiert nicht mehr und die Teilnehmenden bekommen das Gefühl der Zugehörigkeit.“*

Darüber hinaus wurden die Eltern und Kinder in persönlichen Gesprächen informiert oder beraten. Themen waren hier z. B. die Notwendigkeit eines sonderpädagogischen Förderbedarfs, Umgang mit digitalen Medien sowie religiöse Vielfalt und Akzeptanz.

Generell werden die Fachkräfte mit diskriminierendem Verhalten und insbesondere Antiziganismus in ihrer täglichen Arbeit immer wieder konfrontiert. Um hier präventiv wirken zu können, wurde an einer Schule z. B. ein Antidiskriminierungskonzept erarbeitet. In dem Zusammenhang wurden unter anderem Lehrkräfte durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beraten, sodass Themen wie die Geschichte der Roma und Sinti und deren gesellschaftliche Ausgrenzung in den schulinternen Lehrplan für das Fach Geschichte mit einflossen.

## **5. Projekt Sprachbrücken – als Weg zur Schule**

Geflüchtete aus der Republik Moldau und aus Georgien kommen in großer Zahl nach Berlin. Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben sich einerseits die Zuwanderungszahlen noch erhöht, zum anderen werden diese Menschen aktuell aufgrund der Kriegssituation häufig nicht abgeschoben. Das Projekt „Sprachbrücken – als Weg zur

“Schule“ ist ein niedrigschwelliges Bildungsangebot, das die Kinder und Jugendliche in den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) auf einen Schulbesuch vorbereitet und sie bei dem Erwerb der Verkehrssprache Deutsch unterstützt. Zudem werden die Eltern beraten und bei der Schulanmeldung ihrer Kinder unterstützt. Das Programm wurde in 2022 von zwei Trägern in drei Einrichtungen erprobt und evaluiert.

## **6. Kinder- und Jugendarbeit: Einrichtung von Bildungs- und Freizeitangeboten am Nachmittag**

Im Jahr 2014 wurde die Maßnahme [ankommen] entwickelt, um integrative außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote an Nachmittagen für Kinder und Jugendliche aus Roma-Familien bereitzustellen, wird aber auch geflüchteten Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. [ankommen] arbeitet bezirksübergreifend und stellt mobile Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bereit. Die pädagogischen Fachkräfte haben in den vergangenen Jahren an den jeweiligen Einsatzorten in den Bezirken Netzwerke mit vor Ort tätigen Institutionen geknüpft. Das Projekt [ankommen] fungiert immer wieder als Schnittstelle zwischen diesen Institutionen und Projekten, was die Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und Familien enorm steigert. Die langjährige Expertise des Projekts wird auch von den Bezirken genutzt, um im Gespräch Informationen über aktuelle Entwicklungen zu erhalten und ggf. eine Anpassung bzw. Umsteuerung anderer vor Ort bereitgestellten Angebote vorzunehmen.

Die fragile Wohn- und Erwerbslage vieler Roma-Familien bringt einen hohen Grad an unfreiwilliger Mobilität der Menschen im Stadtgebiet mit sich, die nicht an den Grenzen von Verwaltungsbezirken hält. Durch den bezirksübergreifenden Ansatz der Maßnahme können diese Entwicklungen kurzfristig wahrgenommen und ein zeitnahe Reagieren ermöglicht werden.

Im Mittelpunkt des aufsuchenden Angebots von [ankommen] stehen sportorientierte Angebote. Das Medium Sport bietet in der

sozialpädagogischen Arbeit einen guten Zugang, da damit für nahezu alle Kinder und Jugendlichen ein hoher Aufforderungscharakter verbunden ist und sportliche Angebote teilweise auch ohne Sprache auskommen. Die Bedeutung des Zusammenhalts in der Gruppe, gegenseitige Rücksichtnahme und Fairplay, das Einhalten von Regeln oder die Wichtigkeit eines wertschätzenden Umgangs untereinander - auch in Konfliktsituationen - sind im Rahmen der Sportangebote immer wieder Themen, die mit den Kindern und Jugendlichen besprochen und gelebt werden.

Im Rahmen des Angebots werden regelmäßig öffentliche Sport- und Spielplätze, Schwimmbäder, Eisstadien, Sportvereine, Jugendfreizeiteinrichtungen und andere Plätze im näheren Umfeld der Angebote mit Kindern und Jugendlichen besucht. Dies hat erfolgreich dazu beigetragen, neu zugezogenen Kindern und Jugendlichen das Kennenlernen und den Zugang zur näheren und weiteren Wohnumgebung zu erleichtern. Durch die regelmäßigen Aktivitäten z. B. auf öffentlichen Sport- und Spielplätzen und der damit verbundenen Begegnung von Bewohnerinnen und Bewohnern des Kiezes und Neuzugezogenen ist die gegenseitige Akzeptanz spürbar gewachsen.

Die langfristige Beziehungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und auch Eltern hat bewirkt, dass immer mehr Angelegenheiten auch über den Sport hinaus thematisiert werden können. Dies betrifft auf der einen Seite Anliegen, die von Kindern, Jugendlichen und Eltern an die Mitarbeitenden des Projekts herangetragen werden. Hier kann je nach Thema entweder selbst Auskunft gegeben oder an Beratungsangeboten der zahlreichen Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner verwiesen werden. Auf der anderen Seite ist es den Mitarbeitenden mittlerweile möglich, auch über ggf. kontroverse und komplizierte Themen ins Gespräch zu kommen, z. B. das Thema sexuelle Aufklärung. [ankommen] ist in neun Berliner Bezirken tätig und wird durch die Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH umgesetzt.

## **Veränderte Arbeitsschwerpunkte durch Corona**

Auch in den Jahren 2021 und 2022 war die Corona-Pandemie ein zentrales Thema und stellte das Projekt [ankommen] vor zusätzliche Herausforderungen. Häufig wechselnde Hygienevorschriften machten es ungemein schwer, ein kontinuierliches Angebot für Kinder und Jugendliche bereitzustellen.

Die im Jahr 2020 neu entwickelten Angebotsformen wie Hausaufgabenhilfe, digitale Angebote (u. a. YouTube und Instagram) und persönliche Sprechstunden wurden auch in den Jahren 2021 und 2022 fortgeführt und weiterentwickelt.

Die Angebote konzentrierten sich insbesondere auf Kinder und Jugendliche, die unter den Schulschließungen besonders litten. Das betraf in besonderem Maße Kinder und Jugendliche mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Roma-Hintergrund. Aufgrund von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt leben diese häufiger als andere Kinder und Jugendliche in beengten Wohnverhältnissen. Der Ausschluss ihrer Eltern aus dem Bildungssystem in den Herkunftsländern trägt dazu bei, dass diese häufiger von Analphabetismus betroffen sind. Die Benachteiligung der Eltern auf dem Arbeitsmarkt, hat ein geringeres Einkommen zur Folge und damit oftmals eine unzureichende technische Ausstattung der Kinder und Jugendlichen. Diese und andere Faktoren trugen dazu bei, dass Homeschooling nur unter erschwerten Bedingungen oder gar nicht stattfand.

Zahlreiche Stammbesucherinnen und Stammbesucher der Angebote brachen weg, dies lag zum einen an der nicht mehr anhaltenden Beständigkeit der Angebote, zum anderen aber auch an der Verunsicherung der Eltern und Kinder, welche aus Vorsicht nicht mehr an Angeboten mit mehreren Personen teilnehmen wollten. Des Weiteren wurde bei einigen unserer Teilnehmenden eine deutliche Gewichtszunahme bemerkt.

Die sich, auf Grund der Corona-Pandemie, häufig ändernden Vorgaben für die Umsetzung von Angeboten führten auch bei den Mitarbeitenden

des Projekts zu Verunsicherung. Wie viele Personen dürfen die Angebote besuchen? Wie schütze ich mich selber und die Kinder und Jugendlichen? Dies sind nur einige Fragen, mit denen die Fachkräfte konfrontiert wurden. Dies führte zu einer merklichen psychischen Mehrbelastung im Arbeitsalltag.

Um den beschriebenen Herausforderungen entgegenzuwirken, wurden durch das Projekt [ankommen] Materialspenden in Form von Sport- und Bastelmaterial, Büchern und Spielzeug an die Zielgruppe verteilt. Durch einen Flyer in unterschiedlichen Sprachen wurde auf das neue digitale Angebot aufmerksam gemacht. Die Verteilung der Flyer sowie der Materialien ermöglichen auch einen kurzen und persönlichen Austausch mit der Zielgruppe.

Nach ersten Lockerungen der Kontaktbeschränkungen und der Entwicklung von Hygienekonzepten konnten auch analoge Angebote in angepasster Form umgesetzt werden. Um die Gesundheitsgefährdung für alle Beteiligte zu minimieren und mögliche Infektionsketten nachvollziehen zu können, wurde die Anzahl der gleichzeitig teilnehmenden Kinder und Jugendlichen verringert. Die Angebote wurden größtenteils an der frischen Luft in Form von Distanzsportarten wie z. B. Tischtennis, Badminton oder Gruppenübungen mit ausreichendem Abstand umgesetzt. Durch die vorgegebenen Kontaktbeschränkungen konnten jedoch nicht alle analogen Angebote im gleichen Maße umgesetzt werden. Daher wurde parallel das digitale Angebot weitergeführt.

Aufgrund der vermehrten Schulschließung erhielten die Kinder und Jugendlichen häufiger Arbeitsaufträge, die Zuhause erledigt werden mussten. Hierbei erwies sich vor allem die digitale und analoge Hausaufgabenhilfe als ein gutes Mittel, um den Kontakt mit geringerer Teilnehmendenzahl und über digitale Plattformen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Unterstützung zu bieten. Da die Umsetzung in analoger Form mit wenigen bzw. teilweise auch nur einzelnen Personen stattfand, ergab sich oftmals die Möglichkeit, einzelne Kinder und Jugendliche besser kennen zu lernen. Es konnten häufiger informelle Gespräche über die individuelle Familiensituation, Erfahrungen aus der Vergangenheit sowie zur aktuellen

Situation aufgrund der Corona-Pandemie geführt werden. Somit hatte und hat diese – für alle Betroffenen – herausfordernde Zeit durchaus auch etwas Positives: Die Verbindung zur Zielgruppe konnte auch unter erschweren Bedingungen aufrechterhalten und zu einzelnen sogar vertieft werden.

Im Einzelnen reagierte das Projekt u. a. mit folgenden Maßnahmen auf die Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie:

- Hausaufgabenhilfe (per Videokonferenz und analog) für einzelne Kinder und Jugendliche und Kleingruppen;
- regelmäßige Beiträge auf YouTube, Instagram und Facebook (Themen: Corona-Infos, Trainings-, DIY-, Kochanleitungen, Klimagerechtigkeit, Anti-Rassismus, Diversity, Sportchallenges, Lustiges);
- Spaziergänge mit Kleingruppen;
- Distanzsportarten;
- Verteilung von Sport- und Bastelmaterial (mit Anleitungen online);
- Kontakt über Messenger (schriftlich und sprachlich).

#### Die Entwicklung der Inanspruchnahme der Maßnahme [ankommen]

#### 2021 - 2022

Jahr	Anzahl	Anzahl nach Altersgruppen
2021	46 Kinder und Jugendliche	davon 28 < 12 Jahre 18 < 18 Jahre 0 < 27 Jahre
2022	112 Kinder und Jugendliche	davon 60 < 12 Jahre

		52 < 18 Jahre
		0 < 27 Jahre

## 7. Stellungnahme mit Bezug zu der Empfehlung: Ausbau der Kooperation mit der Jugendberufsagentur Berlin

Das Beratungsangebot der JBA Berlin richtet sich an alle jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren, die in Berlin leben. Eine Differenzierung nach ethnischer Herkunft findet nicht statt. Individuelle Bedürfnisse der Ratsuchenden können im (persönlichen) Beratungsgespräch thematisiert werden, um gemeinsam nach passgenauen Maßnahmen und Angeboten zu suchen. Das Angebot vor Ort in den 12 regionalen Standorten der JBA wird ergänzt durch aufsuchende Angebote, welche auch gut mit den Communities und Jugendeinrichtungen in den Bezirken vernetzt sind.

Informationen über das Beratungsangebot der JBA Berlin stehen auf der JBA Website u. a. in Rumänisch, Bulgarisch und Polnisch zur Verfügung.

Eine Vertreterin der Netzwerkstelle der JBA Berlin hat im August 2022 an der 9. Dialogveranstaltung im Rahmen des moderierten Programmdialogs zum Aktionsplan teilgenommen. Unter dem Thema „Jugend in Ausbildung und Arbeit“ wurde die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der JBA Berlin am Übergang Schule - Beruf in ihrer Struktur und ihrem Leistungs- und Beratungsangebot für junge Menschen vorgestellt.

Ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Roma-Organisationen und -Trägern und der JBA Berlin existiert aktuell nicht.

Das ergibt sich u. a. aus dem Aufbau und der Struktur der JBA Berlin. An zwölf regionalen Standorten arbeiten Beratungsfachkräfte der Agenturen für Arbeit, der Berliner Jobcenter, der bezirklichen Jugendhilfe und der beruflichen Schulen rechtskreisübergreifend zusammen. Anlass- und Themenbezogen - z. B. in der Frage der Erreichbarkeit und der verbesserten Zugangswege für einzelne Teilzielgruppen - findet ein

Austausch auch mit Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen (MSO) und anderen Netzwerken statt.

Die Teilnahme von Mitarbeitenden der JBA Berlin und der Netzwerkstelle an weiteren Dialogveranstaltungen im Rahmen des moderierten Programmdialogs zum Aktionsplan erfolgt anlass- und themenbezogen.

## **8. Beratung zu Bildung und Beruf**

Mit der seit 2006 landesgeförderten „Beratung zu Bildung und Beruf“ wird durch die für Arbeit zuständige Senatsverwaltung ein unabhängiges, kostenfreies und leicht zugängliches Angebot zur beruflichen (Neu-) Orientierung für alle Menschen in Berlin bereitgestellt. Dieses soll mit Hilfe von vertraulichen und ergebnisorientierten Beratungen darin unterstützen, sich über eigene berufsbezogene Zielvorstellungen, Interessen, Qualifikationen und Fähigkeiten klar zu werden und diese für die berufliche Entwicklung zu nutzen. Die Beratung soll Menschen jeden Alters und zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens dazu befähigen, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut informierten Basis eigenständig zu treffen und ihr Berufsleben selbst in die Hand zu nehmen. Das Programm steht Roma wie auch allen anderen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund zur Verfügung.

Um aber den spezifischen Bedarfen von Menschen aus dem Ausland Rechnung zu tragen, wurde das Beratungsangebot 2016 durch mobile, d. h. aufsuchende und mehrsprachige Beratung, speziell für geflüchtete und zugewanderte Menschen erweitert. Dadurch gerieten u. a. die Belange eingewandter Roma mehr in den Blick: Ende 2019 wurde erstmals Kontakt zum Bundesjugendverband der Sinti und Roma Amaro Drom e. V. aufgenommen, um die verstärkte Unterstützung dieser Zielgruppe im Hinblick auf die Partizipation an Bildung und Beruf zu verbessern. Eine Auswertung der Beratungsdaten ergab, dass vor allem Personen aus den sogenannten Westbalkanstaaten kaum als Kundinnen und Kunden der mobilen Bildungsberatung in Erscheinung traten. Durch ein von Amaro Drom e. V. durchgeführtes Seminar zum Thema Rassismus gegen Sinti und Roma für Beratende des Netzwerks „Beratung zu Bildung

und Beruf“ in Berlin konnte ein erster Schritt zur Sensibilisierung der Beratungsarbeit getan werden. Außerdem konnte in Zusammenarbeit mit KUB e. V eine weitere Fortbildung zur speziellen Rechtslage für Personen aus den sogenannten Westbalkanstaaten umgesetzt werden. In Zukunft wird noch eine gezieltere Ansprache der Personen notwendig sein.

Im Rahmen einer Dialogveranstaltung im Rahmen des moderierten Programmdialogs zum Aktionsplan wurde 2022 die Beratung zu Bildung und Beruf (BBB) vorgestellt.

## **9. Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA)**

Das BEMA hat seine von der für Arbeit zuständige Senatsverwaltung geförderten Dienstleistungen – Beratung und Unterstützung von aus dem EU-Ausland entsandten Beschäftigten, von Menschen mit Migrationshintergrund, von Personen mit unklarem Beschäftigtenstatus und von geflüchteten Menschen – zwar nicht speziell auf die Zielgruppe des Aktionsplans ausgerichtet, sie stehen allerdings der Zielgruppe ebenso offen wie allen anderen Personen, die nach Berlin kommen, um hier einer Arbeit nachzugehen. Insofern ist dieser Personenkreis durchaus vom Dienstleistungsangebot des BEMA mit umfasst.

## **Handlungsfeld: Gesundheitliche Versorgung und Soziales**

*Im Folgenden Teil werden Maßnahmen vorgestellt, die von der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege zuständigen Senatsverwaltung gefördert werden und allen Menschen zugutekommen, die keinen geregelten Zugang zu gesundheitlichen Versorgung oder Verständigungsprobleme im Gesundheitsbereich haben. Die Maßnahmen „Notfallfonds für Entbindungen“ sowie „Kosten für Schutzimpfungen für nicht krankenversicherte mittellose Personen“ sind aus dem Aktionsplan hervorgegangen, für weitere Personengruppen geöffnet worden und im Haushalt der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung versteiftet worden. Im Einklang mit den Empfehlungen der externen Evaluation werden sie fortan nicht mehr als Bestandteil des Aktionsplans geführt, um der Öffnung für weitere Personengruppen Rechnung zu tragen und Stigmatisierungen auszuschließen. Die in den früheren Umsetzungsberichten aufgenommenen Maßnahmen „Psychosoziale und gesundheitliche Beratung für Menschen in der Prostitution“ und „Fortbildungen: Was tun bei häuslicher Gewalt?“ sind nicht mehr Gegenstand des vorliegenden Umsetzungsberichts, da die Maßnahmen an bestimmte Lebens- bzw. Problemlagen anknüpfen und nicht auf eine spezifische Zuwanderungsgruppe fokussiert sind.*

### **Sicherstellung der Sprachmittlung**

Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung leistet seit 2007 einen Beitrag zur Sicherstellung der sprachlichen Verständigung im Gesundheitsbereich mit nicht deutschsprachigen Zuwanderinnen und Zuwandern.

Ziel der Maßnahmen ist es, qualifizierte Sprachmittlung für den vorrangigen Einsatz im Gesundheitsbereich zur Verfügung zu stellen. Damit soll die interkulturelle Öffnung von Versorgungseinrichtungen und Regeldiensten gefördert werden. Menschen mit Sprachbarrieren erhalten einen verbesserten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und zu sozialen Diensten, eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung ihrer gesundheitlichen Versorgung und schließlich ihrer sozialen Lage.

Seit 2019 werden über die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung zwei Dienstleister für Sprachmittlung in Berlin gefördert. Die Sprach- und Integrationsmittlung gemeinnützige Genossenschaft (SprInt geG) bietet kostenfreie Sprachmittlung für den face-to-face Einsatz sowie medienbasiert in ausgewählten Sprachen. Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung wie der öffentliche Gesundheitsdienst, ausgewählte zuwendungsfinanzierte Projekte der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung und Unterbringungseinrichtungen des LAF können zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf kostenfreie Sprachmittlung zugreifen. Stehen keine kostenfreien Sprachmittlungsressourcen zur Verfügung können Einrichtungen über den Gemeindedolmetschdienst (GDD) honorarpflichtige Sprachmittlerinnen und Sprachmittler in bis zu 35 verschiedenen Sprachen und Dialekten buchen. Bei beiden Trägern unterstützt die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung neben dem Vermittlungsdienst auch qualitätssichernde Maßnahmen.

Für die Jahre 2021 und 2022 wurden sowohl bei SprInt geG und beim Gemeindedolmetschdienst eine hohe Nachfrage an Sprachmittlung verzeichnet, die nur bedingt aufgefangen werden konnte.

Die Zahl der Anfragen für kostenfreie Sprachmittlungen erhöhte sich von 11.782 (2021) auf 12.740 (2022) und insgesamt wurden 2021 knapp 18.000 Sprachmittlungsstunden erbracht und 2022 etwas mehr als 20.000. Die am häufigsten nachgefragten Sprachen waren 2021 Dari/Farsi, Arabisch, Russisch, Rumänisch und Vietnamesisch. 2022 war Russisch die am häufigsten nachgefragte Sprache, gefolgt von Dari/Farsi, Arabisch, Rumänisch und Vietnamesisch. Im Berichtszeitraum konnten etwa die Hälfte der Anfragen nach kostenfreier Sprachmittlung erfüllt werden.

Die Anzahl der an den GDD gerichteten Anfragen für Sprachmittlungen sind 2022 angestiegen von 12.900 in 2021 auf 17.300. Die Anzahl der vermittelten Dolmetscheinsätze ist von 10.916 (2021) auf 13.959 (2022) angestiegen. Die Nachfrage nach Sprachmittlung war 2022 in vielen

verschiedenen Sprachen im gesamten Jahresverlauf wesentlich höher als in den Jahren zuvor. 2022 sank die Vermittlungsquote leicht auf 82,4 %.

In Verbindung mit den Maßnahmen „Notfallfonds für Entbindungen, und Schutzimpfungen“ ist auch für die Sprachmittlung darauf hinzuweisen, dass kostenfreie Sprachmittlung in der Vergangenheit ausschließlich den Zielgruppen des Aktionsplans (über ausgewählte Sprachen) zur Verfügung gestellt wurde. Im Zuge der Flucht- und Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre wurde die Sprachmittlung ausgebaut und die kostenfreie Sprachmittlung um zusätzliche Sprachen für geflüchtete Menschen ergänzt.

### **Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen**

Die Clearingstelle ist eine seit 2018 bestehende Beratungseinrichtung für Menschen ohne (ausreichenden) Krankenversicherungsschutz. Träger ist die Berliner Stadtmission e. V. Die über die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung geförderte Maßnahme hat zum Ziel, Menschen in die gesundheitliche Regelversorgung zu vermitteln. Ist das (aktuell) nicht möglich, kann seit Mitte 2019 über einen Kostenübernahmeschein die gesundheitliche Versorgung bei niedergelassenen Haus- und Fachärztinnen und Fachärzten sowie für die stationäre (fachärztliche) Versorgung in die Wege geleitet werden. Die Kosten trägt das Land Berlin.

Bei der Clearingstelle ist 2021 und 2022 ein starker Anstieg der Zahl von ratsuchenden Menschen zu verzeichnen. Das ging, vor allem 2022, mit einem Anstieg der Zahl der Kostenübernahmen einher, die an Menschen ohne aktuellen Krankenversicherungsschutz aufgrund dringenden medizinischen Behandlungsbedarfes ausgegeben werden mussten.

### **Frauen**

Die für Frauen und Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung fördert eine Vielzahl von Frauenprojekten in unterschiedlichen Themenfeldern. Das Angebot umfasst niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten z. B. in Frauenzentren bis hin zu spezialisierter Beratung z. B. zur beruflichen Qualifizierung oder bei geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Projekte

stehen grundsätzlich allen Frauen in ihrer Vielfalt offen. In vielen Einrichtungen ist über mehrsprachige Mitarbeiterinnen bzw. den Einsatz von Sprachmittlung auch eine Beratung in anderen Sprachen als Deutsch möglich. Auch Informationsmaterialien sind häufig mehrsprachig: die Informationsbroschüre „Ihr Recht bei häuslicher Gewalt“ von BIG e. V. liegt z. B. in 18 Sprachen vor, darunter Bulgarisch, Kroatisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch sowie Serbisch (<https://www.big-berlin.info/medien/ihr-recht-bei-haeuslicher-gewalt> (Stand 24.08.2023)).

## **Handlungsfeld: Wohnen und Konflikte im Stadtraum**

*Im folgenden Teil werden Maßnahmen vorgestellt, die von der für Integration und Soziales zuständigen Senatsverwaltung und der für Wohnen und Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung gefördert und umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich sowohl um zielgerichtete als auch um Regelmäßignahmen.*

### **1. Vorübergehende Unterkunft für Familien mit Kindern (Nostel)**

Beim Projekt Nostel handelt es sich um ein Modellprojekt, welches einen erfolgversprechenden Weg darstellt, die Lage von wohnungslosen Roma-Familien zu verbessern.

Mit diesem Projekt wird neuzugewanderten, wohnungslosen Familien mit Kindern für einen bestimmten Zeitraum eine Unterbringung in einer Notunterkunft zur Verfügung gestellt. Während ihres Aufenthalts werden die Ansprüche auf Sozial- und Familienleistungen geklärt sowie den Zugang zu den regulären Angeboten des Arbeits- und Wohnungsmarktes geöffnet, sodass eine anschließende Unterbringung der Familien in regulären Wohnungen sowie möglichst eine Erwerbstätigkeit sichergestellt werden kann.

Die Auswahl der Familien erfolgt anhand von Einzelfallentscheidungen der für Integration zuständigen Senatsverwaltung, welche nach Gesamtbetrachtung der zur Verfügung stehenden Plätze und der Lebenssituation der jeweiligen Familie getroffen werden. Grundsätzlich werden die Familien durch die Träger der mobilen Anlaufstellen für Europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sowie Roma und den Verein Phinove e. V. vorgeschlagen. Diese Träger arbeiten jeweils mit mehreren Projekten nahe an der Zielgruppe und haben daher Kenntnisse von den Bedarfen sowie den vielfältigen Herausforderungen beim Zugang zu Regeldiensten, dem Arbeitsmarkt, der Gesundheitsversorgung und Wohnraum.

Nach der Aufnahme einer Familie in eines der Nostels wird ihr Fall zuerst durch die Mitarbeitenden des Vereins aufgenommen. Anschließend

werden alle Familienmitglieder beim Bezirksamt angemeldet sowie Anträge zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II und SGB XII und Kindergeld gestellt. Die Familien werden fachlich durch eine Rechtsanwältin beraten. An die Unterbringung sind Clearingverfahren sowie engmaschige sozialpädagogische Betreuung angebunden. Minderjährige Kinder werden beim Kinder- und Jugendgesundheitsdienst vorgestellt und entsprechende Vorschuluntersuchungen durchgeführt. Schulpflichtige Kinder werden eingeschult. Der beauftragte Träger berät und unterstützt die Bewohnerinnen und Bewohner des Projektes außerdem zu u. a. folgenden Themen: Arbeitssuche, Kommunikation mit (potentiellen) Arbeitgeberinnen und Arbeitsgebern, Legalisierung von Tätigkeiten, Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerfreiheit, Aufklärung zu Rechten und Pflichten einer Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmers und einer Arbeitgeberin bzw. eines Arbeitgebers sowie das Schreiben von Rechnungen. Hinzu kommt in vielen Fällen eine Beratung z. B. bei Schulden und zu Erziehungsfragen. Die Familien sollen so an die zuständigen Regelinstitutionen des Landes Berlin angebunden werden.

Im Berichtszeitraum hat das Projekt nach Auszug der Familien aus dem Nostel in eine eigene Wohnung für eine Übergangszeit von drei Monaten eine Nachbetreuung angeboten. Dabei galt es den Familien Stabilität zu bieten und den Übergang engmaschig zu betreuen, damit bereits Erreichtes nicht wieder verloren geht.

Im November 2019 wurde ein Interessensbekundungsverfahren zum Projekt „Vorübergehende Unterbringung von wohnungslosen Familien mit Kindern“ durchgeführt. Hier war der Träger Phinove e. V., als einziger Bewerber, für eine weitere Förderung ab 2021 erfolgreich.

Seit 2020 stehen dem Projekt insgesamt zehn Wohnungen zur Verfügung. Die Wohnungen befinden sich in den Innenstadtbezirken innerhalb des S- Bahn-Rings. Die Adressen der Wohnungen werden zum Schutz der Familien nicht öffentlich bekanntgegeben.

Auch in 2021 und 2022 war eine weiterführende Unterbringung der ausgezogenen Familien in reguläre Wohnungen durch den angespannten

Wohnungsmarkt nur sehr einschränkt möglich und die Familien konnten nur über die Soziale Wohnungshilfe der Bezirke untergebracht werden. Diese Situation war für einige Bezirke eine besondere Herausforderung.

Im Laufe der achtjährigen Projektlaufzeit hat sich das Erfordernis einer inhaltlichen Erweiterung des Projektkonzeptes als notwendig erwiesen. Das ursprüngliche Projektkonzept sah lediglich die vorübergehende Unterbringung, die Klärung von Leistungsansprüchen nach SGB II und/ oder SGB XII sowie die Unterstützung bei der weiterführenden Unterbringung für die Familie nach Abschluss des Projektes vor.

In der Projektdurchführung zeigte sich jedoch schnell, dass man den multiplen Problemlagen obdachloser Familien nicht durch eine temporäre Unterbringung bei bloßer Klärung von Leistungsansprüchen nachhaltig gerecht werden kann, sondern es einer ganzheitlichen Herangehensweise bedarf, insbesondere in den Themenbereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Wohnen.

Die Projektjahre 2021 und 2022 haben gezeigt, dass weiterhin ein großer Bedarf an temporären Notunterkünften für wohnungslose Familien mit minderjährigen Kindern besteht. Die Nachfrage übersteigt die vorhandenen Kapazitäten. Es ist daher von der für Integration zuständigen Senatsverwaltung beabsichtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, weitere Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Mit den Nostels konnte auch auf kurzfristig auftretende Notsituationen, wie z. B. nach der Räumung von Wohnungen reagiert werden.

Das Projekt führte im Jahr 2021 insgesamt 8.865 und im Jahr 2022 insgesamt 6.813 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 1.836 Ratsuchende erreicht. Im Zuge der Corona-Pandemie wandten sich weniger Personen an das Projekt. Bei den meisten Fragen ging es eher um die aktuellen Vorschriften bzw. Verhaltensregelungen.

Im Zuge des bundesweiten Lockdowns aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Änderungsverordnungen zur „Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des

neuartigen Corona Virus SARS-CoV-2 in Berlin“ hat der Träger die Abläufe zur Erfüllung des Verwendungszweckes des Projektes über eine Zuwendung im Rahmen des Aktionsplans für das Jahr 2020, 2021 sowie 2022 auf die oben genannten Eindämmungsmaßnahmen mit Hygienekonzepten und Umstellung auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt und angepasst.

## **2. Programm Sozialer Zusammenhalt Netzwerkfondsprojekte**

Die Situation in zahlreichen Berliner Stadtquartieren ist durch eine zunehmende soziale Segregation gekennzeichnet. Die 32 Berliner Quartiersmanagementgebiete sind bis 2022 unterschiedlich betroffen gewesen. Konsequent wurde daher mit dem Quartiersmanagementverfahren Prozesse in sozial herausfordernden Gebieten angestoßen, integrative Maßnahmenkonzepte erarbeitet und umgesetzt sowie lokale Selbstorganisationskräfte mobilisiert. Ziel des Berliner Quartiersmanagementverfahrens ist insbesondere die Verbesserung individueller Lebenschancen aller Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner sowie die Förderung ihrer Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft. Die Aktivierung aller Bewohnerinnen und Bewohner für ihr Quartier sowie die Bindung sozial stabilisierender Bewohnerinnen- bzw. Bewohnergruppen an die Quartiere sind wesentliche Arbeitsschwerpunkte.

Das Quartiersmanagementverfahren macht keinen Unterschied in seiner Ausrichtung auf alteingesessene Bewohnerinnen und Bewohner oder Neuzuziehende, gleich welcher Herkunft. Voraussetzung für die Entwicklung eines stabilen Gemeinwesens ist es im Gegenteil, alle Bewohnerinnen und Bewohner in den Aufwertungs- und Entwicklungsprozess kontinuierlich einzubeziehen und sie zu befähigen, Gemeinwesen in Eigenverantwortung mitzugestalten. Vorhandene Netzwerke, Organisationen und Initiativen bilden die Grundlage. Mit ihnen gemeinsam sollen Strategien entwickelt und durchgesetzt werden, die dazu beitragen, drohende Anonymität im Quartier aufzulösen und lebendige Nachbarschaften zu gestalten. Über diese generelle

Zielrichtung hinaus ist es vielen Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere im Programm wichtig, sich gegenüber den Neuankömmlingen freundlich und hilfsbereit zu zeigen. Dem wird von den Quartiersmanagement-Teams Rechnung getragen, indem besondere ehrenamtliche Willkommensaktivitäten (Willkommensfeste, Kleiderspenden, Hausaufgabenhilfe, Spielangebote, Begleitangebote u. v. m.) kurzfristig finanziell unterstützt werden. Damit wird die Betreuung durch die Regelstrukturen (Bezirksämter, die für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege und Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung mit den Stadtteilzentren und freien Trägern der Sozialhilfe sowie die für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung zuständige Senatsverwaltung) mit zahlreichen Angeboten flankiert.

Aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt wurden darüber hinaus finanziert:

## **2.1 Öffentlichkeitsarbeit der Quartiermanagement-Teams**

Quartiersmanagement (QM) Spandauer Neustadt, 2022: Erarbeitung einer Expertise „Handlungsempfehlungen für die Beteiligung von Familien aus Südosteuropa in der Quartiersarbeit in der Spandauer Neustadt“ (5.000 EUR)

## **2.2 Projektfondsprojekte**

QM Harzer Straße, 2022 ff.: Harzer Kiez in Bewegung (bwgt e. V., 230.000 EUR). Partizipativ entwickelte Bewegungsangebote für Jugendliche im öffentlichen Raum, Qualifizierung der Jugendlichen zu Trainerinnen und Trainer, Einbeziehung der Familien, Winterspielplätze, Konzeptentwicklung für einen Jugendort). Hier partizipieren viele Roma-Jugendliche.

Im Programm Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften (BENN) wurde aufgrund der vermehrten Zuwanderung von Roma insbesondere aus Moldau nach Berlin und den von Teams des Programms BENN gemeldeten Problemen im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete sowie Konflikten in der Nachbarschaft eine Fortbildung für die BENN Teams und für den BENN Bezirkskoordinationen in 2022 durchgeführt. Es ging um

grundlegende Wissensvermittlung zum Thema Antiziganismus. Zudem ging es um aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Roma in Deutschland und um die Situation von Roma in Moldau. Ziel war der praxisorientierte fachliche Austausch und eine fachspezifische (Selbst-)reflexion.

### **2.3 Stärkung der interkulturellen Kompetenz und Vernetzung im Aktionsraum**

*Träger:* Abteilung Integration für die zuständige Senatsverwaltung

*Laufzeit:* 11.12.2017-28.02.2021

*Fördervolumen:* 95.000 EUR

Im Rahmen des Projektes soll die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeitenden in den Verwaltungen sowie der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in den Quartieren gestärkt werden. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Förderung des Austauschs und der nachhaltigen Vernetzung der Akteurinnen und Akteure. Die Alte Feuerwache e. V./Jugendbildungsstätte Kaubstraße wurde für die Umsetzung der Workshops beauftragt.

Das Projekt endete zum 28. Februar 2021. Die letzten beiden Monaten der Projektlaufzeit wurden der Ergebnissicherung gewidmet. Es fand ein digitaler Abschlussdachtag mit über 90 Teilnehmenden zum Thema "Die Mentalität der Diversität - was bedeutet Diversitätskompetenz" statt. Außerdem wurden drei Broschüren mit Praxistipps erstellt. Diese sind digital abrufbar:

[https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere\\_Rassismus\\_und\\_Umgang\\_mit\\_Vorurteilen.pdf](https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere_Rassismus_und_Umgang_mit_Vorurteilen.pdf) (Stand 17. August 2023)

[https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere\\_Gemeinsam\\_verstehen.pdf](https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere_Gemeinsam_verstehen.pdf) (Stand 17. August 2023)

[https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere\\_Empowerment.pdf](https://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Veroeffentlichungen/Broschuere_Empowerment.pdf) (Stand 17. August 2023)

## **2.4 Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa**

Die Projekte sollen mithilfe aufsuchender Arbeit den Zugang der Mädchen und jungen Frauen im Alter von 10-20 Jahren zu Bildung verbessern. Gleichzeitig soll ihr Selbstvertrauen und Selbstverständnis gestärkt werden. Die begleitende Elternarbeit sowie der Gemeinschaftsdialog mit den traditionellen und religiösen Autoritäten der Roma-Community sollen die Mädchen und jungen Frauen in ihren Entscheidungsfindungsprozessen stärken und unterstützen. Die drei Projekte liefen bis Mitte 2021.

### *Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa -Neukölln-Nord*

*Träger: Nachbarschaftsheim Neukölln e. V.*

*Laufzeit: 01.09.2018-30.06.2021*

*Fördervolumen: 180.000 EUR*

Im Zeitraum von 2018-2021 fanden Gruppenangebote (Workshops, Exkursionen und öffentlichkeitswirksame Aktionen), Einzelcoachings/Beratungen und Elterncafés statt. Die Anzahl der teilnehmenden Mädchen und Frauen wurde nicht benannt.

### *Stärkung für junge Romnja Jetzt! - Kreuzberg-Nordost*

*Träger: RAA Berlin*

*Laufzeit: 01.01.2019-30.06.2021*

*Fördervolumen: 150.000 EUR*

Im Zeitraum von 2019-2021 fanden über 80 Aktivitäten wie Beratungen, Sprechstunden, Exkursionen, Einrichtungsbesuche, Nachhilfe, weitere Kurse und Workshops statt. Außerdem fanden Elternberatungen statt.

Es konnten mindestens 60 Mädchen und junge Frauen sowie ca. 50 Familienangehörige im Jahr erreicht werden. Fünf der Mädchen/Frauen haben sich als Peer-Educator ausbilden lassen.

*Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa  
- Wedding/ Moabit*

*Träger: Kulturen im Kiez e. V.*

*Laufzeit: 01.09.2018-30.06.2021*

*Fördervolumen: 180.000 EUR*

Im Zeitraum 2019-2021 fanden verschiedene Aktivitäten zur Kontaktaufnahme, Begleitung und Empowerment, wie z. B. Feste, Ausstellungen oder Beteiligung an Gestaltung von Freizeiträumen, statt.

Es wurden ca. 45 Mädchen im Alter zwischen 8-15 Jahren durch aufsuchende Arbeit erreicht und zu anderen Einrichtungen mit Freizeitangeboten begleitet.

### **3. Housing First (HF)**

Zum 01. Mai 2023 konnte ein neues HF-Projekt etabliert werden, dass sich an zugewanderte wohnungslose Familien mit minderjährigen Kindern richtet, von denen mindestens ein Familienmitglied über die Unionsbürgerinnenschaft und Unionsbürgerschaft verfügt. Das Projekt richtet sich dabei an besonders vulnerable Personengruppen mit multiplen Problemlagen, die von dem bisherigen System der Berliner Wohnungsnotfallhilfe nicht oder nur unzureichend erreicht wurden. Das Projekt richtet sich insbesondere an Familien aus Südosteuropa, dabei auch an die Zielgruppe des Aktionsplans.

Projekträger des Projekts „Nos Domum – Housing First für Unionsbürger - Familien mit minderjährigen Kindern“ ist Phinove e. V.

Bezüglich des vom selben Träger durchgeführten Projekts „Nostel“, welches sich grundsätzlich an die identische Zielgruppe richtet, gibt es die Auflage, dass eine Aufnahme von Personen in HF für Personen ausgeschlossen ist, die noch im Projekt „Nostel“ betreut werden. Eine Aufnahme ist erst möglich, wenn durch das Projekt „Nostel“ eine Vermittlung im Sinne der dortigen Projektziele erfolgt und die Betreuung im Projekt „Nostel“ abgeschlossen ist.

Derzeit befindet sich das Projekt im Aufbau. Für 2023 sind drei Wohnungen bereits fest von einem Vermieter zugesagt.

### **Frostschutzengel**

Zielgruppe des Projekts sind wohnungslose Menschen, die nicht in der Lage sind, die bestehenden Notlagen ohne Hilfe von Dritten zu beheben. Das Angebot richtet sich an Menschen, die keinen oder mangelhaften Zugang zu relevanten Informationen und Hilfeangeboten haben und die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen. Die Zielgruppe stammt überwiegend aus EU-Mitgliedstaaten.

Das Projekt wurde in den Jahren 2016-2021 aus EU-Mitteln gefördert. Der Berliner Senat konnte das Projekt nach Beendigung der Modellphase mit modifiziertem Konzeptionsschwerpunkten seit dem 01. Juli 2022 aus Landesmitteln absichern.

### **MOCT**

Die EU fördert im Rahmen von EhAP Plus das Berliner Projekt „MOCT – Berliner Brücke zur Teilhabe“.

Das Projekt der niedrigschwlligen Wohnungsnotfallhilfe bietet mehrsprachige, aufsuchende Sozialberatung für Menschen an, die nicht in der Lage sind, eigeninitiativ Hilfen aufzusuchen.

Die Beratung ist vorrangig als intensive Orientierungsberatung sowie Informationsvermittlung zum Hilfesystem konzipiert. Ziel ist die Vermittlung in das Regelsystem. Für eine weiterführende Klärung von sozialrechtlichen Ansprüchen wird die Zielgruppe bei Bedarf an Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner der Wohnungsnotfallhilfe vermittelt.

Die EU-Förderregularien setzen eine öffentliche Kooperationspartnerin bzw. einen öffentlichen Kooperationspartner voraus. Für das Land Berlin nimmt die für Integration zuständige Senatsverwaltung diese Rolle wahr. Die Kofinanzierung beträgt 26.000 EUR pro Jahr.

Die EhAP Plus-Förderperiode endet mit dem September 2026.

## **Empowerment und Partizipation von eingewanderten Roma**

Das Projekt wurde von der Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland (HLS) im Auftrag des LAF von September bis Dezember 2022 in fünf LAF-Unterkünften durchgeführt.

Ziele des Projekts sind die Unterstützung des Konfliktmanagements in den betroffenen LAF-Unterkünften durch deeskalierende und kultursensible Lösungsstrategien, Empowerment der moldawischen Roma-Familien und Maßnahmen zur Sicherstellung der Bildungsteilhabe. Der Zuwendungsbetrag betrug 59.957,08 EUR.

Folgende Maßnahmen wurden durchgeführt:

1. Aufsuchende Sozialarbeit für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene

Zwei Mal pro Woche wurden die Unterkünfte aufgesucht. Zudem wurden u. a. Exkursionen, Beschäftigungsformate, Besuch von Jugendclubs angeboten.

2. Fortbildungen

Es wurden interkulturelle Trainings für Betreiberinnen und Betreiber der Unterkünfte, Mitarbeitende der Sicherheitsdienste und des LAF angeboten. Insgesamt wurden ca. 120 Personen geschult.

3. Projektbericht

Eine Bedarfs- und Problemanalyse mit Lösungsstrategien wird als ausgearbeitet und dem LAF zur Verfügung gestellt.

## **Handlungsfeld: Integrationsperspektiven - Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**

*Im folgenden Teil werden Maßnahmen vorgestellt, die von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) gefördert werden. Hierbei handelt es sich um zielgerichtete Maßnahmen. Darüber hinaus werden flankierende Maßnahmen zum Aktionsplan, die aus den Fördermittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) aus dem Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland (EHAP) eingesetzt werden, aufgeführt.*

### **1. Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter und Roma**

Bereits 2010 wurde von der für Arbeit, Integration und Frauen zuständigen Senatsverwaltung die Mobile Anlaufstelle eingerichtet. Die Schwerpunkte der mobilen Anlaufstelle sind Erstorientierung, Konfliktintervention im Sozialraum, Vermittlung, Beratung und sprachmittelnde Begleitung in Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (Kindertagesstätten, Schulen, Gesundheitsdienste, Sprachkurse, Jobcenter, etc.) sowie Erstberatung und Beistand bei Wohnungsverlust und bei sonstigen Wohnungsangelegenheiten. Dabei orientieren sich die Anlaufstellen an dem Bedarf der Menschen und fungieren als Brücke zwischen bereits bestehenden Angeboten und den Selbsthilfepotentialen der Zielgruppe. Das Projekt ist eine Antwort auf den prekären sozialökonomischen Status und die damit verbundenen Schwierigkeiten, in denen sich ein Teil der Bürgerinnen und Bürger insbesondere aus den EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien befinden. Die Anlaufstellen sind als erster Ansprechpartnerin nach wie vor in allen Bereichen aktiv, verweisen auch auf andere bestehende Angebote, die damit bekannter werden.

Im Jahr 2015 wurde die Trägerschaft der mobilen Anlaufstelle anhand eines IBV ermittelt. Aus den Interessenten wurde der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. und Amaro Foro e. V. als Träger ausgewählt.

In Kooperation mit der für Integration zuständigen Senatsverwaltung haben sich die o. g. Träger erfolgreich um EHAP-Mittel für weitere zwei Jahre (2019-2022) beworben.

Die Arbeit der mobilen Anlaufstelle konnte somit zusätzlich finanziell verstärkt werden. Eine Übersicht über die Mittelbindung der federführend für die Umsetzung des Aktionsplans für Integration zuständigen Senatsverwaltung der Jahre 2020-2022 findet sich in einer Tabelle unter dem Kapitel „Anlage“. Die Tabelle schlüsselt die Umsetzung der Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2020 und für die Haushaltjahre 2021/22 mit den beantragten, zusätzlich zur Verfügung gestellten Fördermitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) aus dem EHAP auf. Diese Mittel werden flankierend zur Umsetzung des Aktionsplans eingesetzt.

Beide Projekte fördern die Teilhabe der Zielgruppe und setzen sich für die Prävention von Ausgrenzung, für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ein. Durch die Förderung sollen die Projekte eine Brückenfunktion zu den Regelangeboten einnehmen.

Durch aufsuchende Arbeit, niedrigschwellige Beratung und Begleitungen mit Sprachmittlung (z. B. zum Jobcenter) zielt das Projekt langfristig auf die Erschließung individueller Ressourcen der Menschen, die es bisher nicht geschafft haben, in die Regelstrukturen zu finden. Die niedrigschwellige Beratung ermöglicht es Menschen, über ihre Rechte als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aufgeklärt zu werden und von ihnen Gebrauch zu machen sowie ein Bewusstsein für diese zu stärken. Die Selbsthilfepotentiale werden in der Beratung ausgearbeitet und es werden Strategien entwickelt, diese gezielt zu stärken (Empowerment).

Grundsätzlich wurde das Angebot der Anlaufstellen gut angenommen und ist in der Community gut bekannt. Die Träger beraten die Zielgruppe sowohl telefonisch als auch persönlich.

Die mobilen Beratungsstellen wurden hauptsächlich von rumänischen und bulgarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aufgesucht.

Der Verein Caritas e. V. führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 1.016 und im Jahr 2022 insgesamt 1.008 Beratungseinheiten sowie begleitende Sprachmittlung/aufsuchende Arbeit durch. Im Jahr 2020, 2021 sowie 2022 fand ein großer Teil von Beratung auf Grund der Corona-Pandemie per Telefon statt.

Aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten der Zielgruppe, Rechtshilfe in Anspruch zu nehmen, wurden auch rechtliche Beratungen durch eine Juristin angeboten.

Ende November 2022 führte der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. eine Abschlussveranstaltung der mobilen Anlaufstelle durch, zu der die Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration eingeladen war sowie aktive und ehemalige Kolleginnen und Kollegen und Kooperationspartnerinnen und -partner, die in den vergangenen acht Jahren die Arbeit mitgestaltet und begleitet haben. Der Träger hat keinen neuen Förderantrag im Rahmen des Aktionsplans für die Zukunft gestellt und das Projekt wurde 2022 beendet.

Der Träger Amaro Foro e. V. führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 4.819 Beratungseinheiten sowie 398 begleitende Sprachmittlung/aufsuchende Arbeit und im Jahr 2022 insgesamt 4.253 Beratungseinheiten sowie 68 begleitende Sprachmittlung/aufsuchende Arbeit durch. Aufgrund der großen Beratungsnachfrage wurden Ehrenamtliche in die Arbeit involviert. Die Ratsuchenden schätzten die Hilfe der mobilen Anlaufstellen. Trotz weiterhin bestehender struktureller Hürden konnten viele Erfolge zur Teilhabe in den einzelnen Fällen erzielt werden. Darüber hinaus fungierte die Anlaufstelle als zuverlässige Partnerin für viele Regeldienste.

Um den strukturellen Hürden zu begegnen, engagieren sich die mobilen Anlaufstellen neben der Beratung und Begleitung auch dafür, die Regeldienste, Bildungsträger und andere relevante Stellen für die Gesamtsituation der Zielgruppen zu sensibilisieren. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Ausgrenzungstendenzen abzubauen und präventiv zu verhindern. Durch zahlreiche Netzwerktreffen, fachliche Austausche, die

Beteiligung an Runden Tischen sowie Begleitungen in Einzelfällen durch Mitarbeitende des Projekts wird darauf hingewirkt.

Darüber hinaus sind die Anlaufstellen auch in den Bereichen Konfliktintervention sowie Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Sie schreiten bei Bedarf in Konflikte ein und tragen so dazu bei, Eskalationen zu verhindern. Durch differenzierte Berichterstattung, Pressemitteilungen, sonstige Veröffentlichungen der Träger sowie Interviews und Hintergrundgespräche mit Journalistinnen und Journalisten wird die Komplexität der Situation der Zielgruppen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und diskriminierende und stereotypische Berichterstattung eingegrenzt. Darüber hinaus werden Journalistinnen und Journalisten im Umgang mit Antiziganismus sensibilisiert. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit fungieren Mitarbeitende der Träger außerdem als Referentinnen bzw. Referenten auf Veranstaltungen.

Im Zuge des bundesweiten Lockdowns und der damit verbundenen Änderungsverordnungen zur „Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Corona Virus SARS-CoV-2 in Berlin“ haben die Träger die Abläufe zur Erfüllung des Verwendungszweckes des Projektes über eine Zuwendung im Rahmen des Aktionsplans für das Jahr 2020, 2021 sowie 2022 auf die oben genannten Eindämmungsmaßnahmen mit Hygienekonzepten und Umstellung auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt und angepasst.

Im Projektjahr 2021/22 erreichten das Projekt wenig bis kaum Meldungen über Orte im öffentlichen Raum, an denen sich Menschen aufhielten. Dies ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu betrachten.

Beide Träger nahmen an dem moderierten Programmdialog zum Aktionsplans mit Fokus auf Rechtsdurchsetzung, Ausbau der Antidiskriminierungskompetenzen sowie Vernetzung teil.

Der Träger Amaro Foro e. V. hat sich erfolgreich für das neue EU-Förderprogramm ESF Plus für das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ausgeschriebene Programm „Eingliederung hilft gegen

Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“ (EhAP Plus) beworben und wird für vier Jahre bis zum 30. September 2026 im Einzelziel 1 (Ansprache, Beratung und Begleitung von Personen der Zielgruppe 1 zu weiterführenden Hilfsangeboten) als flankierende Maßnahme zum Aktionsplan im Hilfesystem des Landes Berlin arbeiten.

## **2. Bezirksorientiertes Programm (BoP)**

Im Rahmen des bezirksorientierten Programms werden seit 2014 insbesondere Projekte in den Quartieren gefördert, in deren Rahmen Kultur- und Sprachmittlerinnen bzw. Kultur- und Sprachmittler Familien begleiteten und sie dabei unterstützten, sich in ihren neuen Lebensumständen zurecht zu finden und zunehmend eigenständig zu agieren. Insbesondere zielt die Betreuung darauf ab, einen besseren Zugang zu Bildung und Wohnen zu gewährleisten. Diesbezüglich unterscheiden sich die Projekte des bezirksorientierten Programms von den mobilen Anlaufstellen für europäische Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sowie Roma, die ihren Schwerpunkt in der Erstberatung zum Aufenthalt bzw. zum Status und der Vermittlung zu allen Regeldiensten haben. Die Projekte und beauftragten Träger werden mit den Bezirken abgestimmt.

Die Arbeit der Mittlerinnen und Mittler knüpft an bestehende Netzwerke in den Bezirken an. Durch die persönlichen Kontakte der Mittlerinnen und Mittler und die niedrigschwellige Information ist der Zugang zu den Neu-Berlinerinnen und Neu-Berlinern gewährleistet.

Im Berichtszeitraum 2021-2022 wurden im Rahmen des Aktionsplans in den zwölf Berliner Bezirken insgesamt 23 Projekte von 17 Trägern durch die für Integration zuständige Senatsverwaltung gefördert.

Diese sind in verschiedene Projektgruppen gegliedert, um eine möglichst effiziente Versorgung der Zielgruppe zu ermöglichen und Überschneidungen zu vermeiden.

Der Themenschwerpunkt wurde ab 2021 auf die Sprachmittlung an Schulen für Schülerinnen und Schüler der Altersgruppen von 6-19 sowie deren Eltern und eine Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration für

Jugendliche der Altersgruppe von 16-27 und deren Familien für 18 Projekte im bezirksorientierten Programm in zwölf Bezirken weiter ausgerichtet.

Mit dem Bezirk Neukölln wurde die Umsetzung von drei Modellprojekten mit zwei unterschiedlichen Zielstellungen bis 2022 vereinbart.

Ziel A): Förderung von motivierten und leistungsstarken Schüler/innen im Übergang von Grundschule (GS) zu Oberschule (OS) sowie von der OS zur beruflichen Bildung im Rahmen eines professionellen, für beide Parteien verbindlichen Mentoringprojektes (für die Laufzeit 2018/2022) mit einer ganzheitlichen Betrachtung der Familie.

Übergeordnetes Ziel: Aufbau von Rollenvorbildern und Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt/beruflicher Bildung für die Zielgruppe (Jugendliche und deren Familie).

Ziel B): Förderung der Heranführung und Motivation von Jugendlichen/jungen Heranwachsenden, die leistungsschwächer sind und keinen Schulabschluss schaffen, an die weiterführenden Qualifizierung- und Bildungsangebote wie z. B. Ausbildung in Sicht, Angebote der Jugendberatungsagentur (JAB Berlin) usw.

Dabei handelt es sich um ein Modellprojekt der niedrigschwierigen Anbindung zu weiterführenden Bausteinen auf den Berufsbildungsweg für die Zielgruppe (Jugendliche und deren Familie).

Im Zuge des bundesweiten Lockdowns wegen des Corona-Pandemie und der damit verbundenen Änderungsverordnungen zur „Verordnung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona Virus SARS-CoV-2 in Berlin“ haben alle hier aufgeführten Träger die Abläufe zur Erfüllung des Verwendungszweckes des Projektes über eine Zuwendung im Rahmen des Aktionsplans für das Jahr 2020 2021 sowie 2022 auf die oben genannten Eindämmungsmaßnahmen mit Hygienekonzepten und Umstellung auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt und angepasst.

Alle hier im Bericht erwähnten Träger nahmen am moderierten Programmdialog zum Aktionsplan mit Fokus auf Rechtsdurchsetzung, Ausbau der Antidiskriminierungskompetenzen sowie Vernetzung teil.

### **1. Charlottenburg-Wilmersdorf**

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Amaro Foro e. V. bis 2021 - ab 2022 Phinove e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
2019: 21.551,09 EUR HH      2021: 21.919,58 EUR HH  
2020: 21.919,58 EUR HH      2022: 25.000,00 EUR HH

Das Projekt richtete sich an mehrere Zielgruppen. Zum einen an Schülerinnen und Schüler aus Bulgarien, Rumänien, Serbien, Mazedonien, Bosnien und deren Eltern, zum anderen an Jugendliche aus den o. g. Ländern im Alter zwischen 16-27 Jahren sowie an das Schulpersonal.

Es unterstützte sowohl die Kontaktaufnahme, als auch die Kommunikation zwischen Schule, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern und setzte sich dafür ein, dass neuangekommene Familien und deren Kinder ins deutsche Bildungssystem eingeführt werden.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Die Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 42 und im Jahr 2022 insgesamt 39 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 87 Ratsuchende erreicht.

Der Trägerwechsel hat für die zu erreichenden Zielgruppen keine strukturellen Abweichungen aufgezeigt.

## 2. Friedrichshain-Kreuzberg

### *Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: RAA e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120Titel 68406):
  - 2016: 50.000,00 EUR HH 2020: 50.101,00 EUR HH
  - 2017: 50.000,00 EUR HH 2021: 50.101,00 EUR HH
  - 2018: 49.800,00 EUR HH 2022: 50.101,00 EUR HH
  - 2019: 49.800,00 EUR HH

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Situation von eingewanderten Roma-Familien im Bezirk durch Kontaktaufnahme, Beratung, Begleitung und Vermittlung zur erhöhten und verbesserten Beteiligung von schulpflichtigen Kindern an Bildung, zur Einführung der Familien in das Leben in Berlin und zur Sprachmittlung an Schulen für die Altersgruppe von 6-19 Jahren.

Das Projekt konnte 2021/22 erfolgreich weiterarbeiten. Eine erfahrene mehrsprachige Beraterin des RAA e. V. (mit den Sprachen: Deutsch, Serbisch, Kroatisch, Bulgarisch und Romanes) wurde für das Projekt in Vollzeit eingesetzt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 862 und im Jahr 2021 insgesamt 931 telefonische und persönliche Beratungen durch. Hier konnten pro Jahr ca. 703 Ratsuchende erreicht werden.

Dies zeigte einen großen Erfolg der bisherigen Arbeit mit den Familien und dem kontinuierlichen Einsatz einer zusätzlichen mehrsprachigen Beraterin.

Durch diese Entwicklung erweitern sich gleichzeitig die Aufgaben des Projektes, da die Eltern durch das Anmeldungsverfahren (Anträge beim

Jugendamt, Absprachen mit den Schulen) für die Horte ebenfalls begleitet wurden. Ein langfristiges Ziel der Arbeit ist es, dass Eltern und Schule ohne die Begleitung der mehrsprachigen Beraterin direkt miteinander ins Gespräch kommen.

Zurzeit arbeitet die Beraterin des RAA e. V. mit mehreren GS im Bezirk erfolgreich zusammen.

Grundsätzlich spielt die Mitarbeiterin des RAA e. V. eine zentrale Rolle in der guten Zusammenarbeit von Schulen (Gesamtschulen), Ämtern (Jugendamt, Schulamt) und Roma-Familien (Eltern und Kinder), die gerade neu oder erst seit ein paar Jahren im Bezirk wohnen.

Durch die mehreren bundesweiten Lockdowns im Jahre 2020, 2021 und 2022 und die wiederholten Schulschließungen ist dieser Zustand für Eltern und Kinder zu einer Dauersituation geworden, die erheblichen Folgen auf die Bildungschancen der Kinder haben. Für die teilweise kinderreichen Familien war dies besonders herausfordernd. Die Online-Formate, die durch die Schulen und Lehrkräfte erstmalig als Notlösungen umgesetzt wurden, waren für alle Beteiligten neu und herausfordernd. Durch die meist technisch unzureichende Ausstattung (kein WLAN und keinen Internetzugang, kein Drucker zu Hause usw.) war der Zugang zum Unterrichtsstoff faktisch kaum möglich. Für Eltern, die die deutsche Sprache noch nicht beherrschen, war die Unterstützung ihrer Kinder eine extreme Herausforderung.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

### 3. Lichtenberg

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen zwischen Regeldiensten und ausländischen Roma-Familien in Lichtenberg*

- Träger: Südost Europa Kultur e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):
  - 2016: 25.000,00 EUR HH 2020: 25.296,00 EUR HH
  - 2017: 25.000,00 EUR HH 2021: 25.541,39 EUR HH
  - 2018: 25.000,00 EUR HH 2022: 25.541,39 EUR HH
  - 2019: 24.727,00 EUR HH

Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Verein und den Schulen in Lichtenberg wurde auch im Jahr 2021 und 2022 im Rahmen von diesem Projekt fortgeführt. Zu den Schulen, mit denen das Projekt im Jahr 2020 intensiv gearbeitet hat, kamen 2021 weitere Schulen hinzu, bei denen Bedarf an bulgarischer bzw. rumänischer Sprachmittlung entstanden war.

Die Eltern, mit denen der Träger bereits im letzten Jahr in dem Vorgängerprojekt gearbeitet hatte, haben sich im Umsetzungszeitraum in den schulischen Angelegenheiten viel sicherer gezeigt und bei Fragen oder Problemen in der Schule den Träger kontaktiert.

Das Projekt hat Schulen und Eltern bzw. Kinder bei den unterschiedlichsten Angelegenheiten (z. B. bei Ein- und Beschulung, Schulwechsel, Elternabende und Elterngespräche, Schulpraktikum u. v. m.) sprachmittelnd unterstützt. Darüber hinaus standen die Mitarbeitenden für schriftliche Übersetzung relevanter Schulinformationen gerne zur Verfügung.

Infolge der Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie wurde festgestellt, dass viele Kinder der Zielgruppe erhebliche Wissenslücken

aufweisen, die auch auf eingeschränktem Zugang zum digitalen Unterricht basieren.

Infolgedessen fanden mehrere Verfahren durch den Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungscentren (SIBUZ) statt, bei denen vielen Kindern ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wurde. Damit verbundenen Elterngespräche wurden durch das Projekt begleitet und es entwickelte sich im Laufe des Berichtsjahres eine noch enge Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit an mehreren Schulen.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Regeldiensten wurde angestrebt und konnte erfolgreich entwickelt werden (z. B. mit dem Jugendamt, Schulamt und Jobcentern). Hier konnten die unterschiedlichsten Anliegen von Eltern, Kinder und Jugendlichen begleitet, besprochen und geklärt werden.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 660 und im Jahr 2022 insgesamt 491 telefonische und persönliche Beratungen durch. Hier wurden pro Jahr ca. 367 Ratsuchende erreicht.

#### 4. Marzahn-Hellersdorf

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen - zur aktiven Eingliederung ausländischer Roma*

- Träger: Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
2016: 34.350,00 EUR HH    2020: 24.878,06 EUR HH  
2017: 34.350,00 EUR HH    2021: 24.878,06 EUR HH  
2018: 22.205,54 EUR HH    2022: 11.771,31 EUR HH  
2019: 25.763,06 EUR HH

Im Rahmen des Projekts beriet der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. in Marzahn-Hellersdorf insbesondere zu Fragen zum Schul- und Kitabesuch, zur Arbeit und Ausbildung, zur Wohnungssuche, zum Aufenthaltsrecht und zum Krankenversicherungsschutz, zur Existenzsicherung, der Verschuldung, bei der Arbeitsmarktintegration sowie zu wirtschaftlichen Problemen. Außerdem leistete er Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit in Bezug auf das Thema Nachbarschaftskonflikte bzw. Wohnungsfragen und unterstützte Familien bei antiziganistischen Vorfällen.

Um ihre Integration in Deutschland zu unterstützen erstreckten sich die Hilfsangebote von einer muttersprachlichen Begleitung an den Schulen, beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung bzw. in eine Arbeit bis hin zur Beratung bei Verschuldung und wirtschaftlich existenziellen Problemen, sowie auch zu Fragen über Aufenthaltsrecht und Gesundheitsversorgung. Ein weiteres Beratungsfeld war die Stärkung der Zielgruppe bei der Durchsetzung ihrer Rechte.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat

der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 465 und im Jahr 2022 bis zum 30.06. insgesamt 192 telefonische und persönliche Beratungen durch. Hier wurden pro Jahr ca. 108 Ratsuchende erreicht.

Die meisten der im Projekt betreuten Personen haben die polnische Staatsangehörigkeit oder stammen ursprünglich aus Polen.

Der Träger hat das Projekt zum 30. Juni 2022 vorzeitig beendet.

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen und Sprachmittlung zwischen Regeldiensten und ausländischen Roma-Familien*

- Träger: Babel e.V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 34.350,00 EUR HH	2020: 26.865,00 EUR HH
2017: 34.350,00 EUR HH	2021: 26.865,00 EUR HH
2018: 26.390,00 EUR HH	2022 26.865,00 EUR HH
2019: 26.865,00 EUR HH	

Das Projekt richtet sich an junge Zugewanderte und ihre Familien aus den EU-Ländern und insbesondere an eingewanderte Roma, die schwer einen Zugang zu den Regelangeboten finden. Durch das ihnen angebotene Unterstützungs- und Hilfssystem mit seinen vertrauensbildenden Maßnahmen (Sprachkurse, Entwicklung beruflicher Fähigkeiten, Verständnis für die eigene Bedeutung in einer Gesellschaft etc.) wird der Weg zu den Institutionen geöffnet. Sie haben hier positive Erfahrungen gemacht und so Impulse verliehen bekommen, die ihnen Weichen für ihr Leben gestellt haben.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 331 und im Jahr 2022 insgesamt 329 telefonische und persönliche Beratungen durch. Hier wurden pro Jahr ca. 340 Ratsuchende erreicht.

## 5. Mitte

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen - Drom anu schula - Der Weg in die Schule*

- Träger: Mingru Jipen e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 16.599,98 EUR HH	2020: 25.492,60 EUR HH
2017: 28.850,00 EUR HH	2021: 25.492,60 EUR HH
2018: 23.013,94 EUR HH	2022: 25.492,60 EUR HH
2019: 24.419,21 EUR HH	

„Drom Anu schula“ ist ein Projekt zur nachhaltigen Teilhabe von eingewanderten Roma- und Sinti-Familien.

Die Erfahrung zeigt, dass ein Lernprozess nicht nur in den Familien, sondern auch in den Einrichtungen und Institutionen stattfinden muss. Erfahrungsaustausch, Informationen über die Herkunftsländer, Kenntnisse der Geschichte und Interesse an den anderen Kulturen mit ihren Besonderheiten sind Grundvoraussetzungen für das Gelingen einer Partizipation der Roma- und Sinti- Familien in unsere Gesellschaft.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat

der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 1.071 und im Jahr 2022 insgesamt 1.053 telefonische und persönliche Beratungen durch. Hier wurden pro Jahr ca. 605 Ratsuchende erreicht.

Der Projektleiter ist seit 2021 in den Beirat für Partizipation und Integration im Bezirk Mitte gewählt worden und setzt sich dort für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzt.

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen - Familienberatung - Gemeinsam Ankommen im Wedding*

- Träger: Kulturen im Kiez e.V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
zur Kofinanzierung EHAP

2016: 10.000,00 EUR HH      2020: 14.964,73 EUR HH

2017: 9.836,06 EUR HH      2021: 12.659,10 EUR HH

2018: 9.836,06 EUR HH      2022: 6.329,54 EUR HH

2019: 14.254,14 EUR HH

Im Rahmen des Projekts wurde Familienberatung angeboten. Infolge der Beratungen wurden die ratsuchenden Eltern von sprach- und kulturmittelnden Projektmitarbeitenden zu den entsprechenden Stellen begleitet.

Die meisten Fragen der Familien bezogen sich auf Arbeit, Bildung, medizinische Versorgung und Wohnraum. Hinzu kamen Anfragen zur Unterstützung bei der Orientierung im Berliner Alltag. Die Familien wurden zusätzlich insbesondere bei der Kitaplatzsuche und Schulanmeldung aktiv

unterstützt. Die meisten Ratsuchenden wurden über einen längeren Zeitraum im Rahmen des Projektes unterstützt und begleitet.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 1.098 und im Jahr 2022 insgesamt 955 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 352 Ratsuchende erreicht.

Das Projekt agiert im Projektziel 1 des EHAP bis zum 30. September 2022. Durch die Beratung von Neuzugewanderte aus Südosteuropa ergänzt dieses Mikroprojekt den Aktionsplan.

Der Träger hat sich erfolgreich für EhAP Plus beworben und wird für vier Jahre bis zum 30. September 2026 im Einzelziel 1 (Ansprache, Beratung und Begleitung von Personen der Zielgruppe 1 zu weiterführenden Hilfsangeboten) als flankierende Maßnahme zum Aktionsplan im Hilfesystem des Landes Berlin arbeiten.

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Zirkus Internationale e. V.
  - Mittel: Abteilung Integration
  - Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406): zur Kofinanzierung EHAP
- |                        |                        |
|------------------------|------------------------|
| 2016: 10.000,00 EUR HH | 2020: 14.964,73 EUR HH |
| 2017: 9.836,06 EUR HH  | 2021: 12.659,10 EUR HH |
| 2018: 9.836,06 EUR HH  | 2022: 6.329,54 EUR HH  |
| 2019: 14.254,14 EUR HH |                        |

Das Projekt läuft mit Sprach- und Kulturmittlung an zwei Schulen in Wedding für Roma-Familien, Schülerinnen und Schüler, Familien aus Südosteuropa und den mit ihnen Beteiligten im Kontext Schule. Im Zentrum steht das Übersetzen auf Grund der Sprachkenntnisse in Bulgarisch, Rumänisch und zwei Romanes Sprachen. Der Träger vermittelt zwischen den Familien und dem gesamten pädagogischen Personal an beiden Schulen.

Die Resonanz auf die Projektarbeit ist positiv und wird vom Bezirk, Fachgremien und Kooperationspartnern wie Jugendamt und Schulen ausdrücklich als notwendig in den Netzwerken wahrgenommen.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 2.700 und im Jahr 2022 insgesamt 2.820 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 1.785 Ratsuchende erreicht.

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen - Sprachliche, behördliche und soziokulturelle Integrationsbegleitung*

- Träger: Die Wille gGmbH
  - Mittel: Abteilung Integration
  - Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
zur Kofinanzierung EHAP
- |                       |                       |
|-----------------------|-----------------------|
| 2016: 4.400,00 EUR HH | 2020: 3.626,65 EUR HH |
| 2017: 4.400,00 EUR HH | 2021: 3.626,65 EUR HH |
| 2018: 4.400,00 EUR HH | 2022: 1.637,00 EUR HH |
| 2019: 3.626,65 EUR HH |                       |

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 122 und im Jahr 2022 insgesamt 106 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 106 Ratsuchende erreicht.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Das Projekt agierte im Projektziel 1 des EHAP. Durch die Beratung von Neuzugewanderte aus Südosteuropa ergänzt dieses Mikroprojekt den Aktionsplan.

Der Träger hat sich erfolgreich für EhAP Plus beworben und wird für vier Jahre bis zum 30. September 2026 im Einzelziel 1 (Ansprache, Beratung und Begleitung von Personen der Zielgruppe 1 zu weiterführenden Hilfsangeboten) als flankierende Maßnahme zum Aktionsplan im Hilfesystem des Landes Berlin arbeiten.

## 6. Neukölln

*Umsetzung Modellprojekt Ziel A in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht: Förderung von motivierten und leistungsstarken Schülerinnen und Schüler im Übergang GS zu OS sowie von der OS zur beruflichen Bildung*

- Träger: Nachbarschaftsheim Neukölln e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 21.500,00 EUR HH	2020: 32.868,58 EUR HH
2017: 21.580,60 EUR HH	2021: 32.868,58 EUR HH
2018: 32.500,00 EUR HH	2022: 32.868,58 EUR HH
2019: 32.792,02 EUR HH	

Seit 2018 arbeitet der Träger im Rahmen eines abgestimmten Modellprojektes mit folgendem Aufgabeninhalt: Förderung von

motivierten und leistungsstarken Schülerinnen und Schülern im Übergang GS zu OS sowie von der OS zur beruflichen Bildung im Rahmen eines professionellen, für beide Parteien verbindlichen Mentoringprojektes (für die Laufzeit 2018/2022) mit einer ganzheitlichen Betrachtung der Familie. Übergeordnetes Ziel - Aufbau von Rollenvorbildern und Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt/beruflicher Bildung.

Durch eine engmaschige Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch Beratung und Vermittlung zu bestehenden Berufsberatungsangeboten und Stipendien wurden die Jugendlichen motiviert und die Übergänge von der GS zur OS bzw. OS zu Ausbildung oder Studium wurden zum Erfolg für sie. Durch gezieltes Einzelcoaching zu Bildungs- und Berufsanliegen aufgeklärt sowie durch die Schaffung von Vorbildern durch Gewinnung von ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren konnten die Jugendlichen positiv motiviert und aufgeschlossen werden, ihre Ziele zu erkennen und einzufordern. Durch eine flankierende Sozialberatung der Familien konnten die Jugendlichen ihren eigenen Weg einschlagen.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 552 und im Jahr 2022 insgesamt 503 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 527 Ratsuchende erreicht.

*Umsetzung Modellprojekt Ziel A in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht:  
Förderung von motivierten und leistungsstarken Schülerinnen und Schüler  
im Übergang GS zu OS sowie von der OS zur beruflichen Bildung*

- Träger: AspE e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 21.500,00 EUR HH	2020: 33.960,32 EUR HH
2017: 21.500,00 EUR HH	2021: 33.960,32 EUR HH
2018: 32.834,21 EUR HH	2022: 33.960,32 EUR HH
2019: 32.844,21 EUR HH	

Das Projekt wurde im Jahr 2019 fortgeführt und inhaltlich neu ausgerichtet. Die Förderung von motivierten und leistungsstarken Schülerinnen und Schüler im Übergang von der GS zur OS sowie von der OS zur beruflichen Bildung, die ganzheitliche Betrachtung der Familie, Aufbau von Rollenvorbildern und Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt/ Bildung standen im Mittelpunkt der Projektaktivität.

Zielgruppe des Projekts waren Kinder und Jugendliche und ihre Familien, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien.

Dabei wurden leistungsorientierte Schülerinnen und Schüler gesucht, die sich in Übergängen zwischen GS und OS oder OS und Berufsausbildung befinden. Ziel des Projekts war es auch, Grundschülerinnen und Grundschülern insbesondere im Übergang von GS zu OS zu unterstützen und zu betreuen.

Das Projekt wird von der Zielgruppe gut angenommen. Durch die Tätigkeit im Projekt konnten Familien und die schulische Entwicklung ihrer Kinder unterstützt werden. Ziel bleibt es, auch in Zukunft weitere Familien für das Projekt zu gewinnen, besseres Bildungsniveau für die Kinder zu erreichen, die Teilhabe am Arbeits- und Sozialleben zu verbessern.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 406 und im Jahr 2022 insgesamt 404 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 114 Ratsuchende erreicht.

*Umsetzung Ziel B Förderung der Heranführung und Motivation von Jugendlichen/jungen Heranwachsenden, die leistungsschwächer sind, keinen Schulabschluss schaffen, an die weiterführenden Qualifizierungs- und Bildungsangebote.*

- Träger: Die Taschengeldfirma e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 50.000,00 EUR HH	2020: 37.285,50 EUR HH
2017: 50.837,24 EUR HH	2021: 37.285,50 EUR HH
2018: 30.000,00 EUR HH	2022: 37.285,50 EUR HH
2019: 32.074,74 EUR HH	

Seit 2018 hat der Träger mit seiner Projektarbeit neuzugewanderten Familien beim Einleben in Berlin-Neukölln leichtzugängliche und alltagspraktische Hilfestellung geboten und zur Verbesserung der Anommens- und Teilhabeprozesse beigetragen.

Die Eingliederung in das Bildungssystem und Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration konnten förderlich unterstützt werden.

Mit dem abgestimmten Modellprojekt wurden folgende Aufgabeninhalte verfolgt: Förderung der Heranführung und Motivation von Jugendlichen/jungen Heranwachsenden, die leistungsschwächer sind, keinen Schulabschluss schaffen, an die weiterführenden Qualifizierungs-

und Bildungsangebote wie z. B. Ausbildung in Sicht, Angebote der Jugendberatungsagentur usw. Modellprojekt der niedrigschwierigen Anbindung zu weiterführenden Bausteinen auf den Berufsbildungsweg.

Durch die konkreten Angebote Förderung der Heranführung und Motivation von Jugendlichen/jungen Heranwachsenden, die leistungsschwächer sind, keinen Schulabschluss schaffen, an die weiterführenden Qualifizierungs-, und Bildungsangebote wurde das Ziel der Heranführung in Funktionssysteme der Aufnahmegergesellschaft, die Verbesserung der Handlungskompetenzen durch Information und Beratung, Sprachmittlung an Schulen und Begleitungs- und Orientierungshilfen im schulischen Umfeld erreicht. Außerdem wurden Jugendliche im Hinblick auf einen Schulabschluss betreut. Zudem konnten Praktika in Betrieben erfolgreich vermittelt werden, wodurch der Einstieg in die Beschäftigung erleichtert bzw. vollzogen werden konnte.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 121 und im Jahr 2022 insgesamt 159 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 140 Ratsuchende erreicht.

## 7. Pankow

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: RAA e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
2019: 18.119,93 EUR HH      2021: 13.272,94 EUR HH  
2020: 13.272,94 EUR HH      2022: 25.000,00 EUR HH

Für die Ermittlung des konkreten Hilfebedarfs wurde sehr eng mit der Schulaufsichtsbehörde, dem Bezirksamt Pankow und einzelnen Schulen in Pankow zusammengearbeitet.

Im Projektjahr 2021 lag der Fokus weiterhin auf der Kontaktaufnahme mit den wichtigen Partnerinnen und Partnern (Ansprechpersonen im Bezirk, Schulen und Familien, relevante Ämter).

Seit zwei Jahren begleitet das Projekt zwei nebeneinanderliegende Grundschulen vom Bezirk Pankow (Tesla-Grundschule und 48.-Grundschule) in denen das Programm umgesetzt wurde.

Die Zusammenarbeit mit den beiden Schulen lief im Jahre 2021/22 sehr gut. Die mehrsprachige Beraterin baute eine sehr gute Kommunikation mit den Schulleitungen, Lehrkräften und Schulsozialarbeiterinnen und Sozialberater an beiden Schulen auf, nahm Kontakt mit dem weiteren Schulpersonal und stellte ihre Angebote mehrmals vor das gesamte Kollegium der Schulen vor.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 233 und im Jahr 2022 insgesamt 378 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 60 Ratsuchende erreicht.

## **8. Reinickendorf**

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen - Schulbezogene Jugendsozialarbeit und Sprachmittlung*

- Träger: Aufwind e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):
 

2016: 52.500,00 EUR HH	2020: 69.705,74 EUR HH
2017: 53.400,00 EUR HH	2021: 69.705,74 EUR HH
2018: 70.000,00 EUR HH	2022: 69.705,74 EUR HH
2019: 70.000,00 EUR HH	

Im Projektjahr 2021 und 2022 wurden durch die Ausbreitung der Beratungsorte und -zeiten sehr viele Menschen erreicht. Ein Großteil davon waren Familien aber auch 35 % alleinerziehende Frauen. Dabei hat sich der Anteil derer, die aus Moldawien kamen, erhöht.

Die Kooperation mit mehr als 20 Schulen im Bezirk wurde verstetigt. In vielen Schulen fanden wöchentlich Sprechstunden statt. Dadurch die frühzeitige Einbeziehung von Stakeholder in das Projekt konnten tragfähige Kooperationen entstehen.

Die Eltern wurden in allen Fragen und Belangen der Erziehung, Gesundheit, Schule, Wohnung, Kita und Deutschlernen unterstützt, beraten, aktiviert und begleitet. Die Arbeit des Trägers umfasste auch die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aus GS und OS durch Lernförderung in kleinen Gruppen, Einzelcoachings zur Berufsorientierung, Unterstützung der Eltern bei Bewerbungen auf dem Arbeitsmarkt, Begleitung bei Behördenangelegenheiten und Hilfe bei Klärung der aufenthaltsrechtlichen Situation.

Außerdem wurden Schulen (Lehrkräfte), Einrichtungen (Kitas, Jobcenter) und Fachdienste (KJGD) unterstützt und beraten.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 7.295 und im Jahr 2022 insgesamt 12.336 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 6.783 Ratsuchende erreicht.

Das Projekt agiert im Projektziel 1+2 des EHAP. Durch die Beratung von Neuzugewanderte aus Südosteuropa ergänzt dieses Mikroprojekt den Aktionsplan.

## 9. Spandau

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Amaro Foro e. V. - ab 2022 RAA e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2018: 25.000,00 EUR HH	2021: 23.459,97 EUR HH
2019: 23.391,77 EUR HH	2022: 25.000,00 EUR HH
2020: 23.459,97 EUR HH	

Das Projekt richtete sich an Schülerinnen und Schüler und an deren Eltern sowie an Jugendliche im Alter zwischen 16-27 Jahren, die aus Bulgarien und Rumänien stammen. Das Projekt adressiert aber auch das Schulpersonal.

Darüber hinaus unterstützte das Projekt Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, auf deren Weg zu der Arbeitsmarktintegration.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 17 und im Jahr 2022 insgesamt 378 telefonische und persönliche

Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 99 Ratsuchende erreicht.

Der Trägerwechsel hat für die zu erreichenden Zielgruppen keine strukturellen Abweichungen aufgezeigt.

## **10. Steglitz-Zehlendorf**

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Amaro Foro e. V. - ab 2022 Phinove e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2018: 17.907,61 EUR HH	2021: 23.339,48 EUR HH
2019: 21.551,09 EUR HH	2022: 25.000,00 EUR HH
2020: 21.919,58 EUR HH	

Das Projekt richtete sich an Schülerinnen und Schüler und an deren Eltern sowie an Jugendliche im Alter zwischen 16-27 Jahren, die aus Bulgarien und Rumänien stammen. Das Projekt adressiert aber auch das Schulpersonal. Darüber hinaus förderte das Projekt den interkulturellen Dialog in den Schulen.

Die Projektangebote wurden erneut auch dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst vorgestellt, mit dem Vorschlag bei der vorschulischen Untersuchung sprachliche Unterstützung zu leisten.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 34 und im Jahr 2022 insgesamt 10 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 69 Ratsuchende erreicht.

Der Trägerwechsel hat für die zu erreichenden Zielgruppen keine strukturellen Abweichungen aufgezeigt.

## 11. Tempelhof-Schöneberg

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Phinove e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):

2016: 25.000,00 EUR HH	2020: 25.000,00 EUR HH
2017: 25.000,00 EUR HH	2021: 25.000,00 EUR HH
2018: 25.000,00 EUR HH	2022: 25.000,00 EUR HH
2019: 25.000,00 EUR HH	

Das Projekt zielte darauf ab, die Kommunikation zwischen Familien und Schule zu unterstützen bzw. zu ermöglichen. Neben der Sprach- und Kulturmittlung wurde Sensibilisierungsarbeit geleistet. Die Lehrkräfte wurden mit der besonderen Situation der Familien vertraut gemacht. Die Sprachmittlung fand hauptsächlich vor Ort in den Schulen, aber auch telefonisch statt. Eine telefonische Erreichbarkeit für die Eltern und das Schulpersonal war im gesamten Kalenderjahr 2021 und 2022 sichergestellt. Es wurde Sprach- und Kulturmittlung an den betreffenden Schulen zwischen dem Lehrpersonal und insbesondere den Schülerinnen und Schülern mit deren Eltern angeboten. Die Lehrkräfte hatten mit Unterstützung der Sprachmittler die Möglichkeit, wichtige Informationen über den Ablauf der Schulzeiten, geplante Ausflüge, Hortbetreuung, Anträge auf sonderpädagogischen Förderbedarf, Rechte und Pflichten der Kinder, aber auch akute Problemen mitzuteilen.

Junge Menschen wurden über das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem aufgeklärt, über Beratungsangebote informiert und an die zuständigen Stellen bzw. Träger weitervermittelt.

Eine Förderung von Selbsthilfepotenzialen der jungen Menschen zwischen 16-27 Jahre, die Beratung und Weitervermittlung der o. g. Personen in entsprechende Fachberatungsstellen zur Arbeitsmarktintegration erwiesen sich ebenfalls als sehr sinnvoll und notwendig. Der Bedarf an Aufklärung ist bei dieser Altersgruppe sehr präsent und sollte zukünftig noch stärker berücksichtigt werden.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Der Träger führte im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 1.454 und im Jahr 2022 insgesamt 956 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 435 Ratsuchende erreicht.

## 12. Treptow-Köpenick

*Bezirksorientiertes Programm zur Sprachmittlung an Schulen und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen*

- Träger: Amaro Foro e. V. - ab 2022 südost Europa Kultur e. V.
- Mittel: Abteilung Integration
- Bisherige bzw. aktuelle Finanzierung (Kapitel 1120 Titel 68406):  
2016: 25.000,00 EUR HH    2020: 32.749,25 EUR HH  
2017: 25.000,00 EUR HH    2021: 32.749,25 EUR HH  
2018: 32.610,40 EUR HH    2022: 36.500,00 EUR HH  
2019: 36.931,28 EUR HH

Das Projekt richtete sich an Schülerinnen und Schüler und an deren Eltern sowie an Jugendliche im Alter zwischen 16-27 Jahren, die aus Bulgarien und Rumänien stammen. Das Projekt adressiert aber auch das Schulpersonal.

Die Projektangebote haben sich auch dank der kontinuierlichen Unterstützung des Bezirkes etabliert. Im Kontext der Corona-Pandemie hat der Träger entsprechende Hygienekonzepte erstellt und auf digitale Verfahren (Telefon, Facebook-Profil und Onlineberatung) umgestellt.

Die Träger führten im Rahmen der Projektarbeit im Jahr 2021 insgesamt 82 und im Jahr 2022 insgesamt 262 telefonische und persönliche Beratungen durch. Im Berichtszeitraum wurden ca. 102 Ratsuchende erreicht.

Der Trägerwechsel hat für die zu erreichenden Zielgruppen keine strukturellen Abweichungen aufgezeigt.

### **3. Stärkung der Selbstorganisation durch Community Building**

Im Rahmen der Evaluation des Aktionsplans wurden der Empfehlung, einen stärkeren Fokus auf das Community-Building zu setzen entsprochen. Um die erfolgreiche Partizipation und Teilhabe von Angehörigen der ethnischen Minderheit der Roma am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen, wurde das Handlungsziel „Stärkung der Selbstorganisation durch Community Building“ 2013 in den Aktionsplan aufgenommen. Im Rahmen des Handlungsziels wurden zwischen 2014-2022 zwei Projekte gefördert.

Mitte 2020 wurde ein Interessenbekundungsverfahren zum Projekt: „Stärkung der Selbstorganisation eingewandter Roma in Berlin durch Community-Building“ ab dem Jahr 2021 und folgende von der für Integration zuständigen Senatsverwaltung durchgeführt, um die Roma-Communities nach innen und außen zu stärken und zwei Projekt zur Gründung eines Berliner Netzwerks als Bündnisstruktur zwischen Roma-Organisationen initiiert.

Für die Umsetzung die Roma-Communities nach innen und außen zu stärken, wurden sich für zwei Träger mit der Umsetzung des Projekts zur Gründung eines Berliner Netzwerks als Bündnisstruktur zwischen Roma-Organisationen entschieden.

Seit 2021 setzen die Träger RomaTrial e. V. und Roma Informations Centrum e. V. in Zusammenarbeit das Projekt erfolgreich um.

Der Schwerpunkt beider Projekte zur „Stärkung der Selbstorganisation ausländischer Roma in Berlin durch Community Building“ lag in den Jahren 2021 und 2022 unter anderem in der Lobbyarbeit, um die politische Teilhabe für die eingewanderten Roma-Communities zu stärken.

Im Rahmen eines Community-Building werden die Inhalte des Projekts wie folgt umgesetzt:

- Stärkung der Roma-Community nach innen und nach außen;
- Stärkung der Möglichkeiten politischer Partizipation und Interessenvertretung;
- Austausch zwischen den verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Roma-Community und Vernetzung mit anderen Roma-Organisationen;
- Stärkung der Selbstorganisation und der Selbsthilfepotenziale durch Vernetzung und Qualifizierung;
- Verbesserte Einbeziehung der unterschiedlichen Communities – zurzeit aus Bulgarien, Rumänien, Polen und aus dem ehemaligen Jugoslawien - mit dem Ziel eine gestärkte Roma-Community in Berlin zu befördern, die sich über Problematiken und Lösungsansätze bewusst ist, diese vermitteln kann und aktiv zur Verbesserung der Positionen von ausländischen Roma in Berlin wirkt;
- Austausch und Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure und Vereine, die sich auch für Roma geöffnet haben.

Ziel ist es, Roma-Organisationen in ihrer Netzwerk- und Bündnisarbeit zu unterstützen. Es ist vorgesehen eine Geschäftsstelle zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben einzurichten und zu finanzieren. Die Maßnahme wirkt unmittelbar und nachhaltig und dient dem Aufbau tragfähiger Strukturen der Selbstorganisationen.

Dazu gehörten sowohl Dialoge mit Vertreterinnen und Vertreter der Politik und Verwaltung als auch die Vernetzung der Roma-Selbstorganisationen. Um sowohl den politischen als auch gesellschaftlichen Dialog zu fördern, wurden auch 2021 und 2022 diverse Veranstaltungen angeboten. Zudem setzten sich beide Projekt das Ziel, Roma-Selbstorganisationen, Roma-Aktivistinnen und Aktivisten sowie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen, die zu dem Thema arbeiten. Die Vernetzung der langjährig in Berlin tätigen Verbände eingewanderter Roma war ebenfalls ein Schwerpunkt der Projekte.

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) setzt im Rahmen der Maßnahmen im Handlungsfeld Prävention von Antiziganismus stark auf die Einbindung von Community-Akteurinnen und -Akteure. Alle Zuwendungsprojekte, die im Handlungsfeld Prävention von Antiziganismus gefördert werden (s. u.), werden von Selbstorganisationen umgesetzt.

Darüber hinaus hat die LADS im Herbst 2022 ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) für die Umsetzung eines Projekts im Bereich Capacity Building durchgeführt. Ziel des Projekts ist, einen Beitrag zur Professionalisierung von Selbstorganisationen zu leisten sowie damit zusammenhängend zum Empowerment junger Community-Mitglieder beizutragen. Im Rahmen des IBV wurde ein geeigneter Träger ermittelt und der Projektstart des Projekts „Kashtenca & Barenca – Nachwuchsförderung und Capacity Building für Berliner Selbstorganisationen von Roma\* und Sinti“ war im ersten Quartal 2023.

#### **4. Moderierter Programmdialog im Rahmen der Weiterentwicklung des Aktionsplans**

Die Durchführung eines nachhaltigen moderierten Programmdialogs stellt ein Ergebnis des partizipativen Evaluationsprozesses zum Aktionsplan aus den Jahren 2018-2020 dar. Der Programmdialog wurde im Berichtszeitraum von der Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH umgesetzt. Durch das innovative und interaktive Format in Form von Inputs und Austauschrunden über aktuelle Fachthemen wird eine stätige

Professionalisierung der Projektarbeit, die Erweiterung der Antidiskriminierungskompetenzen der Träger und Verwaltung sowie eine wirksame Vernetzung ermöglicht. Im Berichtszeitraum fanden acht Dialogrunden und eine Fachveranstaltung statt. Diese wurden sehr gut besucht, einschließlich von Trägern, die außerhalb des Aktionsplans tätig sind. Eine Übersicht zu den im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Dialogveranstaltung/ Datum	Titel der Themenbeiträge
3. Dialogveranstaltung/ 15. Februar 2021	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Krankenversicherung für EU-Bürger*innen in Deutschland - Überblick über verschiedene KV-Systeme und Zugangsmöglichkeiten zur gesetzlichen KV</li> <li>• Herausforderungen im Zusammenhang mit Corona und Möglichkeiten digitaler Beratung und Unterstützung: Umgang mit Hate Speech</li> <li>• Die LADS-Ombudsstelle - Unterstützungsstrukturen: Wie können die verschiedenen Akteur*innen aus Trägern und Verwaltung unterstützt werden?</li> </ul>
4. Dialogveranstaltung/ 20. April 2021	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktuelle arbeitsrechtliche Fragen zu EU-Bürger*innen in Berlin</li> <li>• Kurzer Überblick über zentrale Themen von Ratsuchenden in den sozialen Medien</li> </ul>

Dialogveranstaltung/ Datum	Titel der Themenbeiträge
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfahrungsaustausch über Beratungen, Begleitungen und aufsuchender Arbeit unter Corona Bedingungen</li> </ul>
5. Dialogveranstaltung/ 08. Juni 2021	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorstellung der Beratung zu Existenzgründung und Selbstständigkeit von Migranten*innen</li> <li>• Aufgaben und Funktionen des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen</li> <li>• Vorstellung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes von Berlin (ASOG)</li> <li>• Vorstellung der Arbeit der Berliner Integrationsbeauftragten</li> </ul>
6. Dialogveranstaltung/ 24. August 2021	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang von EU-Zugewanderten zu Angeboten der Berliner Arbeitsverwaltung</li> <li>• Informationen für Migrations- und Arbeitslosenberatungsstellen zur – Inanspruchnahme von Dolmetsch- und Übersetzungsdienssten bei der Kommunikation mit Arbeitsagenturen und Jobcentern</li> <li>• Vorstellung des Projektes KIDS – Kinder vor Diskriminierung schützen!</li> </ul>

Dialogveranstaltung/ Datum	Titel der Themenbeiträge
Fachveranstaltung zur Weiterentwicklung des Aktionsplans „Bekämpfung von Antiziganismus in Berlin – Zugänge zu Ausbildung und Arbeitsmarkt“/ 23. November 2021	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus und notwendige Maßnahmen auf Landesebene</li> <li>• Politische Partizipationsmöglichkeiten in Berlin: Der Beirat für Angelegenheiten der Roma und Sinti</li> <li>• Paneldiskussion: Was ist dringend zu tun? Aktuelle Herausforderungen bei Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit (zugeschriebenen) Roma-Hintergrund</li> <li>• Programmdialog – wie weiter? Ergebnisse der Umfrage über die Dialogveranstaltungen und der Weiterentwicklung des Programmdialogs im Jahr 2022</li> </ul>
7. Dialogveranstaltung/ 05. April 2022	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialgesetzbuch, Drittes Buch - Arbeitsförderung (SGB III) im Vergleich zu SGB II</li> <li>• Vorstellung der Arbeit des Willkommenszentrums</li> <li>• Bildungsberatung im Land Berlin</li> <li>• Integration in Arbeitsmarkt - Job Point Neukölln</li> </ul>

Dialogveranstaltung/ Datum	Titel der Themenbeiträge
8. Dialogveranstaltung/ 28. Juni 2022	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zugang zu Wohnen aus europäischer Perspektive</li> <li>• Austausch zu Zugang zum Wohnraum mit Kurzinputs (Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Fairmieten – Fairwohnen, DOSTA, Gesobau, Märkisches Viertel, Nostel e.V)</li> </ul>
9. Dialogveranstaltung/ 30. August 2022	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Arbeit der Jugendberufsagenturen (SenBJF)</li> <li>• Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (KAUSA und BOF)</li> <li>• Ausbildung in Sicht (SenIAS)</li> </ul>
10. Dialogveranstaltung/ 18. Oktober 2022	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ergebnisse einer Pilotstudie zur mehrdimensionalen Erfassung antiziganistischer Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft</li> <li>• Erfahrungen aus der Praxis: Rassismuskritische Sozialarbeit in Bezug auf Rom*nja</li> </ul>

Eine Dokumentation der Dialoggrundenergebnissen kann unter <https://minor-wissenschaft.de/moderierter-programmdialog/> abgerufen werden.

## **5. Dokumentation von antiziganistischen Vorfällen, Erstberatung und Begleitungen zur Antidiskriminierungsberatung**

Im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ förderte die für Antidiskriminierung zuständige Senatsverwaltung in den Jahren 2021-2022 das Projekt "DOSTA - Dokumentation von antiziganistisch motivierten Vorfällen - Stärkung der Opfer von Diskriminierung". Das Projekt wird seit 2014 gefördert.

Dieses Projekt wird von Amaro Foro e. V. umgesetzt. Das Projekt bietet eine Erst- und Vermittlungsberatung für von Antiziganismus betroffene Personen, Betroffene werden über Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt und es wird Empowermentarbeit geleistet. Darüber hinaus erfasst Amaro Foro e. V. systematisch rassistische Vorfälle in Berlin, die sich gegen zugewanderte Menschen mit selbst- oder fremdzugeschriebenen Roma Hintergrund richten.

Das Projekt veröffentlicht regelmäßig Auswertungen der erfassten Fälle. Die Auswertung für die Jahre 2021-2022 ist abrufbar unter:  
<https://amaroforo.de/wp-content/uploads/2023/04/Dokumentation2021.22-Stand1204-2-web.pdf> (Stand: 03.07.2023)

Das Projekt zielt außerdem darauf ab, anhand der Dokumentation von Vorfällen, Berliner Behörden sowie relevante zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteuren zu sensibilisieren. Es werden Empfehlungen für die Einleitung gezielter Schritte für die Prävention und Bekämpfung des Antiziganismus formuliert.

Auf Basis ihrer langjährigen Erfahrung der Beratungs- und Dokumentationsarbeit, der Empowermentarbeit und der Medienanalyse kann Amaro Foro e. V. sehr anschaulich über die Diskriminierungssituation von Roma in Berlin, der Problematik der Ethnisierung des Sozialen sowie die Reproduktion von Diffamierung und Kriminalisierung berichten.

Die Dokumentationen des Projekts sind auf der Webseite <https://amaroforo.de/> abrufbar.

Darüber hinaus erfassen im Berliner Register 12 Berliner Registerstellen diskriminierende und rechtsextreme Vorfälle in den Bezirken. Dort erfasste antiziganistische Vorfälle werden an DOSTA weitergeleitet.

## **6. „Weitere Maßnahmen zur Prävention von Antiziganismus/ Rassismus gegen Sinti, Sintizze, Roma und Romnja“**

Die LADS förderte in Jahren 2021-2022 im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ weitere Zuwendungsprojekte, die durch Selbstorganisationen umgesetzt werden:

- „Diversitykompetenz als Schlüsselqualifikation in Leistungsbehörden und Sozialberatungsstellen – Schwerpunkt: Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für Roma“. Dieses Projekt wird von Amaro Foro e. V. umgesetzt und entwickelt Fortbildungsmaßnahmen zum Thema Antiziganismus für Mitarbeitende von Leistungsbehörden und Sozialberatungsstellen.
- Kofinanzierung des aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderten Projekts „Modelprojekt zur Sensibilisierung von Medienschaffenden für Antiziganismus“, das vom Träger Amaro Foro e. V. umgesetzt wird.
- „Kommt wir lernen zusammen! Aven, sikla ketne!“ des Trägers RomaniPhen e. V. Dieses Projekt ist auf die Entwicklung von Bildungsmaterialien für Kita und Grundschule ausgerichtet. Ziel ist das Empowerment von Kindern mit Romno Hintergrund sowie die Sensibilisierung von Fachkräften in Kita und Grundschule zur Geschichte von Sinti und Roma sowie zu Rassismus gegen Sinti und Roma.
- Mit dem Projekt „NeviPhen - Online Lernplattform Romnja Power“ wird ein Projekt zum Empowerment von Roma und Sinti gefördert. Auf der Online Plattform werden Videos und

Informationsmaterialien zur Wertschätzung der Geschichte von Sinti und Roma bereitgestellt. In diesen Materialien werden die Perspektiven und Arbeiten von Roma und Sinti dargestellt und sie werden als gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sichtbar gemacht.

- „Me Sem Me – Stadtrundgänge zu Nationalsozialismus und Porajmos geleitet von Rom\*nja und Sinti\*zze“ umgesetzt vom Rroma-Informations-Centrum e. V.

Darüber hinaus wurde die Thematik der Diskriminierung von Roma und Sinti in folgenden Maßnahmen der LADS einbezogen:

- Im Rahmen der LADS Akademie wird ein spezifisches Antidiskriminierungstraining zum Thema Antiziganismus angeboten. Darüber hinaus wird Antiziganismus in den Diversity-Trainings der LADS bearbeitet. Zielgruppen der Trainings sind Verwaltungsmitarbeitende sowie Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Träger.
- Die LADG-Ombudsstelle bearbeitet Beschwerdefälle antiziganistischer Diskriminierung nach dem Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).
- „AnDi – die App gegen Diskriminierung“ ([www.berlin.de/andi](http://www.berlin.de/andi)) ist eine App zur Meldung von Diskriminierung und zur Kontaktierung von Beratungsstellen. Mit Rubriken zur Meldung antiziganistisch motivierter Vorfälle sowie Zugang zu Anlaufstellen zur Unterstützung bei Erfahrungen von antiziganistisch motivierter Diskriminierung.
- Förderung der Fachstelle „Fair mieten – Fair Wohnen. Gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt“. Die Fachstelle berät in Fällen von Diskriminierungen bei der Wohnungssuche und adressiert Antiziganismus auf dem Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit dem Träger Amaro Foro e. V.

- Förderung des „Berlin Monitors“, einer Umfrage zu Demokratieeinstellungen in Berlin, bei der auch antiziganistische Einstellungen und Vorurteile erfasste werden.
- Förderung der Antidiskriminierungsberatung des „ADNB - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin“ des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg (TBB) e. V.: Beratung von Fällen antiziganistischer Diskriminierungen in Zusammenarbeit mit der DOSTA.
- Förderung des „Mobilen Beratungsteams Berlin - für Demokratieentwicklung“ zur Vermittlung bei ethnisierten Konflikten im Sozialraum.
- Förderung der "Landeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" der Aktion Courage e. V. Die Landeskoordination des Trägers Courage e. V. fördert die Auseinandersetzung mit Rassismus an Berliner Schulen und adressiert dabei auch das Thema Antiziganismus.
- Konzeption, Initiierung und Pflege des Portals <https://www.demokratie-vielfalt-respekt.de/>. Das Portal richtet sich an pädagogische Fachkräfte. Präventionsangebote für Kitas, Schulen und Jugendbildung werden sichtbar und zugänglich gemacht. Es werden Projekte und Angebote gegen Antiziganismus vorgestellt.

#### **Der Berliner „Beirat für die Angelegenheiten von Roma und Sinti“**

Für die Verbesserung der politischen Partizipation der in Berlin lebenden Roma- und Sinti-Communities sieht das PartMigG die Einrichtung eines Beirats für Angelegenheiten der Roma und Sinti vor. Aufgabe dieses Gremiums wird es sein, in Fragen, die die Roma-Communities betreffen, dem Senat mit Empfehlungen zur Seite zu stehen. Der Beirat wird sich aus Vertretungen der in Berlin lebenden Roma- und Sinti-Communities sowie der für Integration, Antidiskriminierung und Jugend zuständigen Senatsverwaltungen zusammensetzen.

Anfang September 2019 wurde unter Federführung der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration der Roma- und Sinti-Arbeitskreis, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und Berliner Roma- und Sinti-Organisationen sowie Aktivistinnen und Aktivisten, ins Leben gerufen. Das Gremium hat bei der Verankerung des Beirats für die Angelegenheiten von Roma und Sinti im PartMiG konzeptionell mitgewirkt und begleitet zurzeit aktiv die Entstehung des Beirats.

Im Rahmen einer Prozessbegleitung, welche durch den Migrationsrat Berlin e. V. zwischen November 2021 und Juni 2022 durchgeführt wurde, wurden die Mitglieder des Roma- und Sinti- Arbeitskreises bei der Klärung organisatorischer und konzeptioneller Fragen rund um die Arbeitsaufnahme und Funktionsweise des Beirats methodisch begleitet.

Einer Empfehlung aus der Prozessbegleitung folgend wurde die Federführung für die Vorbereitungen zum Berliner Beirat für die Angelegenheiten von Roma und Sinti (nach § 18 PartMiG) sowie für die Einsetzung des Beirats im Sommer 2022 auf die LADS übertragen. Die LADS konnte auf umfangreiche Vorarbeiten durch die für Migration und Integration zuständige Senatsverwaltung zurückgreifen und hat die Finalisierung der Wahlordnung weitergeführt.

### **Vorbereitende Maßnahmen zur geplanten Ansprechperson zur Bekämpfung von Antiziganismus**

Um Antiziganismus/Rassismus gegen Sinti und Roma aktiv entgegenzutreten und um Partizipation und Communitybuilding von Sinti und Roma zu unterstützen, hat der Berliner Senat in seinen Richtlinien der Regierungspolitik 2021-2022 sowie 2023-2026 die Benennung einer Ansprechperson zur Bekämpfung von Antiziganismus angekündigt. Das Aufgabengebiet dieses Amts ist im Auftrag der LADS verortet, da hier die wesentlichen Präventionsmaßnahmen initiiert und gesteuert werden. Um die Perspektiven und Erwartungen der Roma- und Sinti - Selbstorganisationen vorbereitend einzubeziehen, wurde am 05. Oktober 2022 ein IBV zur „Konzeption und Durchführung eines

zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozesses zur geplanten Ansprechperson zur Bekämpfung von Antiziganismus“ veröffentlicht. Auf dieses IBV ist keine Interessensbekundung eingegangen. Nichtsdestotrotz wird die LADS die Möglichkeit zur Partizipation in einem kleineren Format prüfen.

## Anlage

### Stellungnahmen der Bezirke

Im Folgenden werden die Stellungnahmen der Bezirke leicht gekürzt im Wortlaut dargestellt. Diese orientieren sich an den folgenden Fragen zur Einbindung der Träger in die bezirklichen Regelstrukturen, zur Sicherstellung des Zugangs zu bezirklichen Regelstrukturen sowie zur Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeitenden bzgl. Antiziganismus:

- 1) Wie erfolgt die Einbindung der Beratungs- und Unterstützungsangebote der Träger, die Maßnahmen aus dem „Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ (Aktionsplan) umsetzen, in die bezirklichen Regelstrukturen? Insbesondere bei
  - der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit,
  - der Teilhabe an Kinder- und Jugendsozialarbeit,
  - dem Zugang zu Jugendämtern (Familienhilfe, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungscentren SIBUZ u. a.),
  - dem Zugang zu Dienstleistungen der Sozialämter,
  - dem Zugang zu den Dienstleistungen der Gesundheitsämter (KJGD).
- 2) Welche Herausforderungen sehen Sie bzw. welche Maßnahmen wurden durch Ihre Büros für Partizipation und Integration im Bezirk ergriffen für die Sicherstellung des Zugangs zu den bezirklichen Regelstrukturen für die Zielgruppen des Aktionsplans?  
Insbesondere bei
  - der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit,
  - der Teilhabe an Kinder- und Jugendsozialarbeit
  - dem Zugang zu Jugendämtern (Familienhilfe, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungscentren SIBUZ u. a.),
  - dem Zugang zu Dienstleistungen der Sozialämter,
  - dem Zugang zu den Dienstleistungen der Gesundheitsämter (KJGD).

- 3) Welche Herausforderungen sehen Sie bzw. welche Maßnahmen wurden ergriffen für die Sensibilisierung der Mitarbeitenden in den Bezirksverwaltungen bzgl. des Themenkomplexes Antiziganismus?

Die Instrumente des Aktionsplans und die flankierenden Maßnahmen werden von den Berliner Bezirken als eine sehr wichtige Unterstützung des Regelsystems anerkannt. Gleichwohl berichteten die Bezirke über strukturelle Herausforderungen für die Teilhabe Eingewanderter. Hierzu gehören insbesondere:

- das geringe Angebot an Schulplätzen in Willkommens- und Regelklassen sowie eine diskriminierende Praxis bei der Schulplatzzuweisung;
- die fehlenden Beratungsstrukturen zur Vermittlung von Wohnraum;
- die begrenzten rechtlichen Möglichkeiten für den Zugang zu Sozialleistungen für erwerbslose Unionsbürgerinnen und Unionsbürger;
- die schwierige Praxis der Kostenabrechnung und Verlängerungen von Kostenübernahmen zwischen Wohnheimen, Sozialämtern und Jobcentern;
- der Fachkräftemangel in den Ämtern und bei den freien Trägern.

### **Charlottenburg-Wilmersdorf (CW)**

#### **Zu 1.:**

Programm/Maßnahme Mobile Anlaufstelle/Beratung vom Träger Amaro Foro e. V. Berlinweit für 2021 und 2022:

2021: 14 % aller Ratsuchenden aus dem Bezirk (1. Stelle)

2022: 19 % (1. Stelle)

- Bekämpfung von Wohnungslosigkeit: Zusammenarbeit mit Sozialamt war gut; meisten Fällen positiv bescheinigt; automatische Verlängerung von bereits untergebrachten Menschen

ohne persönliche Vorsprache; wegen Sprachmittlermangel im Amt wurden viele begleitet.

- Empfehlung: Sprachmittler-Projekte in dem Bereich ausbauen
- Jugendamt (frühkindliche Bildung): CW ist einer der wenigen Bezirke, die sich rechtzeitig um das Sprachniveau der Kinder, die noch nie in der Kita waren, gekümmert haben (Sprachfeststellungstest). Intensive Betreuung und Bemühung um Kitaplatz (Sprach Kita) vom Amt, trotz knapper Kitaplätze
- Erstellung von Kita- und Hortgutscheinen, Durchführung von Vorschuluntersuchungen unproblematisch
- Terminvergabe beim Bürgeramt hier wie berlinweit problematisch

Bezirksorientiertes Programm (BOP) durch Träger Amaro Foro e. V. für das Jahr 2021:

Projekt „Sprachmittlung an Schulen“:

- Gute Kommunikation mit Schulamt bezüglich Einschulungen
- Auch Schulleitungen und einzelne Lehrkräfte nehmen Angebot wahr
- Sprachmittlungsprojekt von der Hallensee Grundschule, der Birger-Forell-Grundschule, der Nehring Grundschule, der Schinkel-Grundschule und der Robert-Jungk-Oberschule am meisten wahrgenommen

Bezirksorientiertes Programm (BOP) durch neuen Träger Phinove e. V. ab dem Jahr 2022:

Projekt „Einführung der Familien in die deutschen Kultur- und Gesellschaftsverhältnisse Punkt 1 (Schwerpunkt): Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppen von 6 – 19)

- Träger mit Integrationsbüro im Gespräch

- Träger informiert Schulen, Schulamt und weitere Stellen wie Koordinierungsstelle Willkommensklassen, Jugendamt per Mail/Flyer
- Projekt wird in Netzwerkrunden und AGs beworben
- Sprachmittlung nach Bedarf und Einzelfall insb. in Rumänisch, Romanes und Bulgarisch an 5 Schulen durchgeführt, in Einrichtungen, per Telefon und Mail
- gute Zusammenarbeit und Vernetzung mit dem Gesundheitsamt, insbes. dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (Begleitung) und dem Jugendamt (Übersetzung bei Hilfekonferenzen)
- Vernetzung und Vermittlung von Familien an Beratungsstellen und Angebote wie die Mobile Anlaufstelle von Amaro Foro, Hildegard-Lagrenne-Stiftung, Jugend- und Migrationsberatungen und allgemeine Sozialberatungen wie Ayekoo und Ausbildung in Sicht

#### Punkt 2: Verweisberatung Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16 - 27)

- Beratung von Schülern zum Thema Lernen und Stärkung der Eigenverantwortung im Schulalltag
- Vermittlung junger Erwachsener an die zuständigen Stellen zwecks beruflicher Beratung und Vermittlung von Ausbildungsstellen (z. B. Ausbildung in Sicht, Ayekoo Arbeit und Ausbildung e. V., JobPoints, Agentur für Arbeit)

#### Zu 2.:

- Die Jugend- und Migrationsdienste und die verschiedenen Dienste des Bezirksamtes decken die Sprachen der Zielgruppe nicht ab
- Integrationslots\*innen vertreten folgende Sprachen: Bulgarisch und Türkisch (eine Lotsin), eine Lotsin für Rumänisch (seit 10/2022), bis 10/2022 ein Lotse für Romanes (konnte nicht ersetzt werden). Es gibt Sprechstunden in verschiedenen Abteilungen.

- Seit 2020 wird der Träger IB mit dem Projekt Guide für aufsuchende Verweisberatung über den Integrationsfonds finanziert. Die Zielgruppe wird somit in den ASOG-Unterkünften erreicht.
- Zügiger Zugang zur sozialen Wohnhilfe für Zielgruppe in Begleitung von Trägern implementiert
- Träger, die mit der Zielgruppe arbeiten wie Iranische Gemeinde (integrationslots\*innen), Hildegard-Lagrenne-Stiftung, Internationaler Bund (Guide) mieten Büros im bezirklichen Pangea-Haus

Hildegard Lagrenne Stiftung:

- für Bildung, Teilhabe und Inklusion von Roma und Sinti in Deutschland aktiv
- seit Mai 2021 in Räumen im bezirklichen interkulturellen Zentrum „Pangea-Haus“ ansässig
- seit Mai 2022 setzt das Integrationsbüro mit der HLS das EhAP Plus Projekt „Pakiv - Vertrauen und Ermutigung zur Teilhabe“ um: Ergänzend zu den Angeboten von Phinove und Amaro Foro, wurde mit der HLS ein auf die im Bezirk lebenden Roma aus EU-Mitgliedsstaaten zugeschnittenes Angebot konzipiert, dass die aufsuchende Beratung zu den o.g. Themen in allen relevanten ASOG-Unterkünften und ausgewählten Schulen des Bezirks ergänzt und absichert.

Partnerschaften für Demokratie, förderten 2020-21 das Projekt Akathe! - Durch Vernetzung gegen Antiziganismus! von RomaTrail e. V.:

- kontinuierlicher Vernetzungsprozess zwischen RomaTrial, entsprechenden Stellen der Verwaltung (Jugendamt, Sozialamt) und Akteur:innen der Jugend-, Sozial- und Kulturarbeit
- Organisation von zwei sensibilisierenden Workshops gegen Antiziganismus für Schüler:innen und Multiplikator:innen

- Konzert im Livestream im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus in der Ulme 35
- Der Vernetzungsprozess, insbesondere mit Abteilungen der Verwaltung war nur begrenzt von Erfolg geprägt. Dies lag unter anderem an der Pandemielage, aber auch an den geringen strukturellen Ressourcen.

**Zu 3.:**

Phinove e. V.:

- Austauschtreffen für Lehrer\*innen werden an Schulen implementiert

Amaro Foro:

- Trotz wiederholten Kontaktaufnahmen zu Entscheidungsträger\*innen auf politischer und Verwaltungsebene, wurden keine Fortbildungen auf Bezirksebene durchgeführt
- In einer Grundschule liefen Planungsgespräche, jedoch durch Schulleitungswechsel nicht weiterverfolgt
- Fortbildungsangebote werden weiterhin bekannt gemacht, insbesondere bei Leistungsbehörden

Hildegard Lagrenne Stiftung:

- Das Integrationsbüro und die HLS werden im Pakiv-Projekt eine Qualifizierungsreihe umsetzen, die in den nächsten 3 Jahren in allen relevanten Bereichen der Bezirksverwaltung Kompetenzen im Bereich der Diskriminierungsrisiken vermittelt, denen Roma und Sinti in besonderer Weise unterliegen, um deren gleichberechtigten Zugang der Zielgruppen des Aktionsplans zu den Dienstleistungen der Ämter zu verbessern.
- Die Erste Schulung „Neue Perspektiven und Handlungsoptionen in der Arbeit mit sozial benachteiligten Roma-Familien“ findet im Juni 2023 im Bezirksamt für Mitarbeitende statt.

## **Friedrichshain-Kreuzberg**

### **Zu 1.:**

Das RAA-Projekt „Starthilfe für EU-romani-Communities in Berlin“ verfolgt mit seinen drei Schwerpunkten „Wohnen“, „Frühe Bildung“ und „Bekämpfung von Rassismus gegen Rom\*nja und Sinti\*zze“ im Wesentlichen Ziele, wie sie im Aktionsplan formuliert sind. Besonders hervorzuheben wäre hierbei die enge Zusammenarbeit mit der Sozialen Wohnhilfe und mit der Koordination Frühe Bildung und Erziehung des Jugendamts.

Weitere Kontakte und graduell unterschiedlich enge Kooperationen bestehen mit:

- Der Kitagutscheinstelle
- Dem FamilienServiceBüro
- Der Erziehungs- und Familienberatung des Jugendamts
- Der Sprachförderstelle (Übergang Kita-Schule)
- Dem KJGD (Übergang Kita-Schule)
- Dem SIBUZ (Übergang Kita-Schule)
- Dem Schulamt (Übergang Kita-Schule)
- Dem Gesundheitsamt (Familienplanung)
- Dem Zentrum für sexuelle Gesundheit (Familienplanung)
- Dem KJGD ((Übergang Kita-Schule, Logopädie, Ergotherapie, psychomotorische Kurse, Ernährung, Zahngesundheit, diverse Vermittlungen und Aufklärungen))
- Dem Jugendamt (Unterhalt, Sorgerecht, Gewalt)
- Dem Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (Gewalt)
- Dem Jobcenter
- Den Wohnunterkünfte
- Dem Partizipationsbüro

**Zu 2: und 3.:**

Das Partizipationsbüro leitet die Arbeitsgruppe Zuwanderung mit dem Fokus auf Romja und ihre Lebensumstände, ihre Bedarfe und ihre Diskriminierungserfahrungen im Bezirk.

Zu dieser AG sind alle Fachämter und Stabstellen, Polizei, Jobcenter, relevante freie Träger und Rom\*nja-Selbstorganisation eingeladen. Hier findet ein konstruktiver Austausch und Diskussion statt. So dass Lösungen im Umgang mit Einander erarbeitet und Infolge erprobt werden. Auch Best Practice Beispiele werden in diesen Rahmen vorgestellt. Die Themen beinhalten alle drei Themenkomplexe, die in den Fragen enthalten sind.

**Lichtenberg**

**Zu 1., 2. und 3.:**

Für die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe von Roma wurden im Bezirk folgende Arbeitsschwerpunkte gelegt:

Wohnungslosigkeit/Unterbringung

Die bezirkliche Situation bezüglich der Unterbringung hat sich im Bezirk stabilisiert.

Das Campieren im öffentlichen Raum ist rückläufig, wenn auch nicht gänzlich verschwunden. Entsprechende aufsuchende Arbeit erfolgt mit den involvierten Ämtern und dem Träger SüdOst Europa Kultur. Dabei findet eine dezidierte Beratung statt. Natürlich ist davon auszugehen, dass nach wie vor ein nicht zu unterschätzendes Dunkelfeld von ausbeuterischen Wohnverhältnissen oder Wohnungslosigkeit, auch in Zusammenhang mit prekären Arbeitsverhältnissen existiert.

Sozialämter/Jobcenter

Arbeitsmarktintegration

Die Beratung zur Arbeitsmarktintegration orientierte sich auch im Jahr 2022 an einem erhöhten Unterstützungsbedarf beim Zugang zu ALG II Leistungen (Jobcenter). Dabei ging es um Erstanträge nach Eintreten von Arbeitslosigkeit, Aufstockung im Falle von geringfügigen

Arbeitsverhältnissen oder in Kombination mit ALG I Leistungen (Agentur für Arbeit). Den Betroffenen wurde in einem ersten Schritt der Weg zur Bundesagentur für Arbeit oder zum Jobcenter geebnet, um ihre soziale Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und den Verlust des Krankenversicherungsschutzes oder drohende Wohnungslosigkeit und Schulden zu vermeiden. Der Schwerpunkt lag dabei beim Erstellen von Curricula (bei typisierten Fragebögen als Teil eines Antrags auf ALG II Leistungen) und Bewerbungsunterlagen für einen neuen Arbeitsplatz und wurde bei den damit einhergehenden behördlichen Angelegenheiten sprachmittelnd begleitet. In manchen Fällen wurden die Antragsteller bei der Vervollständigung der Anträge und bei der Wahrnehmung von Terminen bei den vom Jobcenter zugewiesenen Arbeitsstellenangeboten sprachmittelnd begleitet und es wurde zwischen dem zuständigen Jobcenter und den Arbeitgebern bezüglich eines Arbeitsplatzes vermittelt. In diesem Zusammenhang wurden Betroffene, die bereits digitale Fähigkeiten besitzen, beim Erstellen eines Online-Kontos unterstützt. Klientinnen und Klienten, die sich bereits im Bezug von ALG II-Leistungen befanden und Unterstützung bei der Anforderung zur Mitwirkung durch das zuständige Jobcenter benötigten, bekamen ebenfalls Unterstützung. Ähnlich wurden Klient\*innen, die selbst einen Arbeitsplatz über ihre. In manchen Fällen wurden Petenten nach einem Erstberatungstermin an das Willkommenszentrum der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales vermittelt, bezüglich der Anerkennung von im Heimatland erworbenen Qualifikationen. Bei Jugendlichen fiel ein besonderes Augenmerk auf Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Hier erfolgte die Verweisberatung an die Hilfestrukturen des Berliner Regelsystems (an die Agentur für Arbeit und die Jugendberufsagentur des Jobcenters).

#### Bildung und Schule

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Schulen stand die Sprachmittlung zwischen Schule und Eltern in Mittelpunkt bei den Themen:

- Elternabende und Elterngespräche

- Stellen von Hortanträgen
- Hilfe bei der Beibringung verschiedener für die Schule relevante Papiere (z. B. Schulzeugnis aus dem Herkunftsland, Nachweis über das alleinige Sorgerecht etc.)
- Beschaffung von Schulmaterialien/Büchern
- Schlichtung von Konfliktsituationen
- Mitteilungen im Hausaufgabenheft
- Schulpraktikum
- Schulversäumnis/Schuldistanz
- Übergang Grund- bzw. Oberschule, Grundschule - Gymnasium
- Zurückstufung der Klasse
- Freistellung vom Unterricht
- Beantragung von Schülerausweisen und Schülertickets
- Infobriefe mit Schulregeln
- Hausaufgabenhilfe

Ein gravierendes Problem ist nach wie vor das zu geringe Angebot an Schulplätzen in Willkommens- und in Regelklassen. Es ist festzustellen, dass die Benachteiligung bei der Vergabe häufig die Minderheit der Roma betrifft. Die Diskriminierung erfolgt u. A. mit der unausgesprochenen Begründung des unregelmäßigen Schulbesuches und den besonderen Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer. Im Zuge des Raum- und Personalmangels verschärft sich das Problem der Ausgrenzung. Beschwerdeführer werden unterstützt und ermutigt sich mit ihren berechtigten Anliegen durchzusetzen. Antiziganistisches Verhalten von Schülerinnen und Schülern innerhalb des Schulbetriebes bedürfen zukünftig einer besonderen Beachtung und entsprechender Maßnahmen. Dafür wird zukünftig eine enge Kooperation mit der Bezirklichen Antidiskriminierungsbeauftragten für den Schulbereich des Bezirkes Lichtenberg, (Träger RAA) sorgen.

## Jugendamt/Gesundheitsamt/Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Das Jugend- und Gesundheitsamt ist Teil des Netzwerkes "Roma" im Bezirk. Notwendige Maßnahmen aber auch spezielle Kinder- und Jugendprojekte insbesondere für Mädchen werden hier entwickelt und gesteuert. Es erfolgt eine enge Abstimmung zwischen dem

Integrationsbereich, den Ämtern und dem Träger SüdOst Europa Kultur. Ferner ist das Thema Integration von "Roma" in die Angebote der Regeldienste Bestandteil im Steuerungsgremium der bezirklichen kindzentrierten Armutsprävention.

Im Bezirk Lichtenberg konnte in den letzten Jahren eine bessere Sensibilisierung der Regeldienste gegenüber den Zielgruppen des Projektes erreicht werden. Dazu trugen verschiedene bezirkliche AGs und Vernetzungsrunden bei und vor allem die praktische Arbeit bei Fragen des Alltags und der Integration in den Ämtern in enger Zusammenarbeit mit dem Träger SüdOst Europa Kultur.

## **Marzahn-Hellersdorf**

### **Zu 1.:**

Im Bereich der Bildungs- und Lernförderungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wurden erfolgreiche Angebote fortgeführt und weiterentwickelt. Dazu zählen Erziehungsberatung für Eltern und Lernförderung für Kinder, Hilfe bei sprachlichen Schwierigkeiten sowohl für Eltern als auch für Kinder und Jugendliche, Hausaufgabenbetreuung, Bildungs- und Berufsorientierung für Jugendliche sowie Praktikumsmöglichkeiten in den folgenden Bereichen: Kinderbetreuung, Büroorganisation, Veranstaltungsmanagement und Hilfe bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

Die Schulmoderationsarbeit bezog sich auf die Begleitung der Eltern durch den Schulalltag, Hilfe bei Lehrer-Eltern-Gesprächen, Informationen über das Schulsystem sowie die Teilnahme an Schulkonferenzen, wenn es um die Kinder der betreuten Familien geht. Nach Absprache mit den

Lehrerinnen und Lehrern nahmen die Schülerinnen und Schüler einmal wöchentlich an der Lernförderung teil.

Bei der Beratung zu sozialen Fragen stellte sich heraus, dass es bei den Ratsuchenden oft nicht nur um ein spezifisches Problem oder eine konkrete Frage geht, sondern dass hinter einem Problem oft mehrere Probleme und Konflikte stehen, die auch andere Familienangehörige und das gesamte soziale Umfeld der Ratsuchenden betreffen. Z. B. können Schulprobleme eines Kindes zu einer drohenden Obdachlosigkeit der Familie führen, und Wohnprobleme sind oft mit Konflikten verbunden.

### **Zu 2:**

Bei der Projektumsetzung sind unterschiedliche Probleme aufgetreten, die sich auf die Diskriminierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beziehen. Aufgrund der Schwierigkeiten, angemessenen Wohnraum zu finden, sind viele Rom\*na gezwungen, in überfüllten oder unsicheren Wohnungen zu leben. Diese Bedingungen können zu gesundheitlichen Problemen und anderen Herausforderungen führen und dazu beitragen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiterhin in Armut gefangen bleiben. Im Rahmen des Projekts wurden sie beim Beantragen von Wohnberechtigungsscheinen, bei Wohnungsbesichtigsterminen und bei Gesprächen mit Vermieterinnen und Vermietern begleitet. Dabei wurden die Unterlagen für den Anwalt erarbeitet und vorbereitet, Termine mit Anwälten vereinbart und die notwendigen Unterlagen für die Sozialgerichte beschafft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden auch bei Terminen beim Sozialamt und Jobcenter begleitet. Der Träger bietet auch die Möglichkeit, Sozialstunden abzuarbeiten, da die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgrund von Diskriminierung kaum Möglichkeiten haben, anderswo eine freie Stelle zu finden. Dies kann zu einem Gefängnisaufenthalt und weiteren Problemen führen.

Sprachkompetenzen, Orientierung in Institutionen und auf dem Arbeitsmarkt sind wichtige Aspekte der Projektarbeit. Die erwachsenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben oft nur eine geringe Schulbildung und verfügen nicht über berufliche Vorstellungen, die mit dem deutschen

Arbeitsmarkt kompatibel sind. Ihnen fehlen daher Inklusionsperspektiven sowie deutsche Sprachkenntnisse, und sie können oft nicht lesen und schreiben. Aus diesem Grund haben sich regelmäßig angebotene Orientierungskurse, wie „Deutsch im Alltag, in Behörden und Institutionen“ sowie das „Sprach-Café Palaver Bar“, als sehr positiv erwiesen. Die Teilnahme an diesen Angeboten erfolgte auf freiwilliger Basis und wurde auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerichtet.

Regelmäßige Angebote des Projekts sind außerdem Workshops und Veranstaltungen für Jugendliche und junge Erwachsene zu den Themen „Prekäre Arbeitsverhältnisse zugewanderter Menschen“ sowie „Bewerbung, Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht“.

### **Zu 3.:**

Die Sensibilisierung der Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf Roma-Familien verläuft sehr langsam. Die Kommunikation zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern erfolgt ohne Anerkennung der biographischen und kulturellen Erfahrungen. Als Folge haben die Eltern wenig Vertrauen in die Möglichkeit einer erfolgreichen Schullaufbahn für ihre Kinder. Die Kinder und Jugendlichen zeigen wenig Selbstbewusstsein und Vertrauen in ihre eigenen Stärken. Auch die mehrjährige Arbeitserfahrung zeigt, dass viele unterstützende Maßnahmen scheitern, weil den Teilnehmenden das Vertrauen in sich selbst fehlt. Oft wurden sie von anderen Akteuren nur aus der Defizitperspektive gesehen. Die Roma-Jugendlichen, die in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen (Schulen, Berufsschulen, berufsvorbereitenden Maßnahmen) sind, sowie diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle haben, sind nicht nur oft aufgrund ihrer Kulturzugehörigkeit diskriminiert, sondern auch aufgrund ihrer jahrhundertealten Verfolgungs- und Opfergeschichte in der Gesellschaft. Viele von ihnen schämen sich für ihre Identität und haben wenig freie und geschützte Räume, in denen sie sich frei entfalten können. Deshalb bietet das Projekt Räume und Unterstützung für Selbstinitiativen von Roma-Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei wird ein Schwerpunkt auf Empowerment gelegt, damit die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer ihre eigenen Stärken wahrnehmen können und ihre Diskriminierungs- und Antiziganismus-Erfahrungen mit kritischer Distanz betrachten können. Dafür werden vorurteilsbewusste und vorurteilsfreie Räume geschaffen, in denen jeder Mensch anerkannt und respektiert wird.

Babel e. V. arbeitet mit Amaro Foro e. V. zusammen. Die Zusammenarbeit bezieht sich auf den Austausch über Diskriminierungserfahrungen der Teilnehmenden und Beratungssituationen. Der Träger ist Mitglied von mehreren Gremien, wie dem Frauenbeirat, dem Frauennetz und dem Integrationsbeirat und steht in engem Kontakt mit dem Willkommen-in-Arbeit-Büro Lichtenberg. Die Vernetzungsarbeit konzentriert sich vor allem auf den Erfahrungsaustausch über die Zielgruppe, unterstützende Angebote und Sensibilisierungsarbeit.

### **Mitte**

Bei der Zulieferung wurden die Träger Kulturen im Kiez e. V. und Amaro Foro e.V. eingebunden.

### **Zu 1.:**

- **Bezirkliche AG EU Zuwanderung:** Vernetzung zwischen relevanten Trägern und Fachämtern. Persönlicher Austausch möglich, Klären konkreter Fragen. Tagt in der Regel alle 2 Monate und wird durch Büro für Partizipation und Integration und Präventionsbereich geleitet.
- Direkter Austausch und Zusammenarbeit zwischen PartInt-Büro und Trägern
- **Einzelfallbezogener Austausch:** Ämter fragen Träger für Unterstützung an, Träger kontaktieren Ämter bei Rückfragen etc. Überwiegend gute Zusammenarbeit, teilweise werden Träger auch für Unterstützung angefragt, wenn die Zuständigkeit bei Regelstrukturen liegt, insbesondere für das Thema Sprachmittlung  
→ Drehtüreffekt: Träger sollen an Regelstrukturen vermitteln, Regelstrukturen haben aber nicht die benötigten Ressourcen

(Sprachkompetenzen, Personal, Kenntnisse) und vermitteln an Träger.

Bekämpfung von Wohnungslosigkeit,

- einzelfallbezogene Zusammenarbeit zwischen Ämtern und Trägern, z. B. gemeinsame Begehungen bei drohenden Kündigungen mit der Sozialen Wohnhilfe, Unterstützung des Trägers durch Mieterberatung
- Sog. „Problemimmobilien“ werden in der AG EU Zuwanderung besprochen und gemeinsames Vorgehen koordiniert
- Träger wird zu Fachtagen eingeladen

Teilhabe an Kinder- und Jugendsozialarbeit, Zugang zu Jugendämtern (Familienhilfe, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren SIBUZ u. a.),

- Einzelfallbezogene Zusammenarbeit von Schul- oder Kitasozialarbeit mit Träger zur Unterstützung von Eltern oder bei Mediationsbedarfen
- Erfolgreiche Anbindung von Ratsuchenden an Strukturen der Kinder- und Jugendsozialarbeit vor Ort
- Über die Roma-Schulmediation in verschiedenen Weddinger Schulen ist Träger an Jugendamt angebunden.
- Anbindung von Familien an das Jugendamt findet insbesondere über den KJGD im Rahmen der Erstuntersuchungen statt, teilweise auch über Kinderschutzmeldungen des Regionalen Sozialpädagogischen Dienstes. Grundsätzlich erfolgt eine Trägereinbindung vom Jugendamt nach bekanntwerdenden Unterstützungsbedarfen von Familien individuell und mit entsprechenden Vermittlungsaufträgen an die Träger (z. B. auch die Anbindung an bezirkliche Regelstrukturen wie Jugendamts-, Gesundheits-, Sozialleistungen, u. a.)

- Weitere Angebote des Jugendamtes, wie Kitaplatzsuche, Schulplatzvermittlung, Ferienreisen, Freizeitangebote, Familienhilfen, Erstberatungen und Antragshilfen über das Familienservicebüro werden (noch) nicht proaktiv von den betroffenen Familien selbst in Anspruch genommen.
- Familienhelfer\*innen vernetzen sich mit Träger für individuelle Unterstützung in Familien und fachlichen Austausch
- Zusammenarbeit des Trägers mit dem Jugendamt auch bei Sprachmittlung für Ratsuchende aus Serbien und Bosnien zum Thema Vaterschaftsanerkennung

Zugang zu Dienstleistungen der Sozialämter,

- Träger unterstützen Ratsuchende bei der Kommunikation mit dem Leistungsbereich und der Unterbringungsstelle bei Rückfragen und Widersprüchen

Zugang zu den Dienstleistungen der Gesundheitsämter (KJGD).

- Sehr enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Träger und KJGD um den Zugang zur (Kinder-)ärztlichen Versorgung zu gewährleisten, teilw. wird mit Sprachmittlung unterstützt

## **Zu 2.:**

*Generelle Herausforderungen für den Zugang zu Regelstrukturen:*

- Durch Engpässe bei der Terminvergabe in vielen Behörden, kann Teilhabe für Zielgruppe nicht gesichert werden (z. B. keine Krankenversicherung, weil keine Meldebescheinigung), außerdem müssen Träger deshalb sehr viele Ressourcen nur für die Unterstützung der Ratsuchenden bei der Terminbuchung aufwenden. Die persönliche Erreichbarkeit der Ämter in Mitte während der Pandemie war dagegen sehr positiv, so dass auch nicht alphabetisierte Menschen bedient werden konnten.

- Fachkräftemangel bei Sozialarbeitenden mit Rumänisch und oder Romanes-Kenntnissen, sowohl in den Ämtern als auch bei den freien Trägern
- Zielgruppe Roma aus Nicht-EU-Ländern fällt durch Förderstruktur, nicht Teil des AP-Roma aber ist auch nicht ausreichend in den Regelstrukturen (MBEs) verankert (seit Ende 2022 keine MBE die auf Rumänisch oder Romanes beraten kann).

*Empfehlung:*

- Niedrigschwellige, mehrmonatige und vergütete Qualifizierung für Sprachmittler\*innen in Romanes

Bekämpfung von Wohnungslosigkeit,

*Herausforderungen:*

- Angespannter Berliner Wohnungsmarkt macht es für die Zielgruppe sehr schwer, Wohnraum zu finden. Dies befördert mafiose Eigentums- und Mietstrukturen in Mitte. Durch die Zusammenarbeit mit relevanten Fachämtern, wie Ordnungsamt, Soziale Wohnhilfe, Jugendamt in der AG EU-Zuwanderung zum Thema, kann gemeinsames Vorgehen abgestimmt werden. Stößt allerdings bei Vorliegen von kriminellen Strukturen auch an seine Grenzen. Hinzu kommt die oftmals prekäre Situation der Bewohnenden, die auch mit Unterstützung von Mietervereinen oder der Fachstelle Fair Mieten Fair Wohnen selten bereit sind den Rechtsweg zu gehen um die eigenen Rechte durchzusetzen. Herausfordernd ist auch, das Thema so aufzulösen, dass der Wohnraum für die Bewohnenden erhalten werden kann. Oftmals werden schlechte Wohnverhältnisse in Kauf genommen, wenn die Alternative eine Wohnheimunterbringung ist. Größe der Herausforderung übersteigt auch Kompetenzen und Ressourcen der im AP Roma geförderten Träger.
- Fehlende Beratungsstrukturen zur Vermittlung von Wohnraum

- Fehlende postalische Erreichbarkeit von obdachlosen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern
- Nach wie vor ist die oft langjährige Unterbringung von Familien in ASOG-Unterkünften problematisch
- Gemeinsame Unterbringung größerer Gruppen und Familienverbände nach wie vor aufgrund fehlender Immobilien und unterschiedlicher bezirklicher Zuständigkeiten herausfordernd

*Maßnahmen:*

- Aufsuchende sprachkompetente Sozialarbeit durch mobile Anlaufstelle oder Sozialarbeitenden des Sozialamtes mit Sprachmittlung zur Vermittlung von Beratungsangeboten
- Vernetzung von Trägern und Regelstrukturen in AG EU-Zuwanderung und Koordinierung des gemeinsamen Vorgehens
- Modellvorhaben durch Sozialamt Mitte: gemeinsame Unterbringung inkl. soziale Betreuung (sog. ASOG+) mehrerer obdachloser Familien („Camp am Hbf“) bei Übernahme der Zuständigkeit für alle Familienmitglieder. Hierbei Kooperation mit Träger für sprachkompetente Ansprache.

*Empfehlungen:*

- Eigenes Projekt nur für das Thema „Prekäres Wohnen“. Koordination der Prozesse muss in den Bezirksämtern stattfinden, aber Träger könnte beim Clearing der Mietverhältnisse und Ansprache der Bewohnenden unterstützen
- Schnellere Umsetzung der Gesamtstädtischen Steuerung, damit Qualitätsstandards der ASOG-Unterkünfte gehoben werden und Datenbasis über Bewohnende vorliegt. Alternativ: Berlinweite Vereinheitlichung und Verbesserung der Unterbringungsstandards und Datenerhebung ohne Umsetzung GStU

- Lösungen für gemeinsame Unterbringung größerer Familienverbände und einheitlicher Zuständigkeit entwickeln, ggf. mehr ASOG+-Projekte
- Stärkung der Wohnraumvermittlungsangebote oder andere Maßnahmen um Zugang zu Wohnungsmarkt für Zielgruppe zu verbessern.
- der Teilhabe an Kinder- und Jugendsozialarbeit, dem Zugang zu Jugendämtern (Familienhilfe, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren SIBUZ u. a.),

*Herausforderungen:*

- wenig bis keine Fachkräfte, die entsprechende Sprachen sprechen (Romanes, Rumänisch) hat zur Folge, dass Vertrauen der Eltern sehr mühsam durch Vermittlung von Trägern gewonnen werden muss.
- betroffene Familien haben oft sehr große Vorbehalte gegenüber dem Jugendamt aus Sorge, ihre Kinder zu verlieren; da sie oftmals kaum Informationen über die niedrigschwlligen und vielfältigen Unterstützungsangebote des Jugendamtes haben, meiden Sie i.d.R. jeglichen Kontakt, um keine „Probleme zu bekommen
- Dem Jugendamt ist nicht automatisch bekannt, wo Familien leben, die Unterstützungsbedarfe haben

*Maßnahmen:*

- Kontaktaufnahme und Vertrauensaufbau mit Hilfe der Träger
- Über offene Angebote in Freizeiteinrichtungen kann teilweise auch Kontakt zu Familien hergestellt werden.
- Das Jugendamt nimmt an Netzwerktreffen teil, an denen auch Betreiber\*innen von Wohnungslosenunterkünften (nach ASOG, BUL, gewerblich) anwesend sind, um mittelbar Kontakt zu den dort lebenden Familien herzustellen bzw. über die

Unterkunftsbetreiber\*innen den Familien auch präventiv Unterstützungsangebote im Bedarfsfall zu machen (unabhängig der beauftragten Träger des AP)

*Empfehlungen:*

- Fachkräfte mit entsprechenden Sprachkenntnissen in den Regeldiensten

dem Zugang zu Dienstleistungen der Sozialämter,

*Herausforderungen:*

- Begrenzte rechtliche Möglichkeiten, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit Sozialleistungen zu versorgen, während Geflüchtete aus der Ukraine ein Bleiberecht und Ansprüche auf Sozialleistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII haben, gilt dies für erwerbslose Unionsbürgerinnen und Unionsbürger wegen der Freizügigkeit grundsätzlich nicht. Die aktuelle Rechtslage lässt eine Aufnahme in Regelstrukturen und damit eine Unterstützung nur bedingt zu. Es bestehen lediglich Ansprüche auf Unterbringung nach dem und ggf. auf Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise (in der Regel längstens für die Dauer von einem Monat) nach § 23 Abs. 3 Satz 3 SGB XII. Die sozialrechtliche Einordnung ist komplex und abhängig von den individuellen Lebensumständen des Einzelfalles, sodass es für jede der betroffenen Personen einer Einzelfallprüfung und -Entscheidung bedarf. Sofern lediglich ein Anspruch auf Überbrückungsleistungen festgestellt wird, können in diesem Zusammenhang Leistungen zur Deckung der Bedarfe für Ernährung, Körper- und Gesundheitspflege, Unterkunft und Heizung sowie Krankenhilfe gewährt werden. Nach § 23 Abs. 3 Satz 6, 2. Halbsatz SGB XII sind im Einzelfall und zur Überwindung einer besonderen Härte und zur Deckung einer zeitlich befristeten Bedarfslage Leistungen über einen Monat hinaus zu erbringen. Die aktuelle Rechtslage und Rechtsprechung setzt den Integrationsbemühungen des Bezirksamtes Mitte Grenzen.

- Die Praxis der Kostenabrechnung und Verlängerungen von Kostenübernahmen zwischen Wohnheimen, Sozialämtern und Jobcentern wird von den Trägern als belastend und ressourcenintensiv sowohl für die Ratsuchenden als in der Folge auch für die Träger wahrgenommen. Hier sollten ressourcensparende Verfahren entwickelt werden (z. B. weniger persönliche Vorsprachen, Vereinheitlichung des Vorgehens der Sozialämter etc.)
- Zu wenig personelle Ressourcen in den Sozialämtern führen zu wenigen und/oder zu kurzen Sprachstunden
- Keine ausreichende Sprachmittlung in den relevanten Sprachen

*Maßnahmen:*

- Telefonischer Dolmetschdienst, der allen Fachämtern des Bezirksamts zur Verfügung steht
- dem Zugang zu den Dienstleistungen der Gesundheitsämter (KJGD).
- Guter Zugang der Zielgruppe zum KJGD in Mitte, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Träger. Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt während der Pandemie bei Testungen und Quarantänen sehr konstruktiv.

**Zu 3.:**

*Herausforderungen:*

- Überlastung der Ämter führt häufig dazu, dass Maßnahmen und Schulungen nicht als Ressourcen, sondern als zusätzliche Belastungen wahrgenommen werden

*Chancen/Maßnahmen:*

- Durch Einführung des LADG ist diskriminierungsfreies Verwaltungshandeln gesetzlich festgeschrieben und stärker im Diskurs präsent, so erarbeitet die AG Vielfalt im Bezirksamt Mitte Empfehlungen zur Stärkung eines diskriminierungsfreien Verwaltungshandelns.

- Seit August 2022 gibt es im Bezirksamt Mitte eine LADG-Beschwerdestelle, hier wird der Austausch mit Meldestellen zum Thema Antiziganismus wie DOSTA und MIA gesucht
- Mitarbeiter\*innen des Jugendamts haben die Möglichkeit sich fachlich zu dem Thema fortzubilden (bisher freiwillig)
- Durch die Vernetzung mit Fachämtern in Gremien können Vorbehalte abgebaut und Wissen aufgebaut werden. Vertreterin des Trägers ist auch als Bürgerdeputierte in BVV-Ausschüssen vertreten und sensibilisiert dort.
- Fortbildungsangebot von Amaro Foro e.V. kann erneut für Ämter angeboten werden.
- Gemeinsames Projekt „Diversity im Sozialamt“ von Amt für Soziales Mitte und der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, Referat C Diversity und Chancengleichheit (jetzt: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung) das gemeinsame Projekt. Dazu findet eine Befragung der Mitarbeitenden statt, deren Auswertung die Grundlage für Handlungsempfehlungen bilden wird. Mit dem Projekt soll das Sozialamt im Kontakt mit den heterogenen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt und die Arbeitszufriedenheit sowie Handlungskompetenz der Beschäftigten, aber auch die Zufriedenheit der Nutzenden erhöht werden.

## **Neukölln**

### **Zu 1:**

AspE e.V und das Nachbarschaftsheim e.V., die im Rahmen des bezirksorientierten Programms (BOP) tätig sind, bieten sowohl ambulante Hilfen zur Erziehung als auch Möglichkeiten der Familienförderung an. Das Nachbarschaftsheim ist zudem im Bereich der Jugendförderung tätig und über das Peerhelper-Programm stark vernetzt.

Die Angebote der Träger sind sowohl bei den Mitarbeiter:innen des RSD<sup>12</sup> im Jugendamt als auch bei den Angeboten der Familienförderung und der Frühen Hilfen (kommunal und freie Träger) gut bekannt.

Es gibt immer wieder gemeinsame Projekte, insbesondere im Bereich der fallunspezifischen Arbeit oder der Frühen Hilfen. Die Einbindung der Träger in bezirkliche Regelstrukturen erfolgt über unterschiedliche Formate, insbesondere auch über Besprechungsstrukturen wie die Kiez-AG, die AG 78 Familienförderung, den AK Familienzentren, die AG 78 Hilfen zur Erziehung, die AG 78 Schulsozialarbeit, den Arbeitskreis Frühprävention Süd und Nord, die Einrichtungsleiterrunde der Kinder- und Jugendarbeit sowie regionale Treffen der HzE mit den Regionalleitungen.

Soweit die Träger Mitglieder des betreffenden Personenkreises hinsichtlich der ordnungsrechtlichen Unterbringung bei Wohnungslosigkeit und/oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beraten, wenden sie sich in Einzelfällen an das Amt für Soziales, um bei der Geltendmachung von Ansprüchen zu unterstützen.

## **Zu 2.:**

Informationen und Angebote werden über RSD-Mitarbeiter:innen, Stadtteilmütter, Mitarbeiter:innen der Schulsozialarbeit, Familienzentren sowie Frühe Hilfen und Kitas bekannt gemacht. In der Kinder- und Jugendsozialarbeit führen eine hohe Sensibilität im Hinblick auf Rassismus, Diskriminierung, Antiziganismus und entsprechendes pädagogisches Handeln sowie Empowerment der Kinder und Jugendlichen zu mehr Teilhabe. Mögliche Hindernisse in Bezug auf die Zugänge im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden immer wieder reflektiert und angegangen. Mittlerweile gehören Kinder und Jugendliche mit Roma-Kulturhintergrund zu den Besucher:innen fast aller Einrichtungen, in einigen gehören sie zu den zahlenmäßig größten

---

<sup>12</sup> RSD = Regionaler Sozialpädagogischer Dienst im Jugendamt (Aufgaben: Beratung, Information, Einleitung und Begleitung von Jugendhilfemaßnahmen bzw. Hilfen zur Erziehung, Trennungs- und Scheidungsberatung, Gewährleistung des Kinderschutzes)

Besucher:innengruppen. Dies gilt ebenfalls für die Neuköllner Familienzentren.

Sprachmittlung ist im Bereich des Jugendamtes möglich und auf Wunsch gibt es auch muttersprachliche Angebote im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung bei spezialisierten Trägern. Es fehlen jedoch zum Teil Fachkräfte bei den freien Trägern der Jugendhilfe sowie den Sprachmittlern.

Weiterhin gibt es zahlreiche Herausforderungen. Aufgrund fehlender Ansprüche auf Leistungen der Sozialämter/Jobcenter sind Lebensverhältnisse oftmals prekär und durch Armut und Ausbeutung geprägt. Bei der Bekämpfung der Wohnungslosigkeit stellt etwa die fehlende Anspruchsberechtigung für die Unterbringung in Obdachloseneinrichtungen/Maßnahmen nach den §§ 67, 68 SGB XII (über ein paar Tage/ASOG hinaus) aufgrund des Freizügigkeitsstatus ein Problem dar. Hier drohen gelegentlich Inobhutnahmen von Kindern bei fehlender Grundversorgung. Wohnverhältnisse sind zum Teil unzumutbar (Überbelegung, Müllprobleme, Ungezieferbefall, fehlende Energieversorgung etc.). Auch ist oftmals eine angemessene Gesundheitsversorgung aufgrund fehlender Krankenversicherung nicht möglich (bspw. durch die Notwendigkeit der Privatrezepte nach einer Untersuchung im KJGD oder Zentrum für Gesundheit). Weitere Hürden stellen fehlende Deutschkenntnisse und Analphabetismus sowie fehlende Kitaplätze dar. Erfahrungen von Rassismus, Diskriminierung und Antiziganismus in verschiedenen Lebensbereichen (Schule, Arbeit, Freizeit) führen teils zu Misstrauen und Unsicherheit auch im Umgang mit öffentlichen Stellen, was den angemessenen Zugang erschwert.

### **Zu 3.:**

Es besteht weiterhin eine hohe Achtsamkeit der Mitarbeitenden des Jugendamtes (insb. In den Bereichen RSD und Kinder- und Jugend(sozial)-arbeit) in Bezug auf die Situation der Kinder, Jugendlichen und Familien mit Roma-Kulturhintergrund. Die notwendige Sensibilisierung findet hauptsächlich innerhalb von Teamsitzungen statt. Zudem werden

Fortbildungen angeboten, auch wenn die zeitlichen Ressourcen der Mitarbeitenden für Fortbildungsmaßnahmen begrenzt sind. Eine Herausforderung bei der Sensibilisierung stellen die Sprachbarrieren dar. Im Bereich des Sozialamts finden Beratungen der Mitarbeitenden anlassbezogen statt.

### **Pankow**

Pankow ist der einwohnerstärkste Bezirk Berlins und erlebt als Randbezirk seit Jahren einen starken Zuzug von Menschen mit Migrationsgeschichte, seit einigen Jahren auch vermehrt aus den südosteuropäischen Ländern. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 hat die Lage weiter verschärft, da u. a. vermehrt Menschen aus Moldau im Bezirk ankommen, darunter auch Rom\*na. Insbesondere der Zugang zu Bildung, angemessenem Wohnraum und angemessener Gesundheitsversorgung ist für diese Gruppe erschwert. Darüber hinaus gibt es weiterhin keine ausreichende Beratungs- und Unterstützungsstruktur. Der verlässliche Zugang zu den Regelstrukturen ist daher nicht gewährleistet.

Das Integrationsbüro Pankow sieht hier einen hohen Handlungsbedarf, der jedoch mit den zeitlichen und finanziellen Ressourcen des Büros nicht gedeckt werden kann.

### **Zu 1.:**

Aus den Mitteln des Aktionsplans wird seit 2019 das Projekt „Roma-Schulmediation“ gefördert. Im Bezirk Pankow ist eine mehrsprachige Beraterin des RAA e. V. Ansprechpartnerin für Schulen und Familien mit Roma-Hintergrund. Ziel der mehrsprachigen Beratung und Vermittlung ist die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Roma-Hintergrund sowie die langfristige Inklusion aller Kinder und Jugendlichen im Bildungsbereich. Familien mit Roma-Hintergrund sollen ermutigt und bestärkt werden, aktiv am Bildungsprozess ihrer Kinder zu partizipieren und ihn mitzugehen. Gleichzeitig soll die Schule für die bedarfsweise Unterstützung von formalen Bildungsprozessen in diesen Familien sensibilisiert und unterstützt werden, sich ebenso für den Bildungserfolg von den Kindern einzusetzen.

In diesem Rahmen arbeitet die mehrsprachige Beraterin viel mit den bezirklichen Regelstrukturen zusammen: Sie arbeitet eng mit dem Schulamt zu den schulischen Belangen der Familien zusammen. Sie begleitet Familien zum Gesundheitsamt (KJGD sowie KJPD) z. B. für schulische Voruntersuchungen oder weitere Terminen, die für die Kinder relevant sind. Sie ist regelmäßig im Austausch mit dem Jugendamt (u. a. bei Fragen zum Kinderschutz). Sie arbeitet direkt an den Unterkünften der Storkower Straße und nimmt außerdem an bezirklichen Netzwerktreffen teil (z. B. „Austausch zum Thema: Zugang zu Schule/ Bildung in Pankow“ mit der Bezirksbeauftragten für Partizipation und Integration).

## **Zu 2.:**

Für den Bezirk Pankow stellt es eine besondere Herausforderung dar, mit dem sehr dynamischen Zuzugsgeschehen durch Neu-Zugewanderte in den letzten Jahren umzugehen. Pankow ist der Bezirk mit den meisten Unterkünften für Geflüchtete, der Anteil an Menschen mit Migrationserfahrung ist in diesem Bezirk im letzten Jahrzehnt besonders gestiegen, von 15 % im Jahr 2014 auf 27 % in 2021. Die soziale Infrastruktur im notwendigen Tempo anzupassen ist eine große Herausforderung. Insbesondere der Mangel an Schulplätzen und Wohnraum trifft Rom\*nja noch stärker als andere Gruppen. Dies resultiert aus sprachlichen Barrieren, einem Mangel an Information, aber auch aus durch Diskriminierungserfahrungen entstandenem Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen. Rom\*nja sind zudem auch im direkten Umfeld von Unterkünften mit Diskriminierung durch die Nachbarschaft konfrontiert. Die folgenden Maßnahmen werden z.T. durch das Integrationsbüro finanziert, teilweise jedoch auch nur - je nach Bedarf - begleitet oder beraten:

- Seit 2020 fördert der Bezirk Pankow das Projekt „Rucksack“ des Trägers RAA e. V., das zum Ziel hat, Eltern und Kinder in ihrer Mehrsprachigkeit zu stärken. Im Sommer 2022 wurde das Projekt, das im Regelfall an Schulen angebunden ist, aus Mitteln des Integrationsfonds finanziell aufgestockt und auf vier Unterkünfte für Geflüchtete ausgeweitet, um so Kinder, insbesondere Rom\*nja aus

Moldau, zu erreichen, die keinen Schulplatz haben. Das Angebot kann die fehlende Schulung jedoch keinesfalls ausgleichen.

- Die Hildegard-Lagrenne-Stiftung ist im Auftrag des LAF in einer Unterkunft in Buch tätig, um dort die Teilhabe und den Zugang zu Bildung von Rom\*nja zu unterstützen.
- Im Jahr 2022 startete das Projekt „Starthilfe für EU-Roma-Communities“ des Trägers RAA e. V. mit einer Ko-Finanzierung aus bezirklichen Mitteln und EHAP. Der Fokus des Projekts liegt auf Beratung zu Wohnraumsuche und frühkindlicher Bildung und ist schwerpunktmäßig in ASOG-Einrichtungen aktiv. Es besteht eine Zusammenarbeit mit der Sozialen Wohnhilfe.
- 2022 wurde die Stelle einer Koordinatorin für Menschen mit erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem geschaffen, die auch Rom\*nja unterstützen soll.
- Die für Pankow zuständigen Integrationslots\*innen der AWO bieten Begleitung auf Bulgarisch an. Die Bemühungen, eine\*n romanes-sprachige\*n Lots\*in einzustellen, blieben leider erfolglos.
- Anders als noch 2020 bieten die Projekte „aufsuchende Straßensozialarbeit in Pankow“ sowie „mobile Beratung und Unterstützung in Obdachloseneinrichtungen und Hostels in Berlin Pankow“ nach einem Trägerwechsel keine Beratung auf Rumänisch und bulgarisch mehr an.

### **Zu 3.:**

- 2021: Schaffung der Stelle einer Antidiskriminierungs- und Antisemitismusbeauftragten mit Fachkenntnissen zum Themenfeld Antiziganismus, Besetzung der Stelle zum 1. Februar 2022
- 2022: Planung von Fortbildungen für Führungskräfte in Kooperation mit Amaro Foro e. V., Umsetzung im Jahr 2023
- Herausforderungen
  - Fortbildungsstau seitens die Mitarbeitenden des Bezirksamts
  - Fehlende zeitliche Ressourcen für Fortbildungen

- Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf Gadjé-Rassismus konkurrieren mit Fortbildungen zu den Themen "Diversity-Grundlagen", LGBTIQ, Kinderrechte, Digitalisierung, Klimaschutz u.v.m.
- Ressentiments gegenüber Roma auch innerhalb der Verwaltung

Angesichts des nach wie vor erschwerten Zugangs ausländischer Roma zu den Regelstrukturen ist eine Erhöhung der Mittel in Pankow für die kommenden Jahre aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die Teilhabe an und den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum zu verbessern. Die Bedarfe können mit den vorhandenen Mitteln nicht gedeckt werden.

### **Reinickendorf**

Wie bereits in der letztjährigen Stellungnahme mitgeteilt, finden wir die Entwicklungen in der Arbeit und Stärkung der Roma-Community in der Stadt sehr positiv und bekommen dies auch von den Trägern im Bezirk gespiegelt.

#### **Zu 1.:**

Vorweg muss erwähnt sein, dass die Jahre 2021 und 2022 von der Corona-Pandemie geprägt wurde und die Arbeit bzw. der Zugang zur Zielgruppe erschwerte. Die Träger haben ihre Arbeit diesbezüglich angepasst, so dass eine Versorgung und Unterstützung für die Zielgruppe im Rahmen der Möglichkeiten gewährleistet wurde. Es muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei weiterhin steigenden Zuzugszahlen Unionsbürgerinnen und -bürgern, darunter auch Angehörige der Roma-Community, die Anzahl von Beratungs- und Unterstützungsangeboten angepasst und ausgebaut werden muss, um die Hilfestrukturen für die Zielgruppen aufrechtzuerhalten und den Zugang zu den bezirklichen Regeldiensten weiterhin gewährleisten zu können.

Die Einbindung der Beratungs- und Unterstützungsangebote der Träger in die bezirklichen Regelstrukturen erfolgt über unterschiedliche Maßnahmen und Projekte im Bezirk Reinickendorf wie bspw. das „Bezirksorientierte

Programm“, das durch den Träger Aufwind e. V. im Bezirk Reinickendorf umgesetzt wird oder auch die für den Bezirk Reinickendorf zuständige Anlaufstelle „Nevo Foro“ des Trägers Amaro foro e. V.

Zur ihrer Umsetzung und Wirksamkeit folgende Informationen:

Bezirksorientierte Programm 2021/2022, Träger Aufwind e. V.: „Sprachmittlung an Schulen (für Altersgruppen von 6 bis 19) und Verweisberatung Arbeitsmarktintegration (für die Altersgruppe von 16 bis 27)“

Es konnten an den einzelnen Beratungsstandort sehr viele Menschen erreicht werden. Der Träger konnte in zunehmenden Maß wieder direkte Unterstützung beim Kontakt mit Behörden, Institutionen und Bildungseinrichtungen installieren/ gewährleisten und die Familien zu Terminen im Krankenhaus, bei Ärzten und Ärztinnen und im KJGD begleiten. Klient/innen wurden zudem in den Gebrauch digitaler Medien eingeführt, so dass sie behördliche Zugänge selbstständig nutzen konnten.

Nach wie vor sind aber auch persönliche oder telefonische Beratungsangebote unerlässlich.

Der Träger arbeitet in allen bezirklichen Regionen und verfügt über mehrjährige Erfahrungen und Kooperationspartner mit der Zielgruppe. Sehr gute Kontakte bestehen zu folgenden Einrichtungen: über 20 Grund- und Oberschulen, SIBUZ, Jobcenter, Kinderschutzteam des Jugendamts, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Fachstelle Soziale Wohnhilfe/ Sozialamt, Polizei, Wohnheimen und Bildungseinrichtungen.

Darüber hinaus fanden wöchentliche Lerngruppen für Schüler/Schülerinnen sowie Kinder und Jugendliche, die noch auf einen Schulplatz warten, statt.

Der Bedarf des Programms ist weiterhin hoch; dies lässt sich an der hohen Anzahl von durchgeführten Beratungseinheiten ablesen.

Der Träger nimmt an diversen bezirklichen Austausch- und Vernetzungsrunden teil und ist mit den hier aktiven Akteuren im Bereich Süd/Ost-Europa bekannt und gut vernetzt.

2021	Es wurden im Jahr 2021 insgesamt 7.295 Beratungen durchgeführt, davon 3.315 persönlich und 3.980 telefonisch. Insgesamt wurden 2.286 Teilnehmende persönlich und 2.336 Teilnehmende telefonisch oder über soziale Medien erreicht. 41,9 % der Familien kamen aus Rumänien, 18,3 % aus Bulgarien, 22,5 % aus Serbien und Kosovo, 8,7 % aus Bosnien, 1,1 % aus Griechenland, 3,4 % aus Mazedonien, 1,9 % aus Polen, 0,7 % aus Georgien und 1,1 % aus Ungarn.
2022	Es wurden im Jahr 2022 insgesamt 12.336 Beratungen durchgeführt, davon 5.578 persönlich und 6.758 telefonisch. Insgesamt wurden 4435 Teilnehmende persönlich und 4.510 Teilnehmende telefonisch oder über soziale Medien erreicht. 37,9 % der Familien kamen aus Rumänien, 21,7% aus Bulgarien, 19,89% aus Serbien und Kosovo, 9,16% aus Bosnien, 1,83% aus Griechenland, 2,87% aus Mazedonien, 1,3% aus Polen, 1,57% aus Georgien und 1,04% aus Ungarn.

### **Anlaufstelle „Nevo Foro“, Träger Amaro foro e. V.**

Die Angebote der Anlaufstelle werden innerhalb der Communities gut angenommen. Insgesamt konnten sehr viele Erfolge in den einzelnen Fällen dokumentiert werden. Eine Vielzahl von Familien und Einzelpersonen konnte durch die Unterstützung der Anlaufstelle eine erste Konsolidierung der Situation erreichen (z. B. durch Zugang zum Krankenversicherungsschutz, zu Sprachkursen und Bildungsangeboten, durch die Motivation zur Durchsetzung ihrer Rechte, durch Entschärfung prekärer Wohnsituation etc.).

Es ist weiterhin ein hoher Bedarf der Anlaufstelle „Nevo Foro“ zu verzeichnen. Amaro Foro e. V. ist vor allem in ihren Räumlichkeiten in Charlottenburg tätig und begleitet Menschen, die in Reinickendorf wohnhaft oder die in bezirklicher Zuständigkeit nach der AV ZustSoz sind.

In den Jahren 2021 und 2022 kamen überwiegend Ratsuchende mit Rumänischer und Bulgarischer Staatsangehörigkeit in die Anlaufstelle.

2021	Es wurden insgesamt 386 Beratungseinheiten dokumentiert, die einen Bezug zum Bezirk Reinickendorf aufwiesen (wohnhaft im Bezirk/bezirkliche Zuständigkeit).
2022	Es wurden insgesamt 340 Beratungseinheiten dokumentiert. Zu den angegebenen Beratungsanzahlen muss erwähnt sein, dass viele kurze Beratungen und/ oder Telefonate nicht immer dokumentiert werden und die eigentliche Beratungsanzahl daher höher ausfällt.

Darüber hinaus gab es noch weitere Maßnahmen außerhalb des Aktionsplans, die im Bezirk Reinickendorf für die/mit der Zielgruppe umgesetzt wurden:

#### **Forschungsprojekte StralnWo (2016-2020) und StralnQ (2020-2022)**

... Seit 2016 gehörten die Wohnprojekte „Bunte 111“ (2014-2017) sowie „Wohnen und Leben im Märkischen Viertel“ (2016-2022) zum Untersuchungsgegenstand eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts. Während der Fokus des aus den finanziellen Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Verbundforschungsprojekte der Partner Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation ISP der FH-Erfurt, des Büros für Partizipation und Integration des Bezirksamts Reinickendorf sowie Aufwind e. V. zunächst auf der Bestandsanalyse und Förderung der Wohnraumintegration der Zielgruppe lag, erweiterte sich dieser mit dem Nachfolgeprojekt „Strategien und Instrumente des sozialen Zusammenlebens im Quartier zur Integration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen“ (StralnQ) (Fokusregion Märkisches Viertel). Im Ergebnis wurden Handlungsempfehlungen für Kommunen und Wohnungsunternehmen erarbeitet, um eine nachhaltige und kultursensible Transformation von Quartieren auf der Grundlage der

Förderung sozialen Zusammenhalts anzuregen. Die Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU war Kooperationspartner im Projekt. Im Oktober 2022 fand eine Abschlussveranstaltung/Fachtagung mit dem Titel „Soziales Zusammenleben im Quartier stärken - Kultursensible Räume, Teilhabe und Antidiskriminierung“ statt. Das Projekt StralnQ ist am 31.12.2022 geendet.

### **AHA! Ehap-Beratung in Reinickendorf**

Der EHAP - Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen hat zum Ziel, den sozialen Zusammenhalt und die soziale Eingliederung von armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen zu fördern. Das Bezirksamt Reinickendorf setzte in der zweiten Förderperiode des EHAP (01.01.2019-30.06.2022) mit den drei Trägern Horizonte gGmbH, Aufwind e. V. und Albatros gGmbH das Projekt „AHA! - Ehap-Beratung in Reinickendorf“ um. Ziel des Projekts war die Ansprache, (Orientierungs-)Beratung und Begleitung von besonders benachteiligten neuzugewanderten Unionsbürgern und Unionsbürgerinnen und deren Kinder im Vorschulalter bis zu 7 Jahren (Einzelziel A).

Die Träger boten im Projektverbund an 7 Standorten mit insgesamt 11 Mitarbeitenden, welche die besonders nachgefragten Sprachen abdecken (vor allem Bulgarisch, Rumänisch, Romanes, Türkisch), Orientierungsberatungen zu sozialen und existentiellen Themen wie z. B. Sprach- und Integrationskurse, Krankenversicherung, Wohnberatung, Frühe Bildung und Schule für neuzugewanderte Unionsbürger und Unionsbürgerinnen an.

Des Weiteren boten die Träger an verschiedenen niedrigschwellig zugänglichen Orten, wie z. B. Grund- und Oberschulen, Wohnheime und Wohnhäuser, dem Sozialraum, aufsuchende Beratungsangebote an. Das Angebot verzeichnete sehr hohe Erfolgsquoten in der Beratung und in der Vermittlung von Bildungsangeboten (Evaluation BMAS).

Der Projektzeitraum wurde bis zum 30.09.2022 verlängert und wurde vom 01.07.2022 - 30.09.2022 durch die damalige Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales finanziert. Das Projekt endete am 30.09.2022.

2019-2022	Ist: beratene Personen	Inanspruch- nahme mindestens eines Angebotes (Anzahl Personen)	Inanspruch- nahme mindestens eines Angebotes (in %)
Anzahl der neuzugewanderten Unionsbürger und Unionsbürgerinnen	398	379	95,23%
Anzahl Eltern/ Erziehungsberechtigte	2.244	2.218	98,84%
Anzahl Kinder bis 7 Jahre	1.974	1.970	99,80%

**Pilotprojekt Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (FEIN),  
Wohnbegleitung in Nachbarschaften (2021), Träger Aufwind e. V.**

Immer noch leben viele Familien aus Südosteuropa in prekären Wohnverhältnissen, die einer Integration entgegenstehen und freiwilliges Engagement sehr erschweren. Gesellschaftliche Isolation und vielfältige Benachteiligungen sind damit verbunden, kulturelle Stereotypen bleiben erhalten. Das Kernziel des Pilotprojekts war, dass diese Familien erreicht und in der nachbarschaftlichen Integration gestärkt werden, um somit das nachbarschaftliche Miteinander stetig zu

verbessern und die Familien wirksam in die Sozialstruktur des Quartiers zu integrieren. Zudem stand der Wohnungserhalt der Familien und eine gelungene Deeskalation bei Unstimmigkeiten/ Herausforderungen in den Nachbarschaften im Vordergrund. Die Eigeninitiative und die Unterstützung zur Selbsthilfe der Familien wurde gestärkt. Kooperationen und Vernetzungen mit bezirklichen Institutionen (unteranderem mit dem Jugendamt, SIBUZ, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Schulen und anderen Trägern) sorgen für eine nachhaltige Umsetzung des Projekts. Fokusregion war das Märkische Viertel in Kooperation mit der GESOBAU AG.

**Pilotprojekt Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften (FEIN), Beratung und Partizipation im Quartier (seit 01.07.2022), Träger Aufwind e. V.**

Die Zielgruppe des Projektes sind neu zugezogene Familien mit hohen Armutsrisko und multiplen Integrationsbarrieren aus Südosteuropa. Das Hauptziel des Projektes ist es, die Zielgruppe in den bestehenden Sozialraum zu integrieren, entstehenden Herausforderungen zu begegnen, die Kommunikationswege und Begegnungen innerhalb der Nachbarschaften zu stärken, um somit das nachbarschaftliche Miteinander und Zusammenleben stetig zu verbessern. Fokusregion ist in diesem Projekt der Ortsteil Reinickendorf-Ost.

**Mobile Hostelberatung, Träger Aufwind. e. V. und Horizonte gGmbH (Integrationsfonds)**

Im Rahmen des bezirklichen Integrationsfonds, welcher Teil des Gesamtkonzeptes für Integration und Partizipation Geflüchteter ist, etablierte das Bezirksamt Reinickendorf mit den Trägern Aufwind e. V. und Horizonte gGmbH die mobilen Hostelteams. Diese bieten niedrigschwellig Sozialarbeit von Menschen in ASOG-Einrichtungen sowie anderen Einrichtungen für von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen an. Neben dem größten Anteil von Geflüchteten, werden dabei auch Menschen aus Süd-/Osteuropa sowie mit Romahintergrund

beraten und in andere für die Zielgruppe spezifische Projekte weitervermittelt.

Es lässt sich feststellen, dass der Kontakt der Projekte und Angebote zu den bezirklichen Regelinstitutionen gesichert ist. Es besteht weiterhin ein hoher Unterstützungsbedarf für die Zielgruppen aufgrund stetiger Zuzugszahlen in den Bezirk, des knappen Wohnungsmarktes in Berlin und der dadurch oftmals verursachten unsicheren Lebensverhältnisse (bspw. ASOG-Unterbringung) sowie auch der nach wie vor bestehenden Diskriminierung der Zielgruppe (für weitere Informationen Bericht Dosta Dokumentationsstelle Antiziganismus von Amaro Foro sowie der Jahresberichte 2021/22 Reinickendorfer Registers). Dies lässt sich z. B. an der hohen Anzahl von Beratungseinheiten erkennen. Die Corona Pandemie hat aufgezeigt, dass in vielen Bereichen neue Probleme/ Herausforderungen kurzfristig entstehen und die Situation der Zielgruppe weiter verschärfen können. Daher ist es wichtig, bestehende Strukturen/ Netzwerke weiter zu pflegen und auszubauen.

## **Zu 2.:**

Wir als Büro für Partizipation und Integration des Bezirksamtes Reinickendorf sehen unter anderem folgende Herausforderungen für die Sicherstellung des Zugangs zu den bezirklichen Regelstrukturen für die Zielgruppen des Aktionsplans:

- Durch einen stetig wachsenden Zuzug aus südosteuropäischen Ländern, steigt die Bedeutung und Relevanz, die Zugänge in bezirkliche Regelinstitutionen für die Zielgruppe weiterhin zu ermöglichen und auszubauen,
- Berücksichtigung von Diskriminierungserfahrungen der Zielgruppe und ihrer Folgen für die Personen selbst und der Arbeit mit ihnen,
- ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen der Zielgruppe,
- ein hoher und stetig steigender Bedarf für den Einsatz von Sprach- und Kulturmittler/innen

- erschwerter Zugang zu bezahlbaren Wohnraum.

Welche Maßnahmen ergriffen wurden, können Sie in der Antwort zu Frage 1 entnehmen.

### **Zu 3.:**

Es finden im Bezirk Reinickendorf seit einigen Jahren regelmäßig verschiedene Veranstaltungen zur genannten Thematik Antiziganismus statt. Diese sind jedoch freiwillige Angebote und werden oftmals von an der Thematik interessierten Personen wahrgenommen.

Verwaltungsmitarbeitende, die in diesem Themengebiet noch nicht über genügend Fachwissen verfügen und mit der Thematik bisher noch wenig Berührungspunkte hatten, werden zum großen Teil leider nicht erreicht. Hier muss die Bewerbung und Ansprache zu diesen Veranstaltungen künftig angepasst werden.

Zudem finden kontinuierliche Austauschtreffen zwischen den Trägern, den Fachabteilungen und dem Büro für Partizipation und Integration statt.

### **Spandau**

#### **Zu 1.:**

Die Einbindung der Träger erfolgt durch die Schaffung und Entwicklung stabiler Netzwerkbündnisse, die zum einen durch Vorstellung bzw. Austausch und Vereinbarungen der Trägerinnen und Träger und ihrer Arbeitsinhalte in diversen bezirklichen Runden, wie z. B. in der Arbeitsgemeinschaft § 78 SGB VIII (Jugend), im Partizipationsbeirat, im Partizipationsausschuss, Sozialausschuss, in den Schulleiterrunden, im Willkommen im Arbeit Büro, und auch in unterschiedlichen Fachämtern, wie z. B. Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt (KJGD), Standesamt etc., aber auch im Job Center vollzogen wird. Zum anderen durch Erweiterung des Fachkräftenetzwerkes entstehen gefestigte Kooperation zwischen den Beteiligten Trägerinnen und den Fachkräften aus den bezirklichen Regelstrukturen. So wird gewährleistet, dass fast alle Hilfesuchenden auch adäquate Hilfe durch die Regelstrukturen erhalten, die sich hauptsächlich an der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, der

Teilhabe an Kinder- und Jugendsozialarbeit, dem Zugang zum bezirklichen Jugendamt, dem Zugang zu Dienstleistungen des Sozialamtes und dem Zugang zu den Dienstleistungen des Gesundheitsamtes (KJGD) orientieren.

Die RAA kooperiert mit Amaro Foro e.V. und auch Südost Europa Kultur e. V., Die Einbindung aller drei Trägerinnen in diversen Runden des Bezirkes (AG 78, AG Kinderschutz, Schulleiterrunden, Beiräte und Ausschüsse) führt zu einer adäquaten Beratung und Vermittlung der Zielgruppe, genauso wie Erkenntnisse zu aktuellen Entwicklungen bezüglich der Problemlagen der Zielgruppe aus dem Aktionsplan.

### **Zu 2.:**

Zur Sicherstellung des Zugangs zu den bezirklichen Regelstrukturen insbesondere beim Thema Wohnen wird durch den bezirklichen Integrationsfonds u. a. das große Projekt „Gemeinsam unter einem Dach“ gefördert. Dies beinhaltet eine Sozialberatung, die sich an geflüchtete und zugewanderte Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, richtet.

Das Projekt unterstützt Menschen in prekären Wohnverhältnissen, u. a. auch Rom\*nja, aber auch Personen aus dem europäischen Ausland, denen das Angebot damit zugänglich gemacht wird. Die Berater werden bei Bedarf durch die bezirklichen Integrationslots\*innen in den Sprachen Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch, Serbisch, Kroatisch und Bosnisch unterstützt. So wird gewährleistet, dass die Zielgruppe auch in ihrem Hilfesuchen adäquat und kultursensibel angesprochen werden kann.

Themen der Beratung sind unter anderem:

- Wohnungssuche und -bewerbung, Ausfüllen von Formularen, Sprachliche Weiterentwicklung, Familie und Freizeit, Kommunikation mit Behörden (Sozialamt, Job Center etc.), Gesundheit

Angeboten wird:

- Beratung zur Wohnungssuche
- (Verweis-)Beratung und Vermittlung zu Angeboten im Bezirk Spandau

- Hilfe bei der Kontaktaufnahme und Vereinbarung von Terminen
- Begleitung zu Behörden und Einrichtungen
- Unterstützung in der Kommunikation mit Behörden
- Unterstützung bei Anträgen und Formularen

Die Anlaufstelle vermittelt auch in diesem Bereich die Zielgruppe bei Bedarf zu den passenden bezirklichen Angeboten in enger Kooperation mit dem bezirklichen Partizipationsbeauftragten. Alle Spandauer Regelstrukturangebote stehen der Zielgruppe zur Verfügung. Diverse Trägerinnen, Initiativen, Institutionen und/oder Einzelpersonen sorgen für eine fundierte Beratung und bei Bedarf auch Vermittlung an andere (zuständige) Stellen. Dabei ist zu beobachten, dass mehr Akzeptanz aller Beteiligten untereinander durch Angebote, die für alle offen sind, entsteht. Zusätzliche Angebote explizit für die Zielgruppe wirken in Teilen stigmatisierend.

Die RAA kooperiert mit dem bezirklichen Willkommen in Arbeit Büro so dass bei Bedarf eine direkte Überleitung der Zielgruppe aus dem AP in das WiA Büro stattfindet. Im WiA-Büro kommen die Kompetenzen verschiedener Akteure zusammen, indem Mobile Bildungsberatende, Mobile Jobberatende, Jobcoaches, Jobvermittlung und Migrationsberatung die Ratsuchenden bei der Gestaltung ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn unterstützen. Sie stellen wichtige Informationen zur Verfügung und geben Hilfestellungen für die Umsetzung beruflicher Ziele.

Die Beratenden im WiA-Büro Spandau ermitteln Qualifikationen und Kompetenzen, zeigen Wege in Bildung oder in den Arbeitsmarkt auf und vermitteln passende Angebote. Sie beraten z. B. zu Bewerbungsprozessen (wie Anschreiben und Lebenslauf), Weiter- oder Ausbildungen, der Jobsuche, Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und vielen weiteren Themen.

Die Beratung im WiA-Büro erfolgt in vielen Sprachen (Russisch, Bulgarisch, Serbisch, Bosnisch, Kroatisch) unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland. Abschließend bleibt festzustellen,

dass alle bezirklichen Beratungs- und Unterstützungsangebote keinen Personenkreis ausschließen, vielmehr werden alle Hilfesuchenden durch alle Trägerinnen beraten oder je nach Bedarfslage passend weitervermittelt.

Es gibt eine Kooperation mit dem Schulmediationsträger RAA (Schulmediation) und Südosteuropa Kultur e. V.

Der Träger Südost Europa e. V. wird durch den bezirklichen Haushalt gefördert. Sein Projekt nennt sich "Aufsuchende Sozialarbeit und Sprachmittlung für Familien aus Südosteuropa" im QM-Gebiet Heerstr. Nord, bzw. Grundschulkindern/ Familien mit Multiproblemlagen

Dieses Projekt hat einen aufsuchenden Charakter und ist und insbesondere im Bereich Heerstraße Nord verortet. An diesem Ort herrscht ein hoher Bedarf an Beratung für Sinti\*zze und Rom\*nja. Es werden hauptsächlich die Sprachen Bulgarisch, Rumänisch, Serbisch, Kroatisch und Bosnisch gesprochen.

Durch das Projekt wird der Zugang zum Jugendamt (Familienhilfe, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren SIBUZ u. a.) sichergestellt, aber auch zu allen anderen Regeldiensten. Die RAA wiederum stellt sicher, dass bei gewissen Problemlagen die Familien an Südost Europa Kultur e. V. angebunden werden. Zielgruppe sind eher Kinder und Jugendliche, die stark schuldistanziert und/oder delinquent sind.

### **Zu 3.:**

Als größte Herausforderung kann man durchaus die freiwillige Teilnahme an den Schulungen, Fortbildungen und Workshops zum diesem Themenkomplex benennen. Aufgrund einer Vielzahl von unbesetzten Stellen und der daraus resultierenden enormen Arbeitsverdichtung in den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes sind viele Mitarbeiter\*innen kaum in der Lage zusätzliche Termine wahrzunehmen, daher werden die Angebote eher weniger angenommen. Eine verpflichtende Teilnahme wäre hier indiziert parallel zu den Schulungen

aus dem PartMigG zur migrationsgesellschaftlichen Kompetenz als Teil von Diversity Kompetenz.

DOSTA! als Dokumentationsstelle für antiziganistische Vorfälle wurde im Intranet für alle Bezirksamtsmitarbeiter\*innen bekannt gemacht. Der Beauftragte für Partizipation und Integration ist Ansprechpartner für alle Verwaltungsmitarbeiter\*innen aber auch für alle externen Personen, die z. B. Fälle oder auch amtsinterne Konflikte aufgrund Ihrer Herkunft melden (Ausübung der Ombudsfunction).

Für 2023 sind Schulungen bzw. Workshops geplant, die u. a. von Amaro Foro durchgeführt werden. Dabei geht es u. a. auch um die Wahrnehmung des eigenen Selbstbildes, aber auch im diversitätsorientierte Organisationsentwicklung gem. PartMigG. In Absprache mit dem Träger wird allen Mitarbeitenden der Verwaltung das Angebot unterbreitet. Dabei geht es insbesondere um die Teilnahme von Leitungskräften aber auch um Schlüsselpersonen aus den Bereichen: Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt (KJGD), Schulamt, Bürgeramt, Standesamt etc.

Zusätzliche Teilmaßnahmen:

Ferner kooperiert die GIZ gGmbH mit dem bezirklichen Standesamt (es fand bereits ein gemeinsamer Fachtag statt) u. a. zu den Themen Geburtsurkundenausstellung etc. GIZ bietet 16 verschiedene Sprachen an u. a. auch die der Zielgruppen: Bulgarisch, Serbisch, Bosnisch, Deutsch und Polnisch. Das Standesamt hat auf seinen Schreiben/Formularen den Verweis auf die hiesigen Integrationslotsinnen und -lotsen, so dass diese bei Unklarheiten bzw. offenen Fragen adäquate Unterstützung erhalten. Dies führt in einigen Fällen auch dazu, dass die Hilfesuchenden direkt durch die Integrationslotsinnen zum Termin beim Standesamt begleitet werden. Die Zielgruppe nutzt diese Angebote in Teilen.

GIZ bot in der Vergangenheit an einem festen Tag in der Woche auch eine Sprechstunde im Job Center an, u. a. in Bulgarisch, Serbisch, Kroatisch und Bosnisch. Durch die Pandemie fanden die Sprechstunden nicht mehr statt. Es gab bereits Gespräche mit dem JC mit dem Ziel diese Stunden wieder zu implementieren.

Sozialamt: Die Integrationslotsinnen und -lotsen bei der GIZ gGmbH kooperieren u. a. auch mit dem Sozialamt, dort kommen auch Menschen die dem Personenkreis der Sinti\*zze und Romn\*nja zuzuordnen sind, um sich beraten zu lassen. Durch die Kooperation von Amaro Foro mit GIZ wird der Zugang zu Dienstleistungen des Sozialamtes gewährleistet.

### **Steglitz-Zehlendorf**

**Zu 1., 2. und 3.:** Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wird im Rahmen des bezirksorientierten Programms vom Träger Phinove e. V. das Projekt „Sprachmittlung an Schulen“ umgesetzt. Die Anlaufstelle des Trägers Amaro Foro e. V. in Charlottenburg-Wilmersdorf führt Sozialberatungen für Ratsuchende aus Steglitz-Zehlendorf durch. Die Bekanntmachung der Angebote erfolgt bspw. durch Vorstellung der Maßnahmen und Träger bei den Regeldiensten und in bezirklichen Austauschrunden sowie über die Webseite und den Newsletter des Integrationsbüros und die Weiterleitung von Informationsmaterial an relevante Stellen. Das Integrationsbüro steht im Austausch mit den Unterstützungsangeboten, um die Maßnahmen zu begleiten und bei Bedarf von Bezirksamt-Seite zu unterstützen.

Mitarbeitende des Integrationsbüros sowie anderer Stellen im Bezirksamt (z. B. Koordinatorin für Flüchtlingshilfen im Jugendamt) informieren Kolleg\*innen im öffentlichen Dienst, Kooperationspartner\*innen sowie Mitarbeitende der Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose im Bezirk über die laufenden Projekte. Die Angebote des Projektes „Sprachmittlung an Schulen“ werden bspw. bei der vorschulischen Untersuchung, im Rahmen von Schulkonferenzen, Elterngesprächen oder Gesprächen mit Eltern und Kindern genutzt. Ratsuchenden werden an die Beratungsstelle von Amaro Foro verwiesen, um bei der Anbindung an Regeldienste Unterstützung zu erhalten oder weitergehende Beratung zu ermöglichen. Der Bekanntheitsgrad der Maßnahmen – innerhalb und außerhalb der Verwaltung – soll weiter gesteigert werden und die Kooperation mit den Regeldiensten ausgebaut werden.

Hinsichtlich des Zugangs ausländischer Roma zu den bezirklichen Regelstrukturen, bspw. zu den Dienstleistungen von Gesundheits-, Schul-

und Sport-, Jugend- und Sozialamt können als potenzielle Hürden u. a. die folgenden genannt werden:

- sprachliche und schriftsprachliche Barrieren/fehlende Sprachmittlung
- Skepsis im Umgang mit Behörden/fehlende Erfahrungen im Umgang mit deutschen Behörden
- bürokratische Hürden
- Personen sind teilweise nicht ortsstabil/häufige Umzüge/prekäre Wohnverhältnisse
- geringe Schul- und Ausbildungserfahrung

Kultursensible und sprachlich spezialisierte Träger und Migrant\*innenselbstorganisationen können hier eine wichtige Unterstützung zur Senkung von Zugangsbarrieren sein und Beratung bzw. sozialpädagogische Unterstützung in den jeweiligen Herkunftssprachen anbieten (z. B. Begleitung zu Terminen, Erklärung und Vermittlung von Angeboten der Regelstrukturen). Neben den Trägern des bezirksorientierten Programmes bestehen Kontakte zu weiteren spezialisierten Beratungsstellen in Berlin.

Das Zentrum für Familienplanung bietet einmal wöchentlich eine rumänisch/ungarische Sprachmittlung vor Ort; in der Vergangenheit gab es ein regelmäßiges Sprachmittlungsangebot auf Rumänisch bei der bezirklichen Sozialen Wohnhilfe. Die Zielgruppe kommt allerdings nur zum Teil bei diesen Angeboten an. Es besteht im Bezirk aktuell ein nicht gedeckter Bedarf an niedrigschwelligem Beratungsangeboten – mobil und aufsuchend – um die Zielgruppe in ihrer Muttersprache ansprechen und begleiten zu können. Im Team der bezirklichen Integrationslots\*innen können Ratsuchende in den Sprachen Bulgarisch und Russisch unterstützt werden, keine der Lot\*sinnen spricht zum aktuellen Zeitpunkt jedoch Rumänisch/Romanes. Von 2020 bis 2022 war in Steglitz-Zehlendorf eine rumänischsprachige Lotsin tätig, die Sprachmittlung und Begleitung

außerhalb des Schulkontextes wahrnehmen konnte. Trotz großer Bemühungen konnte hier leider kein Ersatz gefunden werden.

Einige Mitarbeitende des Bezirksamts waren zu Fortbildungen bei verschiedenen Anbietern zum Thema Antiziganismus und haben im Team darüber berichtet. Eine regelmäßige und strukturierte Information über bestehende Fortbildungsmöglichkeiten der im Bezirksamt Beschäftigten durch das Integrationsbüro und die gezielte Ansprache von Führungskräften an relevanten Stellen ist geplant. Aktuell ist die Stelle der bezirklichen Koordination der Umsetzung des Aktionsplans, die im Integrationsbüro angesiedelt ist, unbesetzt. Nach Wiederbesetzung (im Laufe des Jahres 2023) soll erneut eine Bedarfserhebung der Zielgruppe des Aktionsplans im Bezirk ins Auge gefasst werden. Es ist geplant, einen bezirksamtsinternen „Runden Tisch/AG“ einzuberufen. So sollen die Bedarfe an den verschiedenen Stellen, die im Kontakt mit der Zielgruppe des Aktionsplans sind (bspw. Gesundheits- und Ordnungsamt, Schulamt, KJGD, SIBUZ, Amt für Soziales etc.), erfasst werden und bedarfsorientiert Themenfelder und Herausforderungen beim Zugang zu den Regeldiensten vertieft und bearbeitet werden.

### **Tempelhof-Schöneberg**

#### **Zu 1.:**

Die Leistungen des Gesundheitsamtes sind niedrigschwellig und gerade grundsätzlich nicht an die Nachweise der Zugehörigkeit zu bestimmten Zielgruppen des Aktionsplanes gebunden. Das Gesundheitsamt bietet freie Sprechstunden und unterstützt natürlich, wenn im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern oder aufsuchend z. B. im Rahmen der Ersthausbesuche Bedarfe aus dem Aktionsplan erkannt werden.

Regelmäßig werden Leistungen aus dem Aktionsplan zum Impfen abgerufen, wenn die Zielgruppe betroffen ist. Die o.g. Träger sind bekannt und werden im Einzelfall angefragt bzw. wird auf die Träger hingewiesen.

Grundsätzlich stehen die Angebote im Bezirk allen Kindern, Jugendlichen und Familien unabhängig von ihrer Herkunft oder Nationalität zur

Verfügung. Alle Angebote sind offen für eine Zusammenarbeit mit den im Aktionsplan benannten Trägern.

Aktuell ist eine Zusammenarbeit mit diesen beispielhaft genannten Trägern nicht bekannt. Die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Großbeerenerstraße arbeitet mit dem Träger Hildegard-Lagrenne-Stiftung (für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti\*zze und Rom\*nja in Deutschland <https://lagrenne-stiftung.de/>) zusammen. In der GU Großbeerenerstr wohnen derzeit ca. 130 Rom\*nja aus der Republik Moldau, aber auch teilweise in den anderen GU's in Tempelhof und Mariendorf. Für diese besteht jedoch oft keine Bleibeperspektive, da sie mit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine eine Grenzübertrittsberechtigung erhalten haben und somit eine Duldung bis zum 31.03.2023.

Eine der in diesen Stadtteilen tätigen Stadtteilmütter ist Romnja und wird z. B. gerne von der Paul-Simmel-Grundschule angefragt, wenn es um Unterstützungsbedarf für Rom\*nja-Familien geht.

Die Zusammenarbeit mit dem Träger Südosteuropa erfolgt bei Bedarf z. B. in Form von Familien- oder Einzelfallhilfe. Aktuell sind keine ambulanten Leistungen angefragt.

Die Arbeit mit ausländischen Rom\*nja wird in Schöneberger Norden primär im Rahmen der Straßensozialarbeit im Fuggerkiez geleistet. Es besteht ein enger Kontakt mit den jungen Menschen (hauptsächlich Jungs und jungen Männern). Die jungen Menschen werden an naheliegende offene Jugendfreizeiteinrichtungen oder Beratungsstellen (z. B. „Hilfe für Jungs“) vermittelt und Zugänge gegeben. Der Träger Outreach geht in diesem Stadtteil in den Kontakt mit Anwohnenden, um Antiziganismus abzubauen. Mögliche Barrieren beim Zugang zu Hilfeangeboten werden durch entsprechende Dolmetscher\*innen minimiert.

Ausländische Rom\*nja sind im Süden des Bezirks stark vertreten. Mit den genannten Trägern und Rumänisch e. V. gibt es in Lichtenrade und Marienfelde im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (HzE) vor allem im ambulanten Bereich gute Erfahrungen. Es gibt darüber hinaus auch

andere Träger, die über Fachkräfte mit entsprechenden Sprachkenntnissen verfügen und in Einzelfällen in den Familien eingesetzt werden. Insbesondere um die Teilhabe an der Kinder- und Jugendsozialarbeit bemühen sich im Bezirk die Träger Phinove e. V., Amaro Foro e. V. und Südosteuropa Kultur e. V. In den strukturierten Besprechungen dieses Arbeitsgebietes sind diese Träger allerdings nicht regelhaft Bestandteil, sondern wurden bislang partiell bei entsprechenden Fragestellungen kontaktiert. Dieser Träger sind für die derzeitige Planung einer diesbezüglichen Fachveranstaltung vorgesehen.

**Zu 2.:**

Die medizinischen Leistungen, wie Zuzugsuntersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen sowie das Erreichen eines möglichst vollständigen Impfschutzes sind die Schwerpunkte des Gesundheitsamtes, aber auch die medizinische, sozialpädagogische und therapeutische Unterstützung von Kindern mit Behinderungen (Versorgung mit Hilfsmitteln etc.).

× Antwort Jugendamt:

Herausforderungen bestehen darin,

- × die Angebote in verschiedenen Sprachen bekannt zu machen bzw. auf andere Weise Kinder, Jugendliche und Eltern hierüber angemessen zu informieren
- × grundsätzlich mit den sehr engen Familienkontexten in Kontakt zu kommen und zu arbeiten.

Erfahrungen sind: Sehr häufig erreichen wir die Familien nicht bzw. sie lassen nur wenig Zugangsmöglichkeiten zu, der häufige Wohnortwechsel trägt nicht dazu bei, den Familien konstante Hilfe anbieten zu können. Oft nutzen die Familien ihre familiären Ressourcen, um Probleme zu lösen.

Auch eine Begleitung durch die Fachkräfte zu Beginn führt selten zu einer regelmäßigen und selbständigen Teilnahme an stationären offenen Angeboten der Kinder- und Jugendsozialarbeit.

Ein Zugang in HzE ist ebenfalls nur ganz niedrigschwellig möglich. Problemlagen liegen meistens im schulischen und psychosozialen Bereich.

### **Zu 3.:**

Die Sensibilisierung für Antiziganismus gehört - wie für alle Formen des antidiskriminierenden Agierens der Mitarbeiter\_innen des Gesundheitsamtes - zum Standard. Entsprechende Fortbildungen werden beworben und auch von den Mitarbeitenden besucht. Dies ist weiter ausbaufähig.

Die Herausforderungen zur Sensibilisierung gegenüber Antiziganismus der Mitarbeiterschaft beziehen sich im Bereich der Kindertagesbetreuung des Jugendamtes vorwiegend auf eine kultursensible Ausgestaltung der Verwaltungsverfahren in Sachen Kita-Gutschein, Hortbetreuung und Kindertagespflege. Diese Angelegenheiten werden fast ausschließlich schriftlich in einem hoch standardisierten und somit persönlich eher kontaktarmen Verfahren durchgeführt, sodass sich kaum konkrete Anknüpfungspunkte zu dieser Frage ergeben.

Sämtlichen Mitarbeitenden stehen dennoch über die täglich geübte Praxis einer adressaten-gerechten Kommunikation hinaus auch umfangreiche Fortbildungsprogramme, z. B. über die VAK, zur Verfestigung interkultureller Kompetenzen zur Verfügung.

Herausforderungen sprachlicher Natur begegnet wird mit dem Einsatz von Sprachmittler\_innen oder Dolmetscher\_innen.

Die kultursensible Arbeit mit Familien, die gelebte Gesprächskultur und die eigene professionelle Haltung ist immer wieder Thema in allen Bereichen des RSD und der Regionen. Hilfreich sind Schulungen zum Thema interkulturelles Training, die z. B. das Erkennen von unbewussten Vorurteilen (Thema Selbstreflexion) thematisieren. Die Führungskräfte verfügen und entwickeln eine Rassismus kritische Expertise. Hierzu erfolgen Fortbildungen für Führungskräfte und Mitarbeitende. Allerdings wurde zum Thema Antiziganismus in den letzten 2 Jahren keine spezielle Schulung durchgeführt.

Bei Einstellungen von Mitarbeitenden im RSD, in der Sozialraumkoordination oder im Familienservicebüro wird grundsätzlich auf eine sprachliche und kulturelle Vielfalt als Auswahlkriterium geachtet.

Im RSD werden die Familien meistens durch Kinderschutzmeldungen bekannt. Die Familien sind auch hierbei gegenüber dem RSD skeptisch. Es braucht viel Sensibilität und Geduld von Kolleg\_innen, um überhaupt einen Einblick in die familiären Strukturen zu erhalten. Fragen wie: „Welche Mutter hat welches Kind?“ müssen jedoch geklärt werden (Sorgerechtsklärung). In Schöneberg ist eine gute Zusammenarbeit mit den Trägern Süd-Ost und Amaro Foro e. V. seit Jahren etabliert. Diese Träger versuchen, mit ambulanter Jugendhilfe Familien zu unterstützen, so gut und so lange dies möglich ist. Dies findet zum Teil seine Grenzen in der Verweildauer an einem Ort, der Geschlossenheit von Großfamilien oder einer Art „Scheinkooperation“. Daher sind Unterstützungsangebote oft nicht nachhaltig.

Die Einrichtungen der Jugendarbeit im Bezirk sind grundsätzlich für alle Zielgruppen offen - das schließt selbstverständlich die Gruppe der Rom\*nja explizit ein. Voraussetzung zur Teilhabe der Zielgruppe ist jedoch in erster Linie die Kenntnis von Angeboten der sozialen Infrastruktur. So müssen zukünftig Angebote der Jugendarbeit noch sichtbarer werden und Informationen auch in verschiedenen Sprachen vorgehalten und verteilt werden. Die in den Einrichtungen der Jugendarbeit vorgehaltenen Angebote müssen den Wünschen und Bedarfen der möglichen Zielgruppe entsprechen. In der regionalen Netzwerkarbeit und in der Jugendsozialarbeit erscheint es notwendig, in den Communities die Rechte von Kindern deutlicher zu kommunizieren, um in den Familien eine Akzeptanz für eine Kinder- und Jugendfreizeitarbeit zu vermitteln. Auf der Ebene der Mitarbeitenden ist es notwendig, auch weiterhin Fachveranstaltungen zur Sensibilisierung dieser Zielgruppe durchzuführen und in den regelhaften Besprechungen aktiv das Thema Antiziganismus zu platzieren.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe CrossKultur, koordiniert durch den Fachbereich Kunst, Kultur, Museen und der Beauftragten für Partizipation

und Integration, ist das Thema Antiziganismus schon des Öfteren thematisiert worden. Diese und auch andere Angebote, die z. B. auch in Kooperation des Ehrenamtsbüros und der Beauftragten für Partizipation und Integration stattgefunden haben, haben sich aber nicht nur an Mitarbeitende der Verwaltung gerichtet, sondern auch an andere Interessierte

### **Treptow-Köpenick**

#### **Zu 1.:**

In Treptow-Köpenick sind in dem Themenfeld u. a. Amaro Foro e. V. sowie Südost e. V. tätig. Beide Träger sind in unserem großen Bezirklichen Verteiler des Netzwerks für Integration sowie der AG der Beratungsstellen im Bezirk und nehmen regelmäßig an den unterschiedlichen Austausch- und Vernetzungsrunden teil.

Bei individuellen Themenstellungen z. B. zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit sowie dem Kontakt zu den verschiedenen Ämtern fungiert das Bezirkliche Integrationsbüro als Schnittstelle und Vermittlerin.

#### **Zu 2.:**

Der Zugang zu den Bezirklichen Regelstrukturen für die Zielgruppen des Aktionsplans klappt unterschiedlich. Teilweise sind Interventionen durch die Träger und das Integrationsbüro erforderlich.

#### **Zu 3.:**

In der Vergangenheit haben bereits Workshops mit Kolleg\*innen des Sozialamts sowie des Ordnungsamts stattgefunden. Diese liegen aber einige Zeit zurück. In Rücksprache mit dem Träger Amaro Foro würden wir gern zeitnah ein neues Schulungsangebot für die Verwaltung anbieten.

## **Mittelbindung 2021-2022**

Über den Mittelabfluss im Rahmen des Aktionsplans 2014-2020 wurde bereits berichtet (Rote Nummern 1142 C, 1142 C-1, 0191 F und 0008 A). Nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Mittelbindung der federführend für die Umsetzung des Aktionsplans der für Integration zuständigen Senatsverwaltung im Jahr 2021, 2022/23.

Eine vollständige Darstellung der Mittelbindung bis 2023 erfolgt mit dem Bericht für 2023/2024. Die Tabelle schlüsselt die Umsetzung der Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2021 und für die Haushaltsjahre 2022/23 mit den beantragten zusätzlich zur Verfügung gestellten Fördermitteln des BMAS aus dem EHAP auf. Diese Mittel werden flankierend zur Umsetzung des Aktionsplans eingesetzt.

## Mittelbindung der Abteilung I der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Jahr 2021 und 2022

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Mobile Anlaufstelle	Amaro Foro e.V.	Erstberatung zu allgemeinen Fragen des Aufenthalts Vermittlungsberatung zu den Angeboten der Regeldienste einschl. Integrationskurse; Sensibilisierung und Aufklärung der lokalen Öffentlichkeit für die Probleme der ankommenden Roma-Familien in den Bezirken: Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow, Tempelhof-Schöneberg,	100.686,88  davon für Projekt: 86.892,73  Kofi für EHAP: 13.794,15	104.000,00  davon für Projekt: 97.102,93  Kofi für EHAP: 6.897,07  Kofi EHAP Plus: 5.001,02	179.000,00  davon für Projekt: 154.677,44  Kofi für EHAP Plus: 24.322,56	EHAP*  1. Förderperiode 2016-2018 2. Förderperiode 2019-2020 EHAP Restmittel-finanzierung 2021-06/2022 (Kofi SenIAS) **EHAP Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP-)

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		Treptow-Köpenick, Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf				Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle) Neue Förderung EhAP Plus*** Finanzierung 10/2022-09/2026 (Kofin SenIAS)
Mobile Anlaufstelle	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.	Erstberatung zu allgemeinen Fragen des Aufenthalts Vermittlungsberatung zu den Angeboten der Regel-dienste einschl. Integrationskurse; Sensibilisierung und Aufklärung der lokalen Öffentlichkeit für die	315.658,19 Davon Auf- stockung wegen Wegfall der EHAP Förderung: 215.658,19	153.000,00 Auf- stockung aus Aktionsplan für 1. HJ 2022: 60.000,00	0	**EHAP Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letzmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP- Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle)

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		<p>Probleme der ankommenden Roma-Familien in den Bezirken: Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Mitte. Eine Zuständigkeitsregelung für den Bezirk Lichtenberg und Neukölln ist mit der IntB und der EU-B in 2018 abgestimmt worden.</p>				<p>Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. hat keinen Förderantrag für das Jahr 2023 im Aktionsplan gestellt</p>
Bezirksorientiertes Programm (BoP)						
Friedrichshain-Kreuzberg	RAA e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung	50.101,11	50.101,11	50.101,11	EHAP* 1. Förderperiode 2016-2018

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)				2. Förderperiode 2019-2020 Träger: Diakonisches Werk / RAA EHAP-Restmittel 2021-1.HJ 2022 EHAP** Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP-Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle)

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Lichtenberg	Südost Europa Kultur e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	25.541,39	25.541,39	25.541,39	EHAP* 1. Förderperiode 2016-2018 2. Förderperiode 2019-2020 Träger: Südost Europa Kultur e.V. EHAP-Restmittel 2021-1.HJ 2022 EHAP** Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP-)

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
						Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle) Gemäß Stellungnahme BA Lichtenberg
Marzahn-Hellersdorf		Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	51.743,06	51.743,06	51.743,06	
	Caritas e.V.		24.878,06	24.878,06	0	Gemäß Stellungnahme BA Marzahn-Hellersdorf
	Babel e.V.		26.865,00	26.865,00	51.743,06	Gemäß Stellungnahme BA Marzahn-Hellersdorf

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Mitte		Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	84.545,42	82.239,79	82.239,79	EHAP* 1. Förderperiode 2016-2018 2. Förderperiode 2019-2020 Träger: Berliner Stadtmission KLIK e.V. Kulturen im Kiez e.V. Die Wille gGmbH EHAP-Restmittel 2021-1.HJ 2022 EHAP** Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
						Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP- Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle)
	Die Wille gGmbH		3.626,65	1.637,35	0	Kofin - EHAP
	Kulturen im Kiez e.V.		12.659,10	6.329,54	0	Kofin - EHAP
	Zirkus Internationale e.V.		40.461,44	40.461,44	56.747,19	Gemäß Stellungnahme BA Mitte
	Mingru Jipen e.V.		25.492,60	25.492,60	25.492,60	Gemäß Stellungnahme BA Mitte

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Neukölln		Ziel A) Förderung von motivierten und leistungsstarken Schüler/innen im Übergang von Grundschule zu Oberschule sowie von der Oberschule zur beruflichen Bildung im Rahmen eines professionellen, für beide Parteien verbindlichen Mentoringprojektes mit einer ganzheitlichen Betrachtung der Familie. Übergeordnetes Ziel - Aufbau von	104.114,40	104.114,40	104.114,40	EHAP* 1. Förderperiode 2016-2018 2. Förderperiode 2010-2020 Träger: Bezirksamt Neukölln EHAP** Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP-Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle)

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		<p>Rollenvorbildern und Förderung der Teilhabe am Arbeitsmarkt/beruflicher Bildung für die Zielgruppen - Jugendlicher und deren Familie</p> <p>Ziel B) Förderung der Heranführung und Motivation von jungen Heranwachsenden, an die weiterführenden Qualifizierung- und Bildungsangebote wie z. B. Ausbildung in Sicht, Angebote der</p>				

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		Jugendberatungsagentur usw. Modellprojekt der niedrigschwlligen Anbindung zu weiterführenden Bausteinen auf den Bausteinen auf den Berufsbildungsweg für die Zielgruppen - Jugendlicher und deren Familie				
	AspE e.V.	Umsetzung des Ziels A in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht	32.844,21	33.960,32	33.960,32	Gemäß Stellungnahme BA Neukölln

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
	Nachbarschaftsheim e.V.	Umsetzung des Ziels A in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht	32.792,02	32.868,58	32.868,58	Gemäß Stellungnahme BA Neukölln
	Taschen-geldfirma e.V.	Umsetzung des Ziels B in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Jugendberufsagentur, ESF-Trägern	32.074,74	37.285,50	37.285,50	Gemäß Stellungnahme BA Neukölln
Reinickendorf	Aufwind e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	69.705,74	69.705,74	69.705,74	Gemäß Stellungnahme BA Reinickendorf EHAP* 1. Förderjahre 2016-2018 2. Förderperiode 2019-2020 Träger:

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
						Bezirksamt Reinickendorf EHAP-Restmittel 2021-1.HJ 2022 EHAP** Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 (ehem. EHAP- Projekt siehe Aufstellung am Ende der Tabelle)
Tempelhof-Schöneberg	Phinove e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung	25.000,00	25.000,00	25.000,00	Gemäß Stellungnahme BA Tempelhof-Schöneberg

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)				
Treptow-Köpenick	Amaro Foro e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	32.749,25	0	0	Gemäß Stellungnahme BA Treptow-Köpenick
	Südost Europa Kultur e.V.		0	36.500,00	36.500,00	Abgestimmter Trägerwechsel mit dem PartIntB des Bezirks ab 2022
Spandau	Amaro Foro e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur	23.459,97	0	0	Gemäß Stellungnahme BA Spandau

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)				
	RAA e.V.		0	25.000,00	25.000,00	Abgestimmter Trägerwechsel mit dem PartIntB des Bezirks ab 2022
Steglitz-Zehlendorf	Amaro Foro e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	23.339,48	0	0	Gemäß Stellungnahme BA Steglitz-Zehlendorf
	Phinove e.V.		0	25.000,00	25.000,00	Abgestimmter Trägerwechsel mit dem PartIntB des Bezirks ab 2022

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Charlottenburg-Wilmersdorf	Amaro Foro e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	21.551,09	0	0	Gemäß Stellungnahme BA Charlottenburg-Wilmersdorf
	Phinove e.V.		0	25.000,00	25.000,00	Abgestimmter Trägerwechsel mit dem PartIntB des Bezirks ab 2022
Pankow	RAA e.V.	Sprachmittlung an Schulen (Altersgruppe 6-19) und Verweisberatung zur Arbeitsmarktintegration (Altersgruppe 16-27)	13.272,94	25.000,00	25.000,00	Gemäß Stellungnahme BA Pankow

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
Community Building						
Berlinweit		Community-Building	120.000,00	120.000,00	120.000,00	
	RIC e.V.	Stärkung der Roma-Selbstorganisationen Berlins und Aufbau eines Netzwerks	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Gemäß IBV 2020
	RomaTrial e.V.	BARE Berlin - Bündnis gegen Antiziganismus und für Roma*-Empowerment Berlin	50.000,00	50.000,00	50.000,00	Gemäß IBV 2020
Nostel						
Notunterkunft für Familien	Phinove e.V.	Dezentrale Unterbringung berlinweit in Wohnungen und	400.000,00	404.727,00	419.727,00	Gemäß IBV 2020

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
		Betreuung bei Einzug in eine eigene Wohnung nach Auszug aus der Notunterkunft				
Qualitätssicherung						
Moderierter Programm-dialog	Minor - Wissenschaft Gesellschaft mbH		31.700	30.600	30.600	Durch den Programmdialog sollen die Kompetenzen der am Aktionsplan teilnehmenden Projekte und somit die soziale und gesellschaftliche Teilhabe der eingewanderten Roma verstärkt sowie eine interkulturelle Ausrichtung in den Behörden intensiviert werden.

Programm / Maßnahme	Träger 2021	Aufgabeninhalte ab 2019	Ist HH 2021 EUR	Ist HH 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Bemerkungen
						(Kapitel 1120, Titel 54010, Erl.Nr. 7)

**Legende:**

\*Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)

Der EHAP leistet einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung als ein Kernziel der Europa-2020-Strategie. Der Fonds ist erstmalig für die Förderperiode 2014-2020 eingerichtet worden.

Die reguläre Förderung des EHAP endete bereits am 31. Januar 2020. Aus Restmittel konnte das BMAS durch ein Interessensbekundungsverfahren eine einmalige Verlängerung der 2. Förderperiode bis zum 30. Juni 2022 einleiten.

\*\*EHAP Überbrückungsfinanzierung aus Landesmittel 2021 durch Aufstockung entsprechend des Nachtragshaushalt 2021 SenIAS für 2021 und letztmalig für die ersten 6 Monate 2022 der ehemaligen Berliner EHAP-Projekt, wegen Verzögerung zum Aufrufverfahren des neuen Bundesprogramms Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen - „EhAP Plus“ (siehe Aufstellung am Ende der Tabelle).

\*\*\*EhAP Plus - Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen. Aufgrund von längeren Abstimmungen mit der EU-Kommission hinsichtlich der neuen Förderrichtlinien zum „EhAP Plus“ konnte das Interessensbekundungsverfahren für die neue Förderperiode nicht rechtzeitig gestartet werden.

## Überbrückungsfinanzierung der ehemaligen EHAP Projekte - Ist für die Haushaltsjahre 2021 und 2022

	Verwaltungsbehörde	Träger	Projekt	Ansatz Ist HH 2021 EUR	Ansatz Ist HH 2022 EUR		Bemerkungen
1.	Abt. I Aktionsplan	Caritas e.V.	Mobile Anlaufstelle (Überbrückungszeitraum 01.01.2021- 30.06.2022).	306.000	153.000	Keine	Aufstockung der Anlaufstelle
	Abt. I Aktionsplan	Amaro Foro e.V.	Mobile Anlaufstelle Amaro Foro e.V. (Überbrückungszeitraum 01.07.- 30.09.2022)	0	5.002	Keine	Aufstockung der Anlaufstelle
	Abt. I Aktionsplan	Amaro Foro e.V.	Mobile Anlaufstelle Amaro Foro e.V. (Überbrückungszeitraum 01.07.- 30.09.2022)	0	61.085	Keine	Aufstockung der Anlaufstelle/Kofin
2.	Bezirk Mitte	Verein für Berliner Stadtmission	Perspektiven für wohnungslose EU- Bürger*innen in Berlin Mitte	193.000	96.500	Keine	Auftragsweise Bewirtschaftung

	<b>Verwaltungsbehörde</b>	<b>Träger</b>	<b>Projekt</b>	<b>Ansatz</b>	<b>Ansatz</b>	<b>Bemerkungen</b>
				<b>Ist</b>	<b>Ist</b>	
			(Überbrückungszeitraum 01.01.2021-30.06.2022)			BA Mitte
	Bezirk Mitte	Kulturen im Kiez e.V.	„Ankommen im Wedding“ (Überbrückungszeitraum 01.07.-30.09.2022)	0	65.435	Keine Auftragsweise Bewirtschaftung BA Mitte
	Bezirk Mitte	Die Wille GgmbH	„Angekommen/ llegué / arrivato / chegué -und dann?“ (Überbrückungszeitraum 01.07.-30.09.2022)	0	10.275	Keine Auftragsweise Bewirtschaftung BA Mitte
3.	Bezirk Neukölln	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	Projektbaustein Familienförderung/Stabilisierung von Familien mit Kleinkindern sowie	397.000	248.807	Keine Auftragsweise Bewirtschaftung BA Neukölln

	Verwaltungsbehörde	Träger	Projekt	Ansatz			Bemerkungen
				Ist HH 2021	Ist HH 2022		
		Kleine Fratz e.V. AspE e.V. Phinove e.V.	Projektbaustein Orientierungsberatung Neuzugewanderte/Aufsuchende Beratung in Problemimmobilien (Überbrückungszeitraum 01.01.2021- 30.09.2022)				
4.	Bezirk Reinickendorf	Aufwind e.V. Albatros e.V.	„AHA! Ehap Beratung in Reinickendorf!“ (Überbrückungszeitraum 01.07.- 30.09.2022)	0	39.465	Keine	Auftragsweise Bewirtschaftung BA Reinickendorf
5.	Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg (F-K)	RAA e.V.	„Zugänge - Begleitung - Perspektiven. Wege zu Wohnen und Frühe Bildung in Friedrichshain-Kreuzberg“	0	47.614	Keine	Auftragsweise Bewirtschaftung BA F-K

	<b>Verwaltungsbehörde</b>	<b>Träger</b>	<b>Projekt</b>	<b>Ansatz</b>	<b>Ansatz</b>		<b>Bemerkungen</b>
				<b>Ist</b>	<b>Ist</b>		
			(Überbrückungszeitraum 01.07.-30.09.2022)				
6.		Diakonisches Werk Berlin-Stadtmitte e.V.	Wegweiser aus der Ausgrenzung - "STAY IN TOUCH-IN KONTAKT BLEIBEN" (Überbrückungszeitraum 01.07.-30.09.2022)	0	76.788	Keine	Auftragsweise Bewirtschaftung BA F-K
7.	Bezirk Lichtenberg	Südost Kultur Europa e.V.	„Neue Horizonte Lichtenberg“ (Überbrückungszeitraum 01.07.-30.09.2022)	0	48.281	Keine	Auftragsweise Bewirtschaftung BA Lichtenberg
Summe:				896.000	852.252	Keine	

**Zusätzlich durchgeführte Projekte in Auftragsbewirtschaftung von SenStadtWohn im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ (vormals „Soziale Stadt“) / EFRE-Mittel (gebunden an die Förderkulisse)**

Lfd. Nr.	Programm oder Maßnahme	Träger 2018-2021	Aufgabeninhalte 2018-2021	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR
1.	Sozialer Zusammenhalt / EFRE (Netzwerkfonds)	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	„Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa“  Das Selbstvertrauen und Selbstverständnis der Mädchen und jungen Frauen soll gestärkt werden, damit jedes von ihnen ein selbstbestimmtes Leben führen kann.  -Neukölln-	30.000	60.000	60.000	30.000
2.		Kulturen im Kiez e.V.	„Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa“  Das Selbstvertrauen und Selbstverständnis der Mädchen und jungen Frauen soll gestärkt werden,	30.000	60.000	60.000	30.000

Lfd. Nr.	Programm oder Maßnahme	Träger 2018-2021	Aufgabeninhalte 2018-2021	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR
			damit jedes von ihnen ein selbstbestimmtes Leben führen kann. -Mitte-				
3.		RAA Berlin	„Stärkung der Identität von Mädchen und jungen Frauen aus Südosteuropa“  Das Selbstvertrauen und Selbstverständnis der Mädchen und jungen Frauen soll gestärkt werden, damit jedes von ihnen ein selbstbestimmtes Leben führen kann. -Friedrichshain-Kreuzberg-		60.000	60.000	30.000
	<b>Summe</b>			<b>60.000</b>	<b>180.000</b>	<b>180.000</b>	<b>90.000</b>

## **Impressum**

### **Herausgeberin:**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Potsdamer Str. 65

10785 Berlin

### **Redaktion:**

Diana Boteșcu

Constance Fey

Lisa Lorbeer

### **Stand:**

**25.10.2023**

Die Beauftragte des Senats für Integration und Migration	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	<b>BERLIN</b>	
---	--	---------------	---